

Zu einer Gesamtstrategie in einer ungewissen
Welt
Die transatlantische Partnerschaft erneuern

General Dr. Klaus Naumann¹,
General John Shalikashvili²,
Feldmarschall The Lord Inge³,
Admiral Jacques Lanxade⁴,
General Henk van den Breemen⁵
mit Benjamin Bilski und Douglas Murray

¹ KBE, Ex-Generalinspekteur der Bundeswehr, Ex-Vorsitzender des militärischen Komitees der NATO

² Ex. Vorsitzender des “Joint Chiefs of Staffs” der USA, Ex.-Oberkommandierender der NATO in Europa

³ Ex. Vorsitzender des Verteidigungsstabs Großbritanniens

⁴ Ex. Vorsitzender des Verteidigungsstabs Frankreichs, Ex. Botschafter

⁵ Ex. Vorsitzender des Verteidigungsstabs Niederlande

Anmerkung der ÜbersetzerInnen

Folgender Text Anfang 2008 unter dem Titel "Towards a Grand Strategy for an Uncertain World" erschienen. Wir gehen davon aus, dass er einerseits den Regierungen der NATO-Staaten als Grundlage zur weiteren Strategiediskussion dienen sollte, andererseits aber veröffentlicht wurde, um für die Sichtweise der Ex-Generäle in der Öffentlichkeit zu werben. Wir sind keine professionellen ÜbersetzerInnen, haben uns aber Mühe gegeben auch die schöne Rhetorik des Textes möglichst treffend wieder zu geben. Sollten sich noch Fehler eingeschlichen haben, dann bitten wir diese an die e-Mail Adresse des FeliZ-Plenums (feliz-plenum_at-zeichen_riseup.net) zu melden.

Wir fanden den Text so relevant, dass wir der Meinung waren, dass er einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollte. Dies ist nicht der Fall, weil wir uns so sehr mit dem Inhalt des Textes identifizieren - im Gegenteil. Wir finden die aufgestellten Wünsche und Forderungen der Autoren von Grund auf ablehnenswert. Doch wir gehen davon aus, dass in keinem Bereich so viel Unwahrheit öffentlich verbreitet wird, wie bei der Legitimierung militärischen Vorgehens. Die Lektüre des Textes gibt aus dieser Perspektive einen Eindruck auf die wirklichen angestrebten Ziele und Motivationen der Autoren. Allerdings unterscheiden sie sich zum Teil in der Rhetorik, aber auch in inhaltlich wenig von der praktizierten Politik in der Bundesrepublik.

Deshalb fanden wir es wichtig diesen Text einer breiteren LeserInnenschaft zugänglich zu machen, damit sich mehr Menschen langfristig mit einer möglichen politischen Variante auseinandersetzen können, die wir ablehnen: Die Zielsetzung langfristig die Überlegenheit des Westens als einzige dominierende Supermacht zu sichern - mit allen Folgen, die das für den Rest der Welt hat.

Die ÜbersetzerInnen

Zusammenfassung

In jedem Land, zu jeder Zeit, wollen wir uns auf Sicherheit verlassen können. Aber in einer Welt asymmetrischer Bedrohungen und globaler Herausforderungen, sind sich unsere Regierungen und Völker unsicher, worin überhaupt die Bedrohungen liegen und wie sie der komplizierten Welt vor ihren Augen begegnen sollen.

Nach der Erläuterung der Komplexität der Bedrohungen, zeigen die Autoren Mängel und Kapazitäten existierender Institutionen auf, und kommen zu dem Schluss, dass keine Nation und keine Institution alleine imstande ist, mit heutigen und zukünftigen Problemen fertig zu werden. Der einzige Weg diese Gefahren und Herausforderungen zu überwinden, liegt in einer ganzheitlichen gemeinsamen Herangehensweise, die nicht-militärische und militärische Ressourcen einschließt.

Darauf aufbauend bieten die Autoren eine neue Gesamtstrategie an, die sowohl von Organisationen als auch Nationen übernommen werden kann, um dann zu sehen, auf welche Weise eine solche übergeordnete Gesamtstrategie umgesetzt werden kann. Sie kommen zu dem Schluss, dass es angesichts der Aufgaben, welche die Welt heute vor sich sieht, nicht der Zeitpunkt ist, das Rad neu zu erfinden. Daher sind nicht Neue sondern bereits bestehende Institutionen unsere größte Hoffnung für die Bewältigung derzeitiger Gefahren.

Die Autoren kommen weiter zu dem Schluss, dass die NATO von den derzeitigen Institutionen die wohl am besten geeignetste ist, um als zentrales Element einer zukünftigen Sicherheitsarchitektur zu dienen. Vorausgesetzt, sie verändert sich vollständig um den heutigen Herausforderungen gerecht werden zu können. Die NATO braucht mehr nicht-militärische Kapazitäten, und dies unterstreicht die Notwendigkeit einer besseren Kooperation mit der europäischen Union. Die Autoren folgen diesem Ansatz, und erläutern eine kurzfristige, mittelfristige und langfristige Agenda für die Veränderung. Für die kurzzeitige Agenda konzentrieren sie sich auf die für die NATO schwierige Situation in Afghanistan, wo sie zu diesem kritischen Zeitpunkt zu scheitern droht. Aus diesem Grund wird eine Reihe von Schritten vorgeschlagen, die zum Erfolg führen sollen. Diese beinhalten Kosten-Teilung und die Übertragung von operativem Befehl. Inesondere betonen die Autoren, dass die NATO Nationen -um erfolgreich sein zu können-, die Operationen angemessen ausstatten, die Risiken teilen und den politischen Willen besitzen müssen, um Operationen aufrecht zu erhalten.

Als mittelfristiges Ziel sehen die Autoren die Entwicklung eines

neuen strategischen Konzepts für die NATO. Sie bieten Ideen an wie das Problem der Konkurrenz zwischen NATO und EU zu lösen sein kann, und wie die NATO Zugang zu nicht-militärischen Instrumenten bekommen kann. Sie schlagen vor, zukünftige Partnerschaften und Vergrößerung der NATO in Einklang zu bringen mit den strategischen Zielen und Absichten der NATO.

In ihrer auf lange Zeit angesetzten Agenda setzen sich die Autoren dafür ein, dass Zwei-Pfeiler-Konzept eines mit Amerika kooperierenden Europa zu verwerfen und stattdessen das Fernziel einer Allianz der Demokratien von Alaska bis Finnland anzupeilen. Um den Prozess anzustoßen, schlagen sie vor, ein Direktorat einzurichten, bestehend aus den USA, der EU und der NATO. Solch ein Direktorat sollte alle Kooperationen koordinieren, die im üblichen transatlantischen Interessensbereich liegen.

Die Autoren glauben, dass die vorgeschlagene Agenda ein erster Schritt in Richtung einer Erneuerung der transatlantischen Partnerschaft wäre, die letztendlich zu einer Allianz der Demokratien und zu einem Zuwachs an Sicherheit führen wird.

Inhaltsverzeichnis

1 Trends und Herausforderungen	15
1.1 Globale Trends	15
1.1.1 Demografischer Wandel	15
1.1.2 Klimawandel	17
1.1.3 Abnahme der Souveränität	18
1.1.4 Verlust an Vernunft	19
1.1.5 Größenordnung und Komplexität	22
1.2 Globale Herausforderungen	24
1.2.1 Nukleare, biologische und chemische Aufrüstung	24
1.2.2 Der Kampf um knappe Ressourcen	25
1.2.3 Nichtstaatliche Akteure und asymmetrischer Krieg	26
1.2.4 Missbrauch finanziellen Einflusses	28
1.3 Regionale Herausforderungen	29
1.3.1 Der Aufstieg Asiens	30
1.3.2 Gefährlicher Mittlerer Osten	32
1.3.3 Afrika und der Zusammenbruch von Staaten	33
1.3.4 Das Wiederauftauchen Russlands	35
1.4 Schlussfolgerungen	37
2 Aktuelle Handlungsmöglichkeiten	38
2.1 Internationale Möglichkeiten	39
2.1.1 Vereinte Nationen	39
2.1.2 Regionale Organisationen	40
2.1.3 Die Europäische Union	40
2.1.4 North Atlantic Treaty Organizaton	41
2.2 Handlungsmöglichkeiten und politischer Wille	43
2.2.1 öffentliches Bewusstsein	43
2.2.2 Erfahrungen und Beobachtungen	44
2.2.3 Handlungsmöglichkeiten	45
2.3 Fazit	47
3 Strategie	48
3.1 Voraussetzungen für eine Strategie	49
3.1.1 Definition von Strategie	50
3.1.2 Zielsetzungen	51
3.1.3 Prinzipien und Elemente	52
3.2 Unser Vorschlag für eine neue Strategie	56
3.2.1 Die Basis: Sicherheit zu Hause	56
3.2.2 Phasen für die Einführung und Verwendung der Strategie	57
3.3 Konsequenzen	63

4	Eine Agenda für Veränderung	65
4.1	Strategischer Ausblick	65
4.1.1	Wie man Veränderungen erreichen kann	67
4.2	Eine Agenda für den Wandel	68
4.2.1	Die Vereinten Nationen	69
4.3	Organisation für Sicherheit und Kooperation in Europa	70
4.3.1	North Atlantic Treaty Organisation	70
4.3.2	Die unmittelbare Agenda	71
4.3.3	Die mittelfristige “Agenda for Change”	74
4.3.4	Die langfristige “Agenda for Change”	78
4.4	Die Europäische Union	80
4.4.1	EU-NATO Kooperation	82
4.5	Der Fahrplan für eine erneuerte transatlantische Partnerschaft . . .	83

Vorwort

In jedem Land, zu jeder Zeit, verlassen wir uns gerne auf Sicherheit. Sicherheit über die Vergangenheit, die Gegenwart und sogar die Zukunft.

Doch Sicherheit ist nicht auf Zwangsläufigkeit gegründet, sondern viel mehr auf sozialen und intellektuellen Bedürfnissen. Wir versuchen einen stabilen Alltag als Erfahrung aufrechtzuerhalten, versuchen das Willkürliche, Unberechenbare zu umgehen, und bevorzugen in Debatten zu einem Abschluss zu kommen. Sicherheit kann starke Gesellschaften und große gegenseitige soziale Abhängigkeit begünstigen. Während 100% ige Sicherheit nicht erreichbar ist, zeigt sich deutlich, dass in Zeiten großer -oder sogar überwältigender- Unsicherheit, etwas ernstzunehmendes mit unseren Gesellschaften und Institutionen geschieht.

Sicherheit wird heute von einer Zunahme an Informationen, Wissen und Auswahlmöglichkeiten untergraben. Der Verfall der Sicherheit wird beschleunigt durch zunehmenden technologischen, kulturellen und sozialen Wandel. Gelegentlich vollziehen sich diese Veränderungen für einige unserer größten Institutionen zu schnell, so dass sie ihnen nicht gewachsen sind. In gewissem Sinne könnte man sagen, wir operieren derzeit in dichtem Nebel. Durch diesen Nebel taucht eine weite Bandbreite an Herausforderungen auf. Die Herausforderungen sind akut; um so mehr als unsere Sicherheiten sich auf dem Rückzug befinden. Wären sie stärker, hätte sich die Dringlichkeit unserer Zuwortmeldung eventuell erübrigt.

Aber der Verlust vertrauter Sicherheiten zeigt, dass uns die nötige Entschlossenheit fehlt. Die Autoren dieses Reports erkennen sechs große Herausforderungen als die grundlegenden Problematiken die sich der globalen Gemeinschaft heute stellen:

- Die Erste ist die Demographie. Das Wachstum der Bevölkerung und deren Veränderung überall auf dem Planeten werden die Welt die wir kannten schnell verändern. Die Herausforderung, die dies unter anderem an Wohlfahrt, verantwortungsbewusste Regierungsführung und Energiesicherheit stellt ist sehr groß!
- Dann ist da der Klimawandel. Dieser beeinträchtigt stark die physische Sicherheit und führt zu einer völlig neuen Art der Politik - eine die vielleicht mehr denn je auf unsere Zukunft ausgerichtet ist.
- Der Anspruch auf eine sichere Versorgung mit Energie nimmt uns in Beschlag. Der Verbrauch und die Nachfrage einzelner Nationen sowie die Schwächung der internationalen Infrastruktur des Marktes für Energieverteilung machen die Situation prekärer als je zuvor.
- Es gibt auch ein eher philosophische Problem: Das Überhandnehmen des Irrationalen - Zugunsten eines Ausverkaufs des Rationalen. Obwohl dies ziem-

lich abstrakt klingt, zeigt es sich in zutiefst praktischen Problemen. Es gibt "weiche" Beispiele wie die Verherrlichung von Prominenten, die den Niedergang der Vernunft anzeigen. Des weiteren gibt es auch "harte" Beispiele, wie den schwindenden Respekt vor logischen Argumenten und Beweisführung, ein Sichwegbewegen von (Natur-)Wissenschaftlichkeit, in einer Zivilisation die durch und durch technologisch ist. Das ultimative Beispiel ist die wachsende Popularität religiösen Fundamentalismus, welcher sich selbst in Form von politischem Fanatismus als einzige Quelle der Sicherheit präsentiert.

- Eine weitere Herausforderung ist die Schwächung des Nationalstaates. Dies überschneidet sich mit der Schwächung internationaler Institutionen, inklusive der Vereinten Nationen und regionalen Organisationen wie der EU, der NATO und anderen.
- Zuguterletzt steht das, was man - trotz all ihrer Vorzüge - als die Schattenseite der Globalisierung bezeichnen könnte. Vernetzung hat auch ihre Nachteile. Diese schließen internationalisierten Terrorismus, organisiertes Verbrechen und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ein, aber auch asymmetrische Bedrohungen von Mandatsbemächtigten oder den Missbrauch von Fremdkapital aus der Energie- oder Finanz-Branche. Die Migration stellt weiterhin weltweit Herausforderungen an uns. Und dramatische Krankheiten wie HIV/Aids oder SARS haben das Potential sich weltweit schneller zu verbreiten als je zuvor. Zusammengenommen sind globalisierte Gefahren breit gefächert und in ihrer Komplexität bisher unübertroffen.

Diese Probleme zu identifizieren ist jedoch nur der Anfang. Wir müssen versuchen, zu verstehen was danach kommt. Wenn es darum geht, Themen zu erkennen, die auf uns zukommen, sind wir voreingenommen von falschen Prognosen, die sich in der Vergangenheit nicht erfüllt haben. Diese können aber selbst eine hilfreiche Lektion darstellen. Eine weitgehend verbreitete Vorstellung, die sich als falsch herausgestellt hat, ist die Annahme, durch das globale Näherrücken würden sich Unterschiede und Identitäten auflösen. Vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten im Nahen Osten und Zentralasien, sowie den Kleinkrämerei westlicher Miniaturstaaten wird deutlich, das die Globalisierung nationale Identitäten nicht gänzlich weggefegt hat.

Diese neue Bedeutsamkeit von Politik der Identität mag eine Warnsignal an alle potentiell Weitsichtigen sein. Obwohl es Aufgaben geben wird, denen stabile Staaten und gut funktionierende internationale Organisationen gewachsen sind, könnten uns die tiefgreifenden Probleme, wie jene im mittleren Osten, Afrika und Afghanistan - wo die Glaubwürdigkeit des Westens auf dem Spiel steht - uns dazu verführen entweder einzugreifen oder uns zu isolieren. In jedem Fall kommen diese Probleme auf uns zu. Isolationismus als politisches Problem, ist wieder aufgetaucht. Seine bisherigen Erscheinungsformen mögen uns erschrecken, selbst wenn sich die Möglichkeit einzugreifen anbietet.

Staatliches Scheitern, soweit dies zugelassen wird, kann sich mit anderen Faktoren

summieren, wie z.B. Verstärkung und der wachsende Popularität von Fundamentalismen, und so ein neues Zeitalter von Unfreiheit einläuten. Dieses Zeitalter wäre nicht nur unsicher sondern zutiefst lebensfeindlich.

Dieses Zukunfts-Szenario müssen wir verhindern. Aber um es zu verhindern, müssen wir erst einmal -so unangenehm es auch ist- anerkennen, dass solch eine Zukunft möglich wäre. Die derzeitigen Autoren gehen an diese Herausforderungen mit einer westlichen Perspektive heran. Wir tun dies auch als Männer des Militärs - wenn auch Militärs, die über viele Jahre länder/nationen-übergreifend Friedensarbeit geleistet haben. Es ist uns eine Ehre, zu zeigen, dass wir dies immer noch so tun können.

In diesem Essay wollen wir uns nicht anmaßen, ein Rezept für die heutige Welt vorzustellen. Vielmehr hoffen wir, einige unserer Erfahrungswerte im Bezug auf die heutige Welt mitteilen zu können. Wir schöpfen aus langjähriger Erfahrung, geprägt von den großen Bewegungen der Geschichte, die glücklicherweise nie die ultimative Herausforderung mit sich brachten. Dies nehmen wir mit großer Dankbarkeit zur Kenntnis - nicht zuletzt durch die Entschlossenheit unserer Nationen, während des kalten Krieges zusammen zu halten. Wir hoffen, falls es nicht zu anmaßend ist, dass wir mit diesem Schreiben denjenigen etwas Hilfreiches bieten können, die in diesen fordernden Zeiten eine schwer lastende Verantwortung tragen. Wir hoffen erfürchtigst ihnen etwas zurück geben zu können.

Einführung

Sicherheit ist ein seltener Luxus. Wenn wir versuchen, den zukünftigen Verlauf schneller Veränderungen zu erkennen, kämpfen wir häufig damit bestimmte Gefahren und Herausforderungen zu verstehen. Demografischer Wandel, Klimawandel, Wirtschaftswachstum und die wachsende Nachfrage nach Rohstoffen haben zu verstärktem Wettbewerb zwischen den globalen Mächten geführt.

Obwohl die Gefahr terroristischer Gewalt jetzt überall existiert, ist diese Gefahr nicht die einzige. Viel subtilere Techniken kommen zum Einsatz: Staaten können ihren Machtbereich unentdeckt durch Wirtschaftskriege oder Cyber-Attacken vergrößern. Staatliche Verschuldung und Abhängigkeiten im Energie- und Finanz-Sektor kann von Staaten benutzt werden, andere auf nicht-militärische Weise abzuschrecken. Vor einem Hintergrund globaler Entwicklungstendenzen, die in Richtung wachsende Instabilität zeigen, werden die Konflikte des 21. Jahrhunderts eine nie erreichte Komplexität erhalten.

Eine der wichtigsten Pfeiler der Sicherheit in der westlichen Welt war bisher die Transatlantische Allianz. Jedoch wurde dieser Pfeiler geschwächt durch die Uneinigkeit der Mitglieder, veraltete Mechanismen und Mangel an Bereitschaft. Dies brachte die Allianz in Misskredit und ließ ihre Bürger ungeschützt. Teilweise ist dies bedingt, durch das Tempo der Globalisierung, die den Gesellschaften große Vorteile, jedoch auch große Risiken einbrachte.

Welche Veränderungen bringt diese Globalisierung mit sich ? Globalisierung der Bewegungsfreiheit, des Handels, der Kapitalverschiebungen und der Information haben uns große Vorteile gebracht: Ökonomische, soziale, politische, in Bildung und Gesundheitswesen. Aber als Nebenprodukt haben sich Gefahren auch globalisiert - und deren Komplexität kann nicht eingeschätzt werden. Die Frage, die wir uns stellen müssen, lautet: Wie gehen wir in einer Welt der Unsicherheiten mit Herausforderungen um ? Herausforderungen, die wir vielleicht nicht vorhersehen können ? Welche Kapazitäten und Strategien haben wir überhaupt, um einer solch unsicherer werdenden Welt begegnen zu können ?

In diesem Text, versuchen wir bestimmte Tendenzen, Gefahren und Herausforderungen in einem globalen Kontext zu verstehen.

In dem wir die Effektivität nationaler und internationaler Institutionen und ihrer Strategien untersuchen, werden wir Wege ergründen, wie diese an heutige Bedürfnisse angepasst werden können. Wir werden einige Ideen vorstellen, was für eine Art von Strategie notwendig sein wird und im weiteren wie sie umgesetzt werden kann. Bevor wir die Art der Mittel und Strategien, die wir haben, ansprechen, müssen wir uns mit den Konsequenzen der Globalisierung auseinandersetzen.

Der globalisierte Austausch von Informationen, Bewegung und Kapital hat viele Vorzüge gebracht, einschließlich einer großen Zunahme von wirtschaftlichem Wohlstand und positivem politischem Wandel, genauso wie viele soziale Fortschritte und Verbesserungen der Gesundheit. Die Verteilung von Aufgaben und Produktionsprozessen auf viele Gegenden erzeugt eine enorme Effizienz und wirtschaftlichen Wachstum. Andere Gebiete die politische, soziale und Gesundheitsthemen betreffen werden ebenso von globaler Bewegung und dem Austausch von Kapital und Expertise profitieren.

Dieser Austausch von Informationen verbessert die Möglichkeiten für Bildung und Menschenrechte erheblich und nicht zuletzt die Bildung und Rechte von Frauen. Dies verbessert den Lebensstandard ganzer Nationen. Globalisierte Kooperation in der Medizin trägt zur Krankheitsprävention in großen Teilen der Welt bei - wie es in Foren wie dem pazifischen Gesundheitsgipfel demonstriert wurde. Trotz vieler Risiken ist die Globalisierung eines der besten Instrumente um das Leben der Menschen rund um die Welt zu verbessern. Dies kommt beiden, der entwickelten wie der sich entwickelnden Welt zu gute. Selbst wenn die wirtschaftlichen Diskrepanzen größer werden und dramatische Wandel in dem Wirtschafts- und Sozialsystem in den entwickelten Ländern auftreten, sollte dies jedoch nicht von den erheblichen Verbesserungen der Lebensqualität ablenken.

Gleichzeitig hat die globalisierte Welt eine strategische Umgebung geschaffen, die an Komplexität ohnegleichen ist. Die Bedrohung durch den kalten Krieg, mit einem rationalen Gegner war eindimensional und dominiert durch militärische Angelegenheiten. Dies machte strategisch-militärische Bedrohungen und Risiken vorhersagbarer als sie es heute sind. Vorangegangene Epochen, wie die der Dominanz des britischen Empires, "globalisierten" auch große Teile der Welt. Das Neue an der

heutigen Globalisierung ist aber, dass sie es ermöglicht, dass lokale Risiken und Bedrohungen globale Gefahren werden können. Falls bestimmte Bedrohungen und Risiken durch größere Trends verstärkt werden, wird es notwendig Verbindungen zwischen Gebieten zu verstehen, die sonst unabhängig voneinander angegangen würden. Wir haben nicht mehr den Luxus Bedrohungen nur noch in ihrer militärischen Dimension zu betrachten, da sie nicht mehr isoliert vom weiteren Kontext betrachtet werden können.

Für die Globalisierung von Informationen sind das Internet und das Handy die primären Instrumente. Weil die Nutzer selbst bestimmen, was sie sich anschauen, können diese Instrumente den Blickwinkel oft eher verengen als erweitern mit unterschiedlichen politischen und sozialen Konsequenzen in unterschiedlichen Typen von Systemen.

Innerhalb freier Gesellschaften gibt die Offenheit des Internets den Bürgern freien Zugang zu Aufhebungsmaterial, Anleitungen zur Sprengstoffherstellung und die Möglichkeit sofortige globale Anerkennung zu bekommen, wenn sie erfolgreich Leid gestiftet haben. Auf der anderen Seite ist das Internet in vielen nicht demokratischen Ländern zensiert um den freien Austausch von Ideen und Informationen einzuschränken. Solche Freiheiten werden als politische Bedrohung wahrgenommen. Doch der Erfolg dieser Regime beim Versuch das Internet zu zensieren wird nur vorübergehend sein.

Die Auswirkungen der Globalisierung von Informationen werden daher wahrscheinlich langfristig einen Niedergang von Autoritarismus und extremistischer Ideologie fördern. Kurzfristig sind Cyberspace und die mobile Kommunikation Teil des Problems, die bestehende politische und Sicherheitsbedrohungen globalisieren und verstärken.

Mobilfunk hat ebenfalls nie da gewesene Sicherheitsaspekte. So kann ein Handy als Instrument des politischen Dissenses in nicht demokratischen Ländern dienen. Allerdings kann der gleiche Mobilfunk in demokratischen Ländern dafür genutzt werden offene Gesellschaften zu unterminieren. Die Großdemonstrationen in den Philippinen Anfang 2006 sind durch SMS Aufrufe ausgelöst worden. Allerdings wurden auf die selbe Art die Pariser Riots von 2005 und die dänischen Karikatur-Riots in 2005/06 ausgelöst.

Feinde der Demokratie - inklusive islamistischer Terroristen - setzen in freien Gesellschaften stark auf das Internet und Mobilfunk und sie nutzen die Techniken gegen diese Gesellschaften. Die Instrumente der Globalisierung haben diesen nicht staatlichen Akteuren eine globale Reichweite gegeben. Die Globalisierung der terroristischen Bedrohung wäre ohne die Revolution der Informationstechnologie nicht möglich gewesen. Die Globalisierung des Handels hat der organisierten Kriminalität und dem illegalen Waffenhandel eine ähnliche Reichweite gegeben und damit die Unterscheidung zwischen globaler Kriminalität und Terrorismus verschwimmen lassen. Dies betrifft Staaten, die Teil der globalisierten Wirtschaft sind genauso wie sogenannten "failing states", die dies nicht sind.

Obwohl die Globalisierung der Wirtschaft zu allgemeinem Wachstum in der

Welt geführt hat, hat es in gleichem Ausmaß auch die ökonomischen Unterschiede vergrößert. Zusätzlich haben Internet und Mobilfunk das Bewusstsein für diese Unterschiede in den sich entwickelnden Regionen und versagenden Staaten (failing states) erhöht. Es kann daher mehr als jede einzelne Krise den Migrationsdruck erhöhen, auch wenn die größten globalen Gefahren aus dem Versagen von Staaten mit akuten Krisen hervorgehen. Das Versagen von Staaten ist ein Risiko, dass in seiner schlimmsten Form (dem Niedergang eines Staates mit atomaren Waffen) eine Krise mit globalem Ausmaß hervorrufen kann. Die Welt hat schon Fälle erlebt, in denen niedergehende Staaten als Basis für globalen Terrorismus genutzt wurden. Andere Ursachen für Instabilität, wie Hunger, gewaltsame Verfolgung und Bürgerkrieg rufen Flüchtlingsströme hervor, die wiederum an anderen Orten die Wirtschaft schädigen.

Lokale Angelegenheiten haben globale Auswirkungen, aber der Effekt ist beidseitig. Das Lokale kann zuerst durch globale Entwicklungen beeinflusst werden und die Ursache dafür muss nicht darin liegen, dass man es nicht geschafft hat Teil der globalen Wirtschaft zu werden, sondern liegt viel eher darin, dass man aktiver Mitwirkender der globalen Wirtschaft ist.

Indien stellt, trotz seiner großen innerstaatlichen Probleme und dem Risiko des bewaffneten Konflikts mit Pakistan, ein Beispiel für eine Erfolgsgeschichte der Globalisierung dar. Mit einer großen, gebildeten und englischsprachigen Bevölkerung, ist es global für unzählige Dienste erreichbar geworden. In der europäischen Industrie wird ein großer Teil der Software in Indien geschrieben, was eine gewisse Art der Abhängigkeit bedeutet, derer sich wenige Europäer bewusst sind. Globalisierung von Dienstleistungen und Produktion kann westliche Ökonomien sehr angreifbar machen, wenn Stabilität nicht vorausgesetzt wird.

Diese Verletzlichkeit des Westens durch die neue Abhängigkeit von den Dienstleistungen und der Produktion Asiens ist heute so stark, wie die Europäische Abhängigkeit vom Öl des Mittleren Osten. Für die Menschen im Westen ist es nicht ungewohnt während Krisen oder Kriegen im Mittleren Osten eine gewisse Erhöhung der Benzinpreise zu erdulden, aber sie sind nicht vorbereitet auf den viel plötzlicheren und einschneidenderen Kollaps, der durch eine Krise, welcher die Indische high-tech Industrie beeinträchtigen würde, hervorgerufen könnte, ausgelöst durch einen Krieg mit Pakistan oder größere Unruhen. Die positivsten Nutzungen der globalen Wirtschaft machen mit anderen Worten die Welt als Ganzes durch lokale Krisen verwundbar.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen der sowohl nützlichen als auch gefährlichen menschlichen Tätigkeit, werden die beiden größeren Entwicklungen des demografischen Wandels und des Klimawandels zu neuen und neu herausfordernden Typen globaler Spannung führen.

In Kapitel 1 werden wir die großen Trends, Herausforderungen und spezifischen Bedrohungen betrachten, die in der Welt von Heute wirken. Wir glauben, dass

wir, anders als in vergangenen Epochen, es uns nicht länger gestatten können über Herausforderungen separat nachzudenken. Den weiteren Kontext jeder Frage wahrzunehmen und anzusprechen ist ein neues und herausforderndes Phänomen und kein Nationalstaat wird fähig sein, der aktuellen Summe von Risiken und Gefahren alleine gegenüber zu treten.

In einer Welt, die durch Wirtschaft und Kommunikation aber auch sozial und politisch vernetzt ist, können wir nicht länger einzeln über militärische, ökonomische und die Umwelt betreffende Angelegenheiten nachdenken. Zum Beispiel kann der Klimawandel den Handel, das Wasser- und Nahrungsangebot, Migration, Urbanisierung und nationale Sicherheit beeinflussen. Feindliche Akteure operieren in weiten regionalen und globalen Zusammenhängen. Was wir in unserer Analyse brauchen ist die Anerkennung einer neuen Art von Komplexität, in der wir nicht immer vorhersagen können, was passiert. Auf das vorbereitet zu sein, was nicht vorhergesagt werden kann, wird eine der vordersten Herausforderungen der kommenden Jahre sein.

Zurzeit sind die nationalen und internationalen Möglichkeiten mit diesen Problemen umzugehen unzulänglich und noch wichtiger ist die mangelnde Koordination zwischen Alliierten. Es gibt außerdem wenig öffentliches Bewusstsein und dadurch wenig politischen Willen sie anzusprechen. Dieser Mangel an Entschlossenheit ist selbst eine Schwachstelle, die das Risiko erhöht. Die hauptsächliche Ursache für diese Einstellung, sowohl der allgemeinen Öffentlichkeit als auch ihrer politischen Führer, ist ein starker Schwerpunkt auf soziale und inländische Angelegenheiten und ein Widerwille, sich komplexen Realitäten zu stellen. Angemessene institutionelle Reformen haben in vielen westlichen Ländern gerade erst begonnen, und sie sind immer noch weit davon entfernt akzeptiert zu sein, ganz davon zu schweigen umgesetzt zu werden. Mit der kurzen Spanne der öffentlichen Aufmerksamkeit und dem Schwerpunkt der Politiker auf Weniges weiter als die nächste Wahl, wird es keine kleine Aufgabe sein, den nötigen Willen aufzubringen, um langfristige Aufgaben ernsthaft anzugehen.

Dieser Mangel an Bewusstsein und politischen Willen hat zu seltsamen Ergebnissen geführt. Nicht zuletzt gab es eine Flucht in das Irrationale und die Verurteilung der Personen, die handeln, sowie Lob für diejenigen, die nichts tun. Ein feindlicher Akt muss nicht von einem Nationalstaat kommen, noch muss er militärische Mittel gebrauchen. Neben der laufenden Bedrohung durch den internationalen Terrorismus durch nicht-staatliche oder Proxy-staatliche Akteure, können Kriegshandlungen von einzelnen Nationalstaaten oder verbündeten Staaten durch Missbrauch ihres Einflusses auf andere Ressourcen, begangen werden. China und Russland sind heute wirtschaftliche Kräfte, die versucht sein könnten, anderer Nationen mit den Waffen der Finanzen und Energie Ressourcen abzuschrecken. Diese Art der Abschreckung durch nicht-militärischen Mittel ist ein neues Phänomen und war nie ein Teil des traditionellen militärischen Denkens. Um diese Fälle strategisch zu würdigen, wird ein sehr viel breiteres Konzept der Strategie benötigt,

als wir es bisher im Einsatz haben, und alle strategischen Antworten müssen mehr als militärische Angelegenheiten allein adressieren. Aber was sind die Strategien und Fähigkeiten, die unsere Institutionen heute besitzen, um das große Spektrum der derzeitigen Herausforderungen anzugehen?

In Kapitel 2 werden wir die internationalen und nationalen Fähigkeiten prüfen, die wir derzeit besitzen um auf Trends und Gefahren zu reagieren. Wir identifizieren Mängel der derzeitigen Instrumente, Institutionen und ihrer Strategien. Wir werden auch die Schwierigkeiten unterstreichen, die sich in dem Versuch ergeben, ein angemessenes strategisches Konzept und politisch-militärischen Mechanismus anzufertigen. Die Interventionen in Bosnien, im Kosovo, im Irak und in Afghanistan zeigen, dass es sehr schwierig ist, ein insgesamt gutes Konzept, das einen klaren Auftrag, eine klare Strategie, klare politische Orientierung und einen klaren Überblick über die Kommando-Strukturen enthält und einen gut funktionierenden politisch-militärischen Entscheidungsfindungs-Mechanismus zu erstellen.

Die Intervention in Bosnien war in vielen Hinsichten fehlerhaft, da die Entschlossenheit fehlte. Das Konzept selbst war fehlerhaft, mit einer Kombination aus friedenssichernden Einsätzen auf dem Boden und Kampfeinsätzen in der Luft, aber wir hatten nicht mal die Ressourcen für dieses Konzept. Es scheint, als hätten wir nicht viel gelernt von diesen Erfahrungen im Kosovo. Den Einsätzen in Afghanistan und im Irak fehlt eine Gesamtstrategie, denn es gibt nicht ausreichend Klarheit über die Ziele und die Richtung der Missionen. Wird es unseren Institutionen möglich sein ein strategisches Konzept zu formulieren, um die Menge der Herausforderungen aus Kapitel 1 zu bewältigen? Eine breite Reihe von Möglichkeiten und eine neue Flexibilität wird erforderlich, um auf unvorhersehbare Krisen zu reagieren. Unsere derzeitigen Fähigkeiten sind in vielerlei Hinsicht unzureichend. Wenn all die großen Herausforderungen verglichen werden mit den besten und am weitest reichenden jetzigen Fähigkeiten, kommen wir mit Bedauern zu dem Schluss, dass eine erhebliche Diskrepanz zwischen den Anforderungen und den tatsächlichen Fähigkeiten existiert. Angesichts der Tatsache, dass kein Nationalstaat die aktuellen Gefahren alleine bewältigen kann, und angesichts der Grenzen der internationalen Organisationen und Allianzen, brauchen wir eine neue Art von integrierter und alliierter umfassender Strategie, die sowohl politische als auch institutionelle Reformen leiten kann.

Bündnisse werden hierbei eine zentrale Rolle der Gesamtstrategie sein. Wir wollen keine neuen Institutionen schaffen, sondern die bestehenden internationalen Institutionen als Bausteine zur Umsetzung einer neuen Art von "Grand" Strategie verwenden - eine in verschiedenen politischen Bereichen und Bündnissen übergreifend integrierte Strategie. In Kapitel 3 werden wir die Bedeutung dieser beiden integrierten und alliierten Elemente erarbeiten.

In dem vierten und letzten Kapitel dieses Dokuments, werden wir darüber diskutieren, wie eine solche neue Strategie eingeführt werden kann, sowohl innerhalb der Staaten als auch vor allem in internationalen Organisationen, wie der NATO und der EU. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem transatlantischen Bündnis. Die NA-

TO ist nach wie vor der beste formale Ausdruck. Aus diesem Grund, trotz einiger Mängel, wird die NATO wichtigstes, wenn auch nicht ausschließliches, Instrument sein, mit dem diese Strategie umgesetzt werden kann.

Im Herzen der westlichen strategischen Erneuerung ist eine Erneuerung der transatlantischen Partnerschaft. Durch diese Allianz, hoffen wir, trotz der großen Herausforderungen, der Sicherheit näher kommen zu können.

1 Trends und Herausforderungen

Dies Kapitel bezieht sich auf die Komplexitäten und Herausforderungen, denen wir heute begegnen. Wir werden mehrere größere Trends und Herausforderungen globaler Dimension betrachten und uns dann eher Region spezifischen Überlegungen hingeben. Unser Ziel ist die Komplexität und Verknüpftheit zwischen den großen generellen Trends und bestimmten Herausforderungen und Bedrohungen hervorzuheben und festzustellen, dass es in unserem Zeitalter nicht mehr möglich ist ein einzelnes Problem isoliert vom gesamten Kontext zu betrachten.

1.1 Globale Trends

1.1.1 Demografischer Wandel

Bis 2050 wird die Weltbevölkerung, nach Angaben der UN Abteilung für Wirtschaft und Soziales, von heute 6,7 Milliarden auf über 9 Milliarden angewachsen sein¹. Die Entwickelte Welt schrumpft und altert demografischer Weise, während Teile der sich entwickelnden Länder wachsen.

Die Weltbevölkerung urbanisiert sich auch zunehmend, wobei die Grenze von 50% urbaner Bevölkerung gerade überschritten wurde. Bis 2050 könnte die städtische Bevölkerung mehr als 5 Milliarden Menschen betragen. Dies wird gravierende soziale Konsequenzen beinhalten wie städtische Verarmung und Kriminalitätsraten, sowie schwerwiegende Umweltprobleme. Die Anzahl der Alten (60+) in der Welt wird 2045 zum ersten Mal die Anzahl der Kinder (14 und jünger) überschreiten - wobei dies in Europa schon 1995 der Fall war. Diese demografischen Entwicklungen werden alle Teile der Welt betreffen egal ob bei wachsenden, alternden oder schrumpfenden Bevölkerungen. Während eine Anzahl von Regionen altern wie Europa, China und Japan, wird nur eine Region altern und schrumpfen: Europa.

Die Bevölkerung von Europa (inklusive Russland) macht im Moment rund 11% der Weltbevölkerung aus und das mittlere Alter der Europäer beträgt 38,9 Jahre. Die Schätzung ist, dass diese Zahl 2050 bei 47,4 Jahren liegen wird, wenn Europas

¹Alle Zahlen in diesem Abschnitt basieren auf den mittleren Hochrechnungen durch die UN Abteilung für Wirtschaft und Soziales, Bevölkerungs- Sektion, auf <http://www.un.org/esa/population/unpop.htm>

Bevölkerungsanteil in der Welt noch 7% ausmacht. Es wird erwartet, dass 2050 die Anzahl der älteren in Europa mehr als das doppelte der Anzahl der Kinder ausmacht und mehr als die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung beträgt. Das wird eine schwere Last für den Wohlfahrtsstaat mehrerer europäischer Nationen sein, da die Kosten für ältere von 15% des BIP in 2000 auf 25-30% in 2040 ansteigen werden. Diese Zahlen legen den Schluss nahe, dass es die Gefahr gibt, dass sich Europa nach innen wendet, ökonomisch um die Aufrechterhaltung der sozialen Systeme kämpft und im Bezug auf die geschwächte globale Position verletzlich wird.

In der entwickelten Welt werden nur die USA ein gesünderes Durchschnittsalter von 36 Jahren heute und 41 in 2050 halten. Ihre Bevölkerung wird in derselben Zeit von 300 Millionen auf 400 Million anwachsen.

Trotz AIDS, Völkermord, Hunger und Krieg, wird die Bevölkerung Afrikas von über 920 Millionen heute auf 1,3 Milliarden in 2025 steigen. 2050 wird Afrikas Bevölkerung ungefähr 2 Milliarden Menschen umfassen. Es ist zentral HIV in der Subsahara Region anzugehen, wenn das Leben der Afrikaner verbessert werden soll - aus sozialen, Bildungs- und Sicherheitsgründen (mit hohen HIV Infektionsraten in den Armeen verschiedener afrikanischer Nationen).

Im mittleren Osten wird die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter um 50% in der gleichen Zeit wachsen. Es bleibt aber fraglich ob Afrika und einige Länder des mittleren Ostens solch einem Bevölkerungszuwachs gewachsen sind. Arbeitslosigkeit kann zu Verzweiflung, Radikalisierung, Terrorismus und bewaffneten Konflikten führen. Der Migrationsdruck auf Europa wird wahrscheinlich steigen.

In Russland schrumpft die Bevölkerung wegen geringer Geburtenraten, hoher Todesraten und Emigration. Wenn die bisherige Bevölkerung von 143 Millionen auf 110 Millionen in 2050 fallen sollte, wird Russland zunehmend Probleme bekommen seine Landmassen zu kontrollieren.

Indiens Bevölkerung wird weiter wachsen und 1,6 Milliarden in 2050 überschritten haben. Obwohl Indiens Bevölkerung auch altert wird es ein gesünderes mittleres Alter von 38 Jahren halten. Der demografische Zuwachs in China wird weiterhin hauptsächlich durch die Ein-Kind-Politik gesteuert (1,3 Milliarden heute, 1,45 Milliarden in 2025 und 1,4 Milliarden in 2050). Aber das schnelle Wachstum der chinesischen Minderheit in Russland, die Präsenz von vielen Millionen illegaler Chinesen in Sibirien (die nicht in Chinas Ein-Kind-Politik eingeschlossen sind) und das Ungleichgewicht zwischen Bevölkerungsdichte und wirtschaftlichem Wohlstand über die Chinesisch-Russische Grenze hinweg, deuten auf eine zunehmende Sinifikation von Gebieten in Russland hin. Dies legt nahe, dass die Jahrhunderten alten Rivalitäten zwischen Russland und China sehr wahrscheinlich nicht abnehmen werden. Aber es wäre unklug das potenzielle Risiko einer großen Ost-Allianz zwischen China und Russland gegen den Westen auszuschließen. Zusätzlich wird China mit vielen Folgen der Ein-Kind-Politik zu tun bekommen, wie Alterung, Verstädterung, Kriminalität und die sozialen Nachwirkungen des Geschlechterungleichgewichts, das durch die selektive Abtreibung von Mädchen hervor gerufen wird. Gleichzeitig wird es schwer sein mit der wirtschaftlichen Lücke zwischen den

200 Millionen Staatsbürgern, die von der globalisierten Wirtschaft profitieren und der Milliarden, die dies nicht tun, umzugehen.

Aus diesen Gründen wird die westliche Welt einem zunehmenden Druck durch den demografischen Wandel ausgesetzt sein. Da die internen sozialen Gleichgewichte durch die Alterung geschwächt werden, existiert das Risiko, dass speziell der europäische Kontinent sich in sich zurückzieht, während der Migrationsdruck von außen die nationalen Identitäten schneller beeinflusst, als die Bevölkerung hinnehmen kann. Diese Trends werden die Möglichkeiten der europäischen Nationen beeinflussen außerhalb der eigenen Grenzen zu agieren. Dies wird sie zunehmend nach innen schauen lassen und ihr Engagement bei der Übernahme globaler Verantwortung verringern.

1.1.2 Klimawandel

Ein weiterer globaler Trend - und einer der nicht einfach zu kontrollieren ist - ist der globale Anstieg der Temperaturen. Die meisten Debatten drehen sich zur Zeit um den von Menschen gemachten Anteil daran und um die Art und Ursachen des Klimawandels. Sollte der Klimawandel den allgemein vorhergesagten Effekt haben - was nicht auszuschließen ist - dann werden geostrategische Überlegungen wieder eine wichtige Rolle in der internationalen Politik spielen. Die strategischen Konsequenzen des Klimawandels beinhalten Flüchtlingsprobleme, die wirtschaftlichen und militärischen Folgen neuer Schifffahrtswege und die Gefahr, dass kleine Rivalitäten sich zu größeren Konflikten ausweiten. Beispielsweise können ethnische Spannungen sich ausweiten, wenn ausbleibender Regen zu Nahrungsmangel führt oder wenn verschiedene Wetterlagen und geologische Entwicklungen zu einem Ansteigenden Meeresspiegel, Überschwemmungen und Desertifikation führen. Diesen Phänomenen folgt wiederum die Massenflucht von "Umweltflüchtlingen". Trotzdem sollten ethnische Konflikte und nationale Sicherheit nicht einzig auf das Wetter geschoben werden.

Aber es gibt einige ökonomische und geopolitische Herausforderungen die schon jetzt deutlich werden als Folge vom Klimawandel. Diese werden internationale Antworten erfordern. Kleinere Spannungen zwischen Norwegen und Russland über Fischereirechte gibt es bereits im Bezug auf Spitzbergen. Die Spitzbergen Inseln beherbergen aber große Öl und Gas Vorräte, die noch unter dem kontinentalen Schelfeis verschlossen liegen. Wenn aber die globale Erwärmung es ermöglicht diese Vorräte zu erschließen, dann könnte es zu einem ernststen Konflikt zwischen Russland und Norwegen kommen, da der Grenzverlauf der kontinentalen Schelfe umstritten ist. Solch eine potenzielle Krise wird ein viel größeres Gebiet der Arktis umfassen und wird die USA, Russland, Kanada und Dänemark in Konkurrenz um große und lebenswichtige Energie Ressourcen und wertvolle Rohstoffe treten sehen.

Es wird weitere geopolitische Konsequenzen haben, wenn der Klimawandel den nördlichen Küstenstreifen Russlands, der zur Zeit durch den Permafrost versperrt ist, für die Schifffahrt öffnet. Ähnliches gilt für die Schifffahrt und den Handel mit

Asien, wenn der Klimawandel die Nordwestpassage das Ganze Jahr geöffnet hält? Was für militärische und marineteknische Bedingungen müssen erfüllt werden um solche maritimen Kommunikationswege zu kontrollieren? Was werden die Folgen sein für die amerikanisch/kanadischen Beziehungen?

Von allen globalen Trends wird der Klimawandel eine Betonung auf Geostrategie und Sicherheitsüberlegungen in der Zukunft legen. Klimawandel und das weiter gefasste Problem der Umweltzerstörung ist ein Nachteil des wirtschaftlichen Wachstums und wird im weiteren Verlauf einen gehörigen Einfluss auf China und Indien haben und könnte dort Konflikte schüren.

1.1.3 Abnahme der Souveränität

Grenzenlose Umwelt- und Demographietrends, Bedrohungen von nicht staatlichen Akteuren und die Globalisierung von Informationen und Kapitalflüssen haben einen Einfluss auf die nationale Souveränität. Trotz allem ist der Trend, der die nationale Souveränität am meisten beeinflusst hat, derjenige der Regionalisierung. Die Europäische Union ist ein interessantes Beispiel der Integration. Jedoch ist sie intern zerstritten über den Weg, der vor ihr liegt und nicht zuletzt scheint es ihr an der Entschlossenheit zu mangeln, die Freiheiten, der sie sich erfreut, zu verteidigen.

Die größte Errungenschaft der EU war, dass sie Krieg unter ihren Mitgliedern unmöglich gemacht hat. Ihre verbundenen Wirtschaftsräume haben zu einem nie da gewesenen Wohlstand für die 495 Millionen Bürger geführt und hat den profitabelsten Konsummarkt der Welt geschaffen. Andere regionale Organisationen untersuchen das Modell der EU und könnten einige der Elemente adaptieren - auch wenn sie nicht das selbe Modell wählen. Denn keine Nation die ihre wirtschaftliche Macht stärken will mag die eigene nationale Souveränität geschwächt sehen. Die regionale Integration Europas hat dazu geführt, dass Nationen Teile ihrer nationalen Souveränität an die supranationale Organisation abgetreten haben. Dies hat zu einer kurzfristigen Stabilität geführt. Aber die Delegation von Autonomie hat es schwer gemacht einen gemeinsamen politischen Willen auf regionaler Ebene herbeizuführen um effektiv auf Krisen zu reagieren.

Die europäischen Religionskriege wurden 1648 durch die Nationalstaaten und ihre Definition von Souveränität im Westfälischen Frieden in Münster beigelegt. Da viel des Leids des 20sten Jahrhunderts aber dem Nationalismus zugeschrieben wird, wandte sich die Post-1945 Ordnung Europas einer post-westfälischen Ordnung zu. Dieser größeren Einheit fühlen sich aber nur wenige Bürger zugehörig. Es gibt keine europäische Armee und niemand hat je für die Europäische Union gekämpft oder ist für sie gestorben. Wenn wahrgenommen wird, dass die nationalen Identitäten bedroht sind oder zu viel nationale Souveränität abgegeben wird, dann ist es nicht auszuschließen, dass es zu einer Renaissance der Nationalstaaten kommt - oder schlimmer noch, zu einem Rückschritt zum Mikronationalismus, wie zuletzt bei den Flamen, den Schotten, Basken oder anderen beobachtet werden konnte. Wenn stärkere regionale Organisationen ein Verschwinden an nationaler Souveränität

bedeuten, dann mag es widersprüchlich aussehen, wenn das strategische Umfeld, welches vor uns liegt, einerseits starke Nationalstaaten und andererseits starke regionale Organisationen benötigt. Die EU, mit ihrem Mangel an politischer Einheit und nicht ausreichenden Ressourcen, kann diesen Herausforderungen nicht begegnen. Keine neue oder reformierte internationale Institution wird glaubwürdig sein ohne die starke Entschlossenheit den Herausforderungen auf nationaler Ebene mit Verbündeten anzugehen, anstatt nur kurzfristigen politischen Gewinn zu erzielen. Dies erfordert Vision, politischen Mut und Entschlossenheit.

Der gemeinsame Hintergrund der EU ist vor allem rechtlich und ökonomisch angelegt. Doch trotz ihrer wirtschaftlichen Stärke, ist die EU als politische und militärische Instanz schwach. Die Menschen in der EU nehmen die persönlichen, ökonomischen wie sozialen Freiheiten, wie die der Bewegungsfreiheit als selbstverständlich hin. Dieses Level an individuellen Freiheiten zu erhalten war eine unglaubliche Leistung. Aber nur wenige EU Bürger sehen sich verantwortlich diese Freiheiten mit militärischer Macht zu verteidigen, wenn es nötig würde. Wenn die Bürger ihre Bürgerschaft als nichts anderes mehr sehen als ein Mittel um Rechte zu erhalten und die Verpflichtungen anderen überlassen werden, dann bleibt das Militär außen vor. Das hat für die Qualität und den Respekt für das Militär erhebliche Konsequenzen.

Die NATO ist eine politische und militärische Allianz, die ein Beispiel ist für eine internationale Struktur, welche sowohl nationale wie auch institutionelle Stärke zeigen kann. Gegründet für die kollektive Verteidigung gegen einen gemeinsamen Feind, hat sich die NATO jedoch nicht aufgelöst als der Warschauer Pakt verschwand, obwohl ihre politische Einheit zu verblassen begann.

Die Verwundbarkeit, die durch eine schwache EU, geringe nationale Entschlossenheit und eine geschwächte NATO entsteht - speziell der europäischen Bürger - ist enorm groß falls ein Konglomerat verschiedener feindlicher Akteure und größerer nicht menschlicher Trends sich gegen Europa wenden. Darin sind materielle Elemente wie Wohlstand und militärische Ressourcen natürlich genauso wichtig wie philosophische Überlegungen, wie die Bedeutung von Identität, Bürgerschaft und zentralen Werten. Ein Teil nationaler Identität ist die Art und Weise, wie sie ihre Staatsangehörigkeit an Neulinge überträgt. Die USA haben es generell besser geschafft als Europa neue Staatsbürger in die amerikanische Gesellschaft zu integrieren. Beide, Europa und Amerika teilen die gleichen Grundwerte und - wie in anderen westlich orientierten Teilen der Welt - erfreuen sich offener Gesellschaftsformen, die vor den gleichen kulturellen Herausforderungen stehen.

1.1.4 Verlust an Vernunft

Der Trend der Regionalisierung und ihr aktives Vorantreiben hat - vor allem im Falle der Europäischen Union - nicht nur zu einem Verfall des Nationalstaates geführt. Er hat bisweilen zu einer Abschwächung des nationalen Selbstverständnisses, dem Respekt vor der Rechtsstaatlichkeit, der Sprache und dem Wert staatsbürgerlichen Engagements geführt. Wenn das nationale Selbstverständnis geschwächt wird und

Staatsbürgerschaft ihre Bedeutung verliert, werden andere Quellen gemeinsamer Identität - wie zum Beispiel die religiöse Identität - vorherrschend.

Religiosität oder religiöse Orthodoxie als solche ist unproblematisch und ist recht häufig ein wichtiger Bestandteil gesunden staatsbürgerlichen Engagements. Was problematisch ist, ist die Art des Verlusts der Vernunft, die die Ungewissheit steigert und es politischem Fanatismus - momentan dem radikalen Islamismus - ermöglicht sich zu verbreiten. Die daraus resultierenden Konsequenzen sind zweifältig: prinzipiell ist es ein kulturelles und soziales Problem, das das Bewusstsein, die Nationalität und die Sicherheit berührt. Aber wenn soziale Unvernunft in politische Unvernunft mündet, wird die Politik kurzsichtig und frei von jeder Strategie und es besteht die Möglichkeit der Manipulation durch Jene mit feindseligen Absichten. Der Verlust der Vernunft in den westlichen Gesellschaften kann als Teil eines größeren kulturellen Trends betrachtet werden, der solche Gesellschaften stärker angreifbar macht. Die Symptome reichen vom Harmlosen bis zum Fanatischen. Der Starkult, konzentriert auf Pop-Künstler und Athleten, ist ein eher harmloses Symptom dieses breiten kulturellen Phänomens. In manchen westlichen Gesellschaften hat das Vertrauen in vollkommen unvernünftige Glaubenssysteme den Glauben an Religionen überholt, die über moralische und rationale Substanz verfügen und auch kulturelle Wurzeln besitzen. Aber Symptome wie die Abnahme des Interesses an Wissenschaft spiegeln einen intellektuellen Verfall wieder, der stärkere, sofort spürbare soziale Konsequenzen nach sich ziehen könnte, z.B. in den Bereichen des Journalismus, des Rechtswesens und sogar im Bereich der öffentlichen Gesundheit. Sie spiegeln einen allgemeineren Verlust des Respekts für den Wert des Beweises und des Arguments. Als direkte Konsequenz aus der Globalisierung der Informationsströme zirkulieren alle möglichen Formen des irrationalen Glaubens oder des politischen Fanatismus im öffentlichen Raum. Eigenschaften einer offenen Gesellschaft, wie z.B. die Redefreiheit, können dann gegen sie und andere Freiheiten benutzt werden.

All diese Symptome zusammen steigern den politischen Leichtsinn großer Teile der Industrienationen. Sie machen die Menschen gedanklich, kulturell und politisch verletzbar. Der Verlust des Werts der Staatsbürgerschaft und die gesteigerte Unvernunft bilden zusammen den Raum, in dem die öffentliche Meinung von Emotionen geprägt ist und so erschwert wird, dass sich solide Strategien und solide Politik durchsetzen. Außerdem lassen sie Raum, in dem die Volksverhetzung gedeihen kann. Der Verlust der Vernunft ist anders ausgedrückt ein Verlust eines besonders wichtigen Teils der gedanklichen und moralischen Gewissheit. Sie kann Menschen dazu bringen, Gewissheit irgendwo in üblichen Kulturen bis hin zu extremen Fällen des Fanatismus zu suchen.

In das rationale Erkenntnisvermögen anderer zu vertrauen, heißt Zweifel in Betracht zu ziehen und zu dulden. Manchmal jedoch kann die Angst vor dem Zweifel größer sein als die Angst vor dem Tod, gerade dann, wenn extreme Zweifel jemanden dazu verleiten, offen für die extreme Sicherheit einer militanten Ideologie zu sein - momentan ist diese (es muss allerdings bemerkt werden, dass dies nicht die

einzig ist) der radikale Islamismus.

Die Anziehung des radikalen Islamismus ähnelt der psychologischen Anziehungskraft von anderen weltlichen, totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts, in denen jegliche Zweifel zerstreut werden. In den totalitären Regimen des 20. Jahrhunderts hat die Ideologie oft den Platz der Religion eingenommen und manchmal das Göttliche durch den Tyrannen ersetzt - eine groteske Vergötterung, die man in Nord Korea immer noch im dortigen Personenkult wiederfindet. Aber während der Nationalsozialismus an die rassische Identität appellierte und der Kommunismus an die Unterklasse und eine egalitäre Stimmung, so appelliert der radikale Islamismus an die religiöse Identität und platziert politische Gewalt in einer Erzählung von religiöser Pflicht.

Die Varianten des radikalen Islamismus sind prinzipiell politisch. Da sie aber an die religiöse Identität appellieren, können sich westliche Muslime mit unsicheren nationalen Identitäten und einem schwach ausgeprägtem staatsbürgerlichen Empfinden ungewöhnlich stark zu der Sicherheit, die der Fanatismus ihnen bieten kann, hingezogen fühlen. Es ist wichtig zu betonen, dass diese Schwächen der westlichen Kultur nicht der Grund für islamistischen Terror sind. Sie spiegeln nur die Verletzbarkeit wieder, die Gesellschaften anfällig für seine ideologischen und gewaltsamen Angriffe macht, weil sie glauben, selbst daran schuld zu sein. Es gibt viele Quellen des radikalen Islamismus; angefangen bei der staatlichen Unterstützung des Radikalismus durch Saudi-Arabien und den Iran bis hin zu nichtstaatlichen Organisationen wie die Hisbollah, Hizb ut-Tahrir, die Muslimbruderschaft und ihre Sprösslinge Al-Qaida und Hamas ebenso wie die im Internet frei verfügbare Propaganda.

Diese unterschiedlichen Quellen der Propaganda und/oder Gewalt variieren in ihren jeweiligen gedanklichen Untermauerungen, sektiererischen und politischen Zielen und in ihrer internationalen oder nationalen Orientierung. Was sie allerdings gemeinsam haben ist ein Angriff auf die westlichen Werte - auf ihre demokratischen Prozesse und ihre Religionsfreiheit - und ein Hochgefühl über die Ermordung von Juden, Amerikanern, Hindus, "Ungläubigen", "Verrätern", "Abtrünnigen" und verschiedenen "untergeordneten" anderen. Trotz der allgemeinen Auffassung im Westen, ist der Ursprung von islamistischem Terror weder eine Opferrolle, noch ein Minderwertigkeitskomplex, sondern ein gut finanziertes Überlegenheitsgefühl, das auf einer militanten politischen Ideologie gründet.

Das kulturelle Problem des Verlusts der Vernunft ist breiter als wir hier beschreiben können, aber es erzeugt den Raum für die Ausbreitung von fanatischen politischen Bewegungen, die im Widerspruch zu Werten der Vernunft stehen und es schwächt das Bewusstsein, ohne das politische und strategische Entschlüsse nicht möglich sind.

Wenn die Unvernunft und der Fanatismus außer Kontrolle geraten, besteht das Risiko, dass längerfristig die Instabilität der Ungewissheiten, der Anstieg des Fundamentalismus und der Despotie eine neue unfreie Zeit einleiten werden, in welcher die Freiheiten, die westliche Gesellschaften genießen - aber nicht verteidigen werden

- ernsthaft gefährdet sind.

1.1.5 Größenordnung und Komplexität

Die Verteidigungs- und Sicherheitsherausforderungen, denen wir uns heute stellen müssen, sind sehr ernst. Aber sie sind sehr verschieden von den Herausforderungen, die wir bisher kannten - wie die des Faschismus oder des Kommunismus. In seinem vierteljährlichen Verteidigungsbericht hat das Pentagon 2006 den Konflikt nach dem 11.9., den "langen Krieg" gegen verteilte, nicht-staatliche Netzwerke genannt. Diese Definition reflektiert die Größenordnung des Konflikts, aber nicht seine Komplexität. Auch die Mittel mit ihm umzugehen, werden nicht damit benannt.

Die Neuerung in diesem "globalen Zeitalter" ist die Art, wie Bedrohungen und Sicherheitsherausforderungen miteinander in Verbindung stehen wie z.B. Energiesicherheit, Klimawandel, Informationstechnologie, Finanzströme, bewaffnete Konflikte, radikaler und islamistischer Terrorismus, organisierte Kriminalität, Proliferation, knappe Ressourcen und Flüchtlingsthemen. Alle stehen wie nie zuvor miteinander in Verbindung. Dazu kommt, dass andere Trends Verstärkerfunktionen für bestimmte Bedrohungen haben. Demographische Trends betreffen Urbanisierung, Kriminalität und Terrorismus. Klimawandel betrifft Migrationsthemen und wirtschaftliche Interessen. Ideologische Trends und Nationalismus beeinflussen Terrorismus, Kriminalität und soziale Stabilität. Technologischer Wandel, verbesserte Bewegungsfreiheit und verbundene Wirtschaftsräume können lokale Probleme verstärken zu regionalen und sogar globalen Krisen.

Wir sind nicht nur in einem "langen Krieg" gegen Terrornetzwerke oder nicht-staatliche Akteure; der Westen sieht sich einer komplexen, wandelbaren und instabilen Kombination von spezifischen Bedrohungen gegenüber - vor einem Hintergrund globaler Trends. Die Komplexität und der verknüpfte Charakter dieser sich wandelnden Bedrohungen und Trends führt zu einem nicht vorhersehbaren Risiko. Dadurch, dass viele Herausforderungen Teil von generellen Trends sind und spezifische Bedrohungen durch nicht militärische oder irreguläre Mittel - wie z.B. Cyber-Angriffe - ausgeführt werden können, macht es keinen Sinn von einem "Krieg" zu sprechen. Denn um mit der Situation umzugehen, braucht es wesentlich mehr als militärische Instrumente. Die westlichen Verbündeten sehen sich vor einer langen, nachhaltigen und präventiven Verteidigung ihrer Gesellschaften und Lebensstile. Dafür müssen sie das Risiko auf Entfernung halten und gleichzeitig ihr Heimatland schützen.

Diese nachhaltige Verteidigung betrifft die physische Sicherheit der BürgerInnen, von Territorium und Interessen, Rechtskultur und Freiheit. Sie wird angewandt in vielen verschiedenen Schauplätzen und wird viele politische Bereiche betreffen, die traditionell voneinander getrennt waren. Es ist als erster Schritt sehr wichtig zu verstehen, wie verschiedene Angelegenheiten miteinander in Verbindung stehen, um sie effektiv angehen zu können.

Es wird große Geduld, Nerven und Beharrlichkeit erfordern. Es wird sowohl den

Willen brauchen wenn nötig hart mit militärischer Macht zuzuschlagen als auch die Entschlossenheit nicht der Verführung zu unterliegen Kompromisse bei den eigenen Werten einzugehen, was ein Hauptziel von Terroristen und Aufständischen ist. Die Komplexität der miteinander in Verbindung stehenden Probleme und ihre regionalen Dimensionen richtig einzuschätzen ist ein erster Schritt um auszuwerten, welche Mittel notwendig werden. Die Herausforderungen in Afghanistan, wo eine Radikalisierung weit verbreitet ist, sind eine Kombination von Terrorismus und organisierter Kriminalität, die Drogenhandel und illegalen Waffenhandel in einem weiteren regionalen Rahmen beinhaltet. Terrorismus und sektiererische Instabilitäten werden aktiv unterstützt von nicht staatlichen Akteuren und regionalen Mächten.

Die anhaltenden Operationen im Irak und in Afghanistan haben gezeigt, dass die derzeitigen Machtstrukturen der westlichen Nationen nicht vollständig in der Lage sind den heutigen militärischen Herausforderungen zu begegnen. Obwohl die NATO Mitglieder in neue Mittel investieren, sind diese zum großen Teil zur Verteidigung von NATO-Vertrags-Gebiet entwickelt.

Im Allgemeinen sind die NATO Mitglieder nicht bereit in neue Mittel, die heute gebraucht werden, zu investieren. Verteidigungsbudgets geben noch immer nicht diese neuen Prioritäten wieder. Dies ist zum Teil der Fall, weil die europäischen Nationen nicht bereit sind den derzeitigen Bedrohungen entgegenzutreten. Das jüngste Beispiel dafür ist die mangelnde Bereitschaft das Flaggschiff der NATO-Transformation, die "NATO Response Force" zu finanzieren. Westliche Nationen müssen ihre Haltung im Bezug auf Sicherheit überdenken und die Lücken im militärischen und anderer Mittel anerkennen.

Der Westen, wie wir in der Einleitung bemerkten, hängt stark von der indischen Software Industrie und damit von indischer Stabilität ab. China ist in der Lage die amerikanische und die Weltwirtschaft durch den Eintauch seines riesigen Dollarschatzes zu schädigen. Russland ist in der Lage einen erheblichen Teil der Gasversorgung Europas zu stoppen. 2007 wurden wir Zeuge eines "Cyber Angriffs" auf Estland, entweder unter Zuhilfenahme staatlicher Mittel oder durch anonyme Individuen. Während NATO Anwälte versuchten herauszufinden, ob dieses einen Angriff nach Artikel 5 darstellte, versagten die EU und die NATO darin für Estlands Verteidigung aufzutreten. Diese Attacke ließ die NATO über "Cyber-Sicherheit" nachdenken. Die Allianz erforscht derzeit Wege, wie die strategische Verteidigung im "Cyberspace" verbessert werden kann - und sie könnte auch andere Anwendungen von "Cybertechnologie" in Betracht ziehen.

Diese Beispiele zeigen eine neue Form der Kriegsführung auf, die finanzielle, energiepolitische und informationstechnologische Hebel ausnutzt. Krieg könnte geführt werden, ohne dass eine einzige Kugel verschossen wird. Die Auswirkungen davon müssen Teil des strategischen und operationellen Denkens werden. Die Bedrohungen, denen sich der Westen und seine Partner heute gegenüber sehen, sind eine Kombination aus gewalttätigem Terrorismus gegen die Zivilbevölkerung und Institutionen, Kriegen die indirekt geführt werden durch Staaten, die Terrorismus

finanzieren, dem Verhalten von Schurkenstaaten, der Taten organisierter Kriminalität und die Koordination feindlicher Aktivitäten durch den Missbrauch von nicht militärischen Mitteln.

Die Form dieser gefährlichen und komplexen Herausforderungen kann nicht mehr mit militärischen Mitteln allein angegangen werden. Die westliche Welt und ihre Verbündeten müssen sich auf eine konkrete Strategie einigen, welche die Nutzung aller verfügbaren Instrumente beinhaltet und Kapazitäten für die globalen und regionalen Herausforderungen bereit stellen, die wir vorhersagen können, wie auch für diejenigen, die wir nicht vorhersagen können.

1.2 Globale Herausforderungen

1.2.1 Nukleare, biologische und chemische Aufrüstung

Der immer weiter steigende Energiebedarf wird unvermeidbar dazu führen, dass Atomkraft deutlich stärker für nicht-militärische Zwecke genutzt wird. Das ist aus ökonomischen und umweltpolitischen Gründen wünschenswert, verursacht aber ernsthafte Sicherheitsrisiken. Die Versuchung, Uran auch über das für einen zivilen Gebrauch nötige Maß hinaus anzureichern und das Nebenprodukt Plutonium abzuspalten, wird mit Sicherheit steigen und den Atomwaffensperrvertrag (Nuclear Non-Proliferation Treaty, NPT) unterminieren. Daher ist weiterhin ein strenges Kontroll- und Prüfsystem nötig, etwa die Internationale Atomenergiebehörde (International Atomic Energy Agency, IAEA), andere freiwillige Ad-hoc-Zusammenschlüsse und Verstärkungsmechanismen (die Nuclear Suppliers Group, das Zangger Committee und andere) und ganz besonders die Anti-Proliferationsinitiative (Proliferation Security Initiative, PSI).

Falls die Welt keine Lösung für die nuklearen Ambitionen des Irans findet, könnte der NPT unwiderruflich geschädigt werden und nukleare Aufrüstung sich verbreiten. Ein Iran, der sich im Besitz von Atomwaffen befindet, würde eine große strategische Bedrohung darstellen - nicht nur für Israel, das er zu zerstören angedroht hat, sondern auch für die ganze Region, Europa und die Vereinigten Staaten. Weiterhin könnte er den Beginn eines neuen mehrpolarigen atomaren Rüstungswettlauf im unsichersten Teil der Welt darstellen.

Die Atomwaffen Indiens und Pakistans haben eine gewisse regionale Stabilität bewirkt, aber auch neue Risiken und Ungewissheiten. Das "private" Atomwaffenverbreitungsnetzwerk von A. Q. Khan, das eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung von Pakistans atomaren Fähigkeiten spielte, verkaufte auch Zentrifugen-Entwürfe an den Iran, Nordkorea und Libyen und bot sie dem Irak unter Saddam Hussein an.

Der Abbau von A.-Q.-Khans Netz und der libyschen Programme für atomare, chemische und biologische Waffen, der 2003 stattfand, war ein großer Erfolg, aber es bestehen weiterhin mehrere signifikante Risiken. Da viele Lehrlinge des A.-Q.-Khan-Netztes noch frei sind, bleibt die Bedrohung eines sehr gefährlichen schwarzen

Marktes für Atomwaffentechnologie.

Das größte Risiko dabei ist, dass Pakistan, falls es zu einem versagenden Staat (“failed state”) werden sollte, ein versagender Staat mit Atomwaffen wäre.

Obwohl die atomare Aufrüstung gegenwärtig im Vordergrund steht, hat die Gefahr der Aufrüstung bei chemischen, biologischen und radiologischen Waffen und bei Raketentechnologie nicht abgenommen. Zur Zeit besitzen 25 Staaten Massenvernichtungswaffen. Von diesen Staaten verfügen 17 über die Kapazitäten für aktive chemische Angriffswaffen und 12 über biologische Angriffswaffen. Etwa 70 Staaten besitzen Raketen mit einer Reichweite von über 1500 km, und ungefähr 12 Staaten exportieren solche Waffen. Um diesen Gefahren entgegenzutreten, ist die Verwendung aller vorhandenen Instrumente erforderlich.

Momentan geschieht dies durch eine Kombination von Verträgen und Ad-hoc-Arrangements. Zusätzlich zur Konvention über biologische Waffen von 1972 und zur Konvention über chemische Waffen von 1993 gibt es Ad-hoc-Arrangements wie das Kontrollregime für Raketentechnologie (Missile Technology Control Regime). Zur Zeit ist das wichtigste Instrument gegen all diese Bedrohungen die Anti-Proliferationsinitiative (Proliferation Security Initiative, PSI), die eine Gegen-Aufrüstung durch Luftfahrt- und Schifffahrtsverbote, Drohungen und Herausforderungen aufzubauen versucht, wo andere Kontrollregime versagen oder nicht ausreichend vorsorgen. Die PSI ist ungeheuer wichtig und hatte mehrere wichtige Erfolge, aber momentan hat sie keine formelle institutionelle Basis und auch keine klare strategische Richtung. Eine Aufrüstung mit Massenvernichtungswaffen jeder Art, die mit ihnen verbundenen Technologien mit doppeltem Verwendungszweck und die Mittel zu ihrer Verteilung bleiben eines der akutesten Sicherheitsrisiken der nächsten Jahrzehnte. Für eine effektive Reaktion auf diese Bedrohungen braucht man eine tiefer gehende und breitere Kooperation und einen umfassenderen Ansatz.

1.2.2 Der Kampf um knappe Ressourcen

Der globale Wettbewerb um knappe Ressourcen wird sich verschärfen. Ganz sicher gilt das für fossile Brennstoffe, hier wächst die Möglichkeit, dass Lieferanten ihre Machtposition ausnutzen. Man kann annehmen, dass Investitionen und Forschung für alternative Energiequellen, von einer Steigerung der Nukleartechnik bis hin zu Experimenten mit Wasserstofftechnologie und verschiedenen Formen von Biosprit, in Zukunft wachsen und ermutigt werden.

Es besteht das Risiko, dass knappe Ressourcen, etwa seltene dringend benötigte Mineralien, die in entlegenen Weltgegenden gefördert werden, eher eine Quelle politischer Instabilität werden als eine Wohltat für die lokale Bevölkerung. Mit weltweitem demografischem und wirtschaftlichem Wachstum wird auch ein steigender weltweiter Bedarf nach Öl einhergehen - der durchschnittliche Anstieg pro Jahr wird für die nächsten 20 Jahre auf zwei Prozent geschätzt. Die stärkere Verwendung von Atomenergie in diesem Jahrhundert wird den Bedarf nach Uran

erhöhen. Da China und Indien bei dieser Bedarfssteigerung eine wichtige Rolle spielen, werden sie sich zu immer einflussreicheren, wettbewerbsfähigeren Ländern entwickeln. Andere alternative Energiequellen, etwa Biosprit, verflüssigte Kohle, Wasserstofftechnologie und Windkraft, sollten gefördert werden. Eine ganze Volkswirtschaft auf Wasserstoff umzustellen, wäre aber extrem teuer, und obwohl diese Umstellung in Zukunft vielleicht ökonomisch günstiger wird, bleibt ihre Umsetzbarkeit fraglich.

Noch dazu ist Biosprit aus Palmöl, Zuckerrohr und anderen Quellen immer noch teurer als fossile Brennstoffe.

Aber amerikanische Forschungen in diesem Bereich machen wirkliche Fortschritte, und möglicherweise werden die USA in Zukunft weniger vom Import fossiler Brennstoffe abhängig sein. Daher bleiben die Risiken in der Energieversorgung für Europa und Asien vermutlich größer als für Amerika.

Die Sicherheit der Energieversorgung hängt mit politischen Ausrichtungen, Umwelt und Wirtschaft betreffenden Themen und politischer Freiheit zusammen. Die Abhängigkeit von Öl und Gas führt zu einer Verletzlichkeit, die manche Staaten auszunutzen versuchen - die Gazprom-Krise zeigte, wie leicht die Nachfrage zu manipulieren ist. Die Organisation Öl exportierender Staaten (Organization of the Petroleum Exporting Countries, OPEC) ist - und bleibt vermutlich auch in Zukunft - ein Mechanismus, der den Ölpreis künstlich hoch hält. Vor kurzem ergründeten Russland und die Vereinigten Arabischen Emirate Pläne für eine "Gas-OPEC". Zur Zeit ist jede autonome Nation selbst für Energiesicherung und -politik zuständig. Die Europäische Union entwickelt derzeit eine gemeinsame Energiepolitik, diese konzentriert sich auf geringeren Schadstoffausstoß, höhere Effizienz, Subventionierung von Biosprit und eine möglichst große Vielfalt von Energiequellen, die durch Handelsarrangements sichergestellt werden soll. Es wird nicht über den Schutz von Energiequellen und den ihrer Transportmittel diskutiert. Die EU verwendet sanfte Instrumente, und so wird sie die Energieversorgung kaum sicherstellen können - das erfordert eine tiefer gehende transatlantische Kooperation und Koordination. Daher sollte man durchaus überlegen, die NATO als Mittel zur Sicherung der Energie zu verwenden.

In manchen Fällen befinden sich wertvolle Bodenschätze in Ländern, die unter Bürgerkriegen zu leiden haben, so dass die Bevölkerung nicht von den Bodenschätzen profitiert. Außerdem bieten seltene, aber unverzichtbare Mineralien organisierten Verbrechern große Möglichkeiten und Einfluss. Beispielsweise wird Coltan (das Erz des seltenen Metalls Tantal, unverzichtbar für Handys und Laptops) im Nordkonogo illegal abgebaut und von Milizen hinaus geschmuggelt. In Nigeria und Sierra Leone stehen seltene Bodenschätze unter der Kontrolle von Gangs und Rebellen; das bedeutet natürlich, dass diese Gruppen für die ganze Welt von Bedeutung sein können.

1.2.3 Nichtstaatliche Akteure und asymmetrischer Krieg

In der globalisierten Welt haben jene Akteure, die nicht mit Staaten in Verbindung stehen oder nur stellvertretend für Staaten handeln, zur Instabilität der Welt beigetragen und haben in manchen Fällen mit dem organisierten Verbrechen zu tun. Eine globalisierte "Asymmetrie" kann eine große Menge ernstzunehmender Gefahren für Regierungen und nationale Sicherheitskräfte bewirken. Asymmetrische Bedrohungen reichen von direkter militärischer Aktion im In- oder Ausland bis zu internationalen Terroristen, die Massenmorde planen; in manchen Fällen stehen die Verursacher asymmetrischer Bedrohungen - etwa Rebellen - mit dem hoch entwickelten internationalen Verbrechen in Verbindung. Es ist wichtig, zu erkennen, dass die Bedrohung auch aus ökonomischen, militärischen, terroristischen und kriminellen Bedrohungen zusammengesetzt sein kann. Die Herausforderung ist umso größer, weil demokratische Nationen internationale Gesetze und Konventionen beachten, während die "andere Seite" solche Skrupel nicht hat, und dadurch eine Diskrepanz des jus in bello (Kriegsrecht) entsteht. Israels Krieg gegen die Hisbollah war ein bewaffneter Konflikt zwischen einem nichtstaatlichen, in Vertretung handelnden Akteur und einer Nation, bei dem die Nation stark benachteiligt war. Die Hisbollah schreckte vor Kriegsverbrechen nicht zurück: Sie positionierte ihre Miliz zwischen Zivilisten und startete Raketen aus Wohngebieten. Und die ganze Zeit über führte sie eine unnachgiebige, streng kontrollierte Propaganda-Kampagne durch.

Krieg "zwischen den Menschen" auszulösen, ist nichts Neues. Die Grenze zwischen Soldat und Zivilist zu verschleiern, gehörte schon zur spanischen Guerillataktik gegen Napoleon und zum Krieg der IRA gegen die Briten, und auch heute verwenden terroristische Vereinigungen diese Methode. Aber heute, wo sehr moderne Waffen zur Verfügung stehen, führt diese Taktik zu weit mehr Todesfällen unter unschuldigen Zivilisten. Beispiele für einen in Vertretung gekämpften asymmetrischen Krieg in der heutigen Zeit ist die gravierende Unterstützung, die der Iran schiitischen Milizen im Irak zukommen lässt, und die Tatsache, dass er die Hisbollah mit Waffen und Training versorgt. Die Unterstützung durch den Iran (und möglicherweise Syrien) und die Gegenwart der Al-Qaida und Elementen des früheren Ba'athist-Regimes im Irak, egal, ob sie nun Zivilisten und Militärangehörige ermorden oder Institutionen zerstören, illustrieren sehr deutlich die große Herausforderung einer koordinierten Kampagne gegen eine asymmetrische Gefahr.

Wir müssen uns klarmachen, dass internationaler Terrorismus und die Gefahr eines asymmetrischen Krieges vermutlich für sehr lange Zeit bestehen bleiben werden. Das ist eine ganz andere Herausforderung als der Terrorismus der Baader-Meinhof-Gruppe, der baskischen Separatistenorganisation ETA oder der IRA. Heutzutage zielt der internationale Terrorismus darauf, unsere Gesellschaften, unsere Wirtschaftssysteme und unsere Lebensweisen zu zerstören. Es war ein erstaunlich kreativer Schritt der Terroristen, Flugzeuge als Raketen zu benutzen, Bombenanschläge direkt vor Wahlen durchzuführen und die weltweiten Medien zu verwenden, um den größtmöglichen Effekt zu erzielen. Noch dazu schwimmt die Trennlinie

zwischen dem internationalen, organisierten Verbrechen und Terrorismus immer stärker. Es gibt zwar den grundlegenden Unterschied, dass Terroristen politische Absichten verfolgen und internationale Verbrecher auf Geld abzielen, aber ihre Aktivitäten sollten nicht isoliert betrachtet werden. Manche Terrororganisationen sind in Drogen- und Waffenhandel verwickelt und organisierte Verbrecher können nach politischer Macht streben - wie es die Symbiose zwischen Drogenhandel, Waffenhandel und asymmetrischem Krieg in und um Afghanistan demonstriert. Der Kalte Krieg half bei der Kontrolle des Waffenverkaufs, aber jetzt ist das Material leicht auf dem Schwarzmarkt zu erhalten. Wenn man berücksichtigt, dass nicht-staatliche und in Vertretung für einen Staat handelnde Akteure absichtlich alle Prinzipien des Verhaltens im Krieg verletzen, dass sie sowohl als Akteure als auch durch die Wahl ihrer Ziele die Trennlinie zwischen Soldaten und Zivilisten verschleiern - dann wird sich die Reaktion auf diese Gefahren unweigerlich ändern, abhängig davon, wo die Grenzen des jus in bellum und jus in bello gezogen werden.

1.2.4 Missbrauch finanziellen Einflusses

Eine gefährliche Folge der Globalisierung ist die Tatsache, dass finanzieller Einfluss politische Instabilität verstärken könnte. Beispielsweise strebt China wieder nach den Mineralressourcen Afrikas und versucht sich diese zu sichern, indem es sich von Regimes politische Unterstützung erkaufte. Beispielsweise bot die Weltbank Nigeria fünf Millionen Dollar für die Renovierung des Eisenbahnnetzes - China überbot das mit 8,3 Milliarden, für die das Netz von Grund auf erneuert werden konnte. Dieses Phänomen wird auch als "Schurkenhilfe" (rogue aid) ² bezeichnet und beeinflusst Afrikas Beziehungen zum Rest der Welt.

Zusätzlich zu seinen Interessen im Ölgeschäft in Nigeria, Sudan und Angola hat China auch Forschungsvereinbarungen mit dem Tschad, Niger, Mali, Mauretanien und Algerien und einen Produktionsposten in Tunesien. Außerdem sucht China auf dem ganzen Kontinent nach Mineralien, unter anderem Platin, Kupfer, Eisenerz, Uran und Diamanten. Und noch dazu investiert es in Projekte der Infrastruktur und unterbietet dabei Mitbewerber aus dem Westen und Entwicklungsbanken. China baut Dämme zur Energiegewinnung aus Wasser im Sudan, in Äthiopien, Sambia, Mosambik, Ghana, Nigeria und Kongo-Brazzaville, Bahnstrecken in Angola, Sambia, Kongo, Gabun und dem Sudan und Telefonnetze in Marokko, Algerien, Mali, Nigeria, Kenia, Angola und Simbabwe.

Mit einem Volumen von 99,4 Milliarden US-Dollar im Jahr 2006 ist Amerika immer noch Afrikas größter Handelspartner, aber Chinas Ölkäufe aus Afrika haben sich seit 2000 verfünffacht und standen 2006 bei 55,5 Milliarden US-Dollar. China kann die "Finanzwaffe" für geopolitische Einflussnahme in Afrika verwenden und

²'Rogue Aid', Foreign Policy March/April 2007; IISS, 'China in Africa', Strategic Comments vol. 13 issue 05.

gewinnt die Fähigkeit, sie noch weitergehend zu nutzen - wenn es das will.

Es gibt auch weniger brisante Beispiele für "Schurkenhilfe": von Venezuelas Entwicklungshilfe für das Regime in Kuba bis hin zu Russen, die Bahnhöfe in der Schweiz aufkaufen. Einflussnahme und Abschreckung mit nicht-militärischen Mitteln können eine Bedrohung darstellen, und zwar eine wachsende Bedrohung. Die Gefahr besteht darin, dass sie Despoten stärken und Korruption fördern können, statt das Leben der Durchschnittsbevölkerung zu verbessern.

Die Verwendung von Ressourcen und auch von finanziellen Instrumenten, die durch Ressourcenreichtum gewonnen wurden, als neues politisches Zwangsmittel wird im kommenden Jahrhundert als politisches Problem wachsen, und das fügt der Bedrohungs- und Sicherheitsanalyse eine neue, nicht-militärische Dimension hinzu. Effektiv und mit einer angemessenen Strategie zu reagieren, bedeutet, die Bedeutung des Wortes "Strategie" über die militärische Ebene hinaus auszuweiten.

1.3 Regionale Herausforderungen

Laut den Vereinten Nationen gibt es etwa 500 verschiedene Nationalitäten, von denen ungefähr 140 auf dem Territorium eines Staates leben, der von einer anderen Nationalität beherrscht wird. Das ist die Grundlage der äußerst zahlreichen fort-dauernden ungelösten ethnischen und territorialen Konflikte innerhalb von Staaten oder zwischen Staaten. Dazu gehören Zypern, die arabisch-israelischen Konflikte, der Kosovo, arabisch-afrikanische Gewalt und der Genozid in Darfur und dem Süd-Sudan, die Konflikte zwischen Äthiopien und Eritrea, die Konflikte zwischen Sunniten und Schiiten, Syrien und der Libanon, die iranisch-arabischen Spannungen innerhalb des Iran, russisch-chinesische Rivalität, türkisch-kurdische Gewalt, Simbabwe systematisches Aushungern der politischen Opposition, der Bürgerkrieg in Nigeria und vieles andere. Diese Konflikte (mit der damit verbundenen Flüchtlingskrise) verlängern die Liste langfristiger Herausforderungen drastisch: Manche haben mit dem Wettbewerb um Ressourcen zu tun, mit nuklearer Aufrüstung, ökonomischem Wettbewerb, Terrorismus und Machtgleichgewicht.

Die Rolle der USA in Europa hat sich in den letzten Jahren geändert, bleibt für die Interessen Europas aber enorm wichtig. Im labilen Nahen Osten erfordert die Komplexität der miteinander in Verbindung stehenden Probleme über Jahre hinaus starkes Engagement.

In Asien bewirkt der Aufstieg von China, Indien und Indonesien als Regionalmächte neue wirtschaftliche, finanzielle und militärische Herausforderungen und die asiatisch-pazifische Region bleibt die einzige, in der die USA diese Herausforderungen in traditioneller Form ausgleichen können. Es ist wohl zutreffend, wenn man sagt, der strategische Schwerpunkt hätte sich vom Atlantik zum Nahen Osten und zum Pazifik verschoben und das wird viele Konsequenzen nach sich ziehen, nicht zuletzt für Europas Rolle in der Welt.

In diesem Abschnitt konzentrieren wir uns auf vier größere regionale Herausforde-

rungen: den Aufstieg Asiens, den gefährlichen Nahen Osten, Afrika und staatliches Versagen und die Rückkehr Russlands.

1.3.1 Der Aufstieg Asiens

Das erhebliche wirtschaftliche Wachstums Chinas und Indiens und der stetige Aufstieg Indonesiens haben schon jetzt globale tief greifende wirtschaftliche Konsequenzen. Diese drücken sich in durch erhebliche äußere Investitionen und eine westliche Abhängigkeit von Produktionen und Dienstleistungen, welche Markt und Währungsstabilität und den Zugang zu wertvollen Rohstoffen beeinflussen.

China und Indien wachsen zu dominanten Regionalmächten heran, die stark in militärische und nukleare Ressourcen investieren und große Geldmengen in Afrika hinein pumpen. Die Schätzungen gehen davon aus, dass, wenn die wirtschaftlichen Wachstumsraten in den nächsten zwei Jahrzehnten beibehalten werden, China in 2020 die zweitgrößte und spätestens 2027 die größte Wirtschaft der Welt haben wird. Es scheint aber unwahrscheinlich, dass China diese Wachstumsraten beibehalten können wird, aufgrund von Schwächen bezüglich der Regierungsführung, demographischen, Umwelt- und maritimen Faktoren. Indien und China versuchen beide ihren politischen Einfluss zu in unterschiedlicher Weise zu maximieren: Indien in Kooperation mit den USA und China in Konkurrenz zu ihnen.

China hat seine Verteidigungsausgaben stark erhöht (\$103 Milliarden in 2005, \$122 Milliarden 2006). Es hat auch seine atomaren Ressourcen, Marine und den militärischen Nutzen des Weltraums vorangetrieben.

Das Land hat eingesehen, dass es eine Macht zur See sein muss, um seine nuklearen Ressourcen und Seewege zu schützen. Deshalb sucht es alternative Optionen für Seezugänge in der Zusammenarbeit mit dem gestützten Regime von Myanmar (Burma) und mit Pakistan um die Straße von Malacca zu umgehen, die leicht blockiert werden könnte.

Dies verkompliziert die Verbindungen zu den USA und Indien. Wobei die unklare Zukunft Taiwans das Potenzial für einen noch gefährlicheren Brennpunkt hat.

Die Führung Chinas sieht in den USA mit Sicherheit ihre hauptsächliche Gegenseite. Aber es ist unwahrscheinlich, dass ein neuer kalter Krieg herauf zieht. Der Unterschied zwischen der Sowjet Union und China ist, dass die Sowjet Union wirtschaftlich schwach war, hingegen China wirtschaftlich stark ist - und diese wirtschaftliche Macht hängt von den USA ab.

China wird versuchen den Weg einer schwierigen Balance zwischen der Transformation des wirtschaftlichen Aufstiegs in eine militärische Ausdehnung und einer Kooperation mit asiatischen Nationen innerhalb der Assoziation der Südost-Asiatischen Nationen (ASEAN) und unter der Vermeidung einer Konfrontation mit den USA zu gehen.

Eine der wesentlichen Schwächen der chinesischen Ausdehnung, wie schon in dem Kapitel zum Klimawandel bemerkt, ist der Schaden, den es seiner Umwelt zufügt. Das Ausmaß dieser Schäden und die damit zusammenhängenden wirtschaftlichen

Schäden, sollten nicht unterschätzt werden. China baut zur Zeit um die zwei Kohlekraftwerke pro Woche. (Weltweit sind bis 2030 ca. 3000 solche Kraftwerke geplant) Dies mag für Chinas Energiesicherheit gut sein, aber es ist ein Desaster im Bezug auf die Verschmutzung des eigenen Bodens, die Gesundheit der eigenen Bevölkerung und dem Zustand der Welt im Ganzen. Die chinesische Regierung wird bald vor der schwierigen Entscheidung stehen - ob sie Regierung bereit ist, das Wirtschaftswachstum im Interesse einer besseren Umweltpolitik zu drosseln, bevor der Schaden an der Umwelt genau dieses Wachstum direkt negativ beeinflusst. Es scheint, dass die derzeitigen hohen Wachstumsraten nicht unendlich aufrechterhalten werden können, insbesondere wenn die Demographie der alternden Bevölkerung anfangen einen wirtschaftlichen Einfluss zu haben.

In China, wie auch überall sonst, gibt es einen Niedergang des Kommunismus als Ideologie. Aber ob wirtschaftliche Liberalisierung zu politischer Liberalisierung führen wird ist nicht klar, da die Struktur des Landes kommunistisch bleibt und die wirtschaftliche Elite zum Großteil aus Kindern der Partielite besteht. Wirtschaftswachstum liberalisiert ein Land nicht, wenn das Wachstum zum großen Teil vom Staat kontrolliert wird anstatt von der zivilen Gesellschaft. Es gibt das Internet, welches in seinem freiheitlichen Potenzial stark eingeschränkt ist, sowohl durch Zensur also auch dadurch, dass es vom Staat als Überwachungsmittel genutzt wird. Zusätzlich wurde eine offensive "Cyberforce" gegründet, welche nur der Partei rechenschaftspflichtig ist. Dies könnte darauf hindeuten, dass es in der Zukunft eine verstärkte Betonung von Cyberoperationen geben könnte.

Wenn sie nach der Rolle der chinesischen Armee gefragt werden, werden chinesische Offizielle antworten, dass Chinas Armee genauso sei, wie die Armee jeden anderen Landes, dazu da die eigenen Grenzen und Interessen zu schützen. Aber wenn sie privat gefragt werden, dann werden sie zugeben, dass zusätzlichen zu ihren vielen Ambitionen, die Armee hauptsächlich dazu genutzt wird die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten.

Indien wird im Bezug auf seine regionale Vorgehensweise nicht unbedingt genauso zurückhaltend sein wie China. Das Verhältnis zwischen Indien und Pakistan wird wahrscheinlich schwierig bleiben und Indiens Verhältnis zu Indonesien ist nicht ohne Spannungen. Moslemisch-hinduistische Gewalt oder Fanatismus, überall in der Region, könnte weiter die unschönen Spannungen zwischen diesen Staaten vertiefen.

Der Fall von Japan differiert sehr von dem anderer Länder in der Region, da Japans Sicherheit seit dem Ende des zweiten Weltkriegs voll in den Westen integriert war, mit einer starken Bindung an die USA, sowohl auf politischen wie auch militärischen Ebenen. Dies macht Japan zu einem verlässlichen Bündnispartner gegen die Gefahr von Nordkorea. Die Haltung Indiens und Chinas zu Japans Sicherheit bleibt aber unklar.

Der Aufstieg Asiens verschiebt viel des strategischen Blickpunktes zu dem Pazifik. Dies bedeutet, dass die europäischen Nationen stark über ihre Rolle in der Welt nachdenken sollten, wie auch über die Rolle des transatlantischen Bündnisses im

Pazifik.

1.3.2 Gefährlicher Mittlerer Osten

Der mittlere Osten ist die Region in der die meisten Herausforderungen, die oben beschrieben wurden auf ein Mal zusammen kommen. Lokale ethnische Zusammenstöße mit einer regionalen Dimension, die Bedrohung der Proliferation, die Ausbreitung radikal islamistischen Terrorismus und die Instabilität um den Zugang zu Öl- und Gasvorkommen - hängen alle zusammen.

Das Auf und Ab des Risikos eines Bürgerkriegs im Irak, kurdisch - türkische Gewalt, nukleare Ambitionen und aktive separatistische Unterstützung durch den Iran tragen alle zur regionalen Ungewissheit bei. Diese Faktoren haben die Glaubwürdigkeit der USA stark beeinflusst, welche eine unverzichtbare Quelle regionaler Stabilität bleibt.

Dazu waren alle Bemühungen den israelisch-palästinensischen Konflikt zu lösen erfolglos. Eines der dramatischsten Änderungen seit dem 9.11. und dem Krieg in Irak ist, dass dieser Konflikt nicht mehr als das Zentrum gesehen werden kann, um dass sich alle Probleme im mittleren Osten drehen. Dies Problem zu lösen ist sehr wichtig. Präsident Bush ist das erste amerikanische Staatsoberhaupt, dass sich offen für die Schaffung eines palästinensischen Staates ausgesprochen hat. Wenn es aber zu der grundlegenden Frage kommt, ob das palästinensische Problem durch die Schaffung eines Staates gelöst werden sollte, dann gibt es im Westen darüber mehr Konsens als in der Region selbst.

Die dramatischste Veränderung in jüngster Vergangenheit ist der derzeitige schwierigste Konflikt des Mittleren Ostens zwischen den Sunniten und Schiiten. Irak und der Libanon sind zwei Bühnen dieses Konflikts und er beinhaltet auch die Rivalität zwischen den sunnitischen pro amerikanischen Verbündeten und dem schiitischen Iran.

Die Bereitschaft der USA und ihrer Koalitionspartner die Welt von zwei schrecklichen Regimen - Saddam Husseins Irak und den Taliban - zu befreien, hat ein Vakuum hinterlassen, in das der Iran eingeschritten ist. Dies in einer Welt, die dem wachsenden Einfluss des Irans in der Region nicht einschränken kann. Die schreckliche sektiererische Gewalt, die vorsätzliche Destabilisierung des Irak durch seine Nachbarn, plus eine erhebliche Präsenz von Al-Qaida stellen eine sehr große Herausforderung für die Regierung des Iraks und der Koalition dar. Diese Instabilität hat dem Iran erlaubt einzuschreiten, selbst während er den Prozess der Urananreicherung beginnt und im Verdacht steht ein militärisch nukleares Programm zu verfolgen. Der Iran wollte schon lange eine sehr wichtige regionale Macht werden. Als solche würde er zweifellos die geopolitische Balance am Golf bedrohen und wäre interessiert daran den Konflikt zwischen den Sunniten und Schiiten in der moslemischen Welt anzuheizen.

Gegen internationale Sanktionen würde der Iran als nukleare Macht immun werden. Des weiteren würde er eine Region dominieren, die der Welt größten Öl und

Gas Reserven besitzt. Des weiteren könnte eine iranische Atombombe das Ende des Atomwaffen Sperrvertrags bedeuten und somit einen regionalen Konflikt zur globalen Krise machen.

Regionale Stabilität zu erreichen - was eine Lösung des israelisch-arabischen Konflikts beinhaltet - kann nur auf einer höheren strategischen Ebene passieren. Lösungen werden in neuen regionalen Gleichgewichten liegen, welche Schlüsselinteressen beinhalten, wie die der Nichtverbreitung von Atomwaffen und dem Zugang zu Rohstoffen.

1.3.3 Afrika und der Zusammenbruch von Staaten

Wir haben Afrika im Zusammenhang von Bürgerkrieg, ethnischer Gewalt und demografischen Herausforderungen, Klimawandel, Hunger, Krankheiten, Korruption Rohstoffen und "Schurken Hilfe" diskutiert. Afrika ist eine Region wo viele dieser Herausforderungen miteinander in Verbindung stehen. Wenn wir es aber breiter betrachten, könnten wir sagen, dass der Kontinent eine Bühne ist für den aufkommenden Wettbewerb zwischen den westlichen Nationen, China und der islamischen Welt³ - eine kompliziertere, missliche Lage für Afrika als während des kalten Krieges.

Afrika bleibt der ärmste Kontinent, auch wenn das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren bei 5 Prozent pro Jahr lag. Dies kommt zum Teil durch den wirtschaftlichen Schub durch China, Vorteile durch Schuldenerlässe, Hilfe durch die G8 und verstärkte Hilfe durch die EU.

Nichts desto trotz reicht dieses wirtschaftliche Wachstum nicht aus um mit dem großen Bevölkerungszuwachs zwischen 900 Millionen und 2 Milliarden bis 2050 umzugehen. Generell gesprochen, ist der afrikanische Kontinent nicht in einer guten Verfassung. Der Mangel und guter Regierungsführung ist der Hauptgrund für diese Situation, die zu verschiedenen Problemen geführt hat. Erstens gibt es interne Instabilitäten in vielen Ländern und häufig den Zusammenbruch von Staaten, was die Probleme verbreitet. Die Konsequenzen des Bürgerkriegs und Genozids in den 1990ern in der Gegend der großen Seen können noch immer gespürt werden. Dies ist eine Region in der westliche Präsenz für einige Zeit bleiben wird um Stabilität und das Abhalten von Wahlen zu überwachen. Zusätzlich gibt es viele Probleme im Bezug auf AIDS und andere Krankheiten, Waffen-, Menschen- und Drogenhandel; und in einigen Ländern der Bedrohung von islamistischem Radikalismus.

Simbabwe wird buchstäblich durch ein tyrannisches Regime zerstört, welches Enteignungen und systematisches Verhungern lassen - ähnlich der nordkoreanischen Taktik in den 1990ern - um politische Opposition zu eliminieren (dies wird auch als Genozid angesehen, wie sie in der Genozid Konvention von 1948 Artikel IIc definiert wird). Leider wird Simbabwes Fehlverhalten durch die Unterstützung von

³IISS, Strategic Survey 2006, pp. 246-266; IISS, "AFRICOM", Strategic Comments, vol. 13 issue 2.

Süd-Afrika ermöglicht, und es besteht die große Gefahr, dass ähnliche Entwicklungen in Namibia auftreten könnten.

Die Gewalt und ethnischen Säuberungen - mit über 200000 Toten, 2,5 Millionen vertriebenen und mehr als 1600 zerstörten Dörfern⁴ - ist ein Genozid, der im wesentlichen durch Stellvertreter des sudanesischen Regimes, unterstützt durch die sudanesische Luftwaffe, vollzogen wird, um sich der schwarzen sudanesischen Bevölkerung zu entledigen und sie durch ethnische Araber zu ersetzen. Der wirtschaftliche Wohlstand der ölreichen Regierung des Sudans hat zur Destabilisierung des Landes und der Region in ähnlicher Weise beigetragen, wie der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch in Somalia. Dies trat dort zusammen mit einem radikalisierten Islamismus auf. Der Staat in dem das größte Risiko existiert, dass ein zusammengebrochener Staat zu einer Startrampe für Terrorismus und Massenvernichtungswaffen werden könnte, ist Somalia.

Es gibt des weiteren die echte Gefahr, dass radikale islamistische Bewegungen sich unter den 400 Millionen afrikanischen Moslems ausbreiten. Dies ist zur Zeit eine Sorge in Sudan, Somalia und Nigeria, aber war bisher noch kein Problem in den moderaten islamischen Regionen West- und Zentralafrikas.

Es gibt ein paar wichtige Ausnahmen zu diesen besorgenden Trends. Erstens die Länder, die Öl und Gas fördern, wie Gabun und Angola. Sie können von ihren politischen und ökonomischen Beziehungen zu Nordamerika profitieren. Liberia, obwohl es kein Energie Produzent ist, profitiert von guter Regierungsführung und den guten Beziehungen zu den USA. Zweitens sind die afrikanischen Länder an der Mittelmeerküste in einer besseren Situation, weil sie Teil des EUROMED Partnerschaft sind, die 1995 in Barcelona gegründet wurde. Diese Länder leiten Vorzüge vor der Kooperation mit der Europäischen Union ab, auch wenn sie nicht hinreichend sind. Jedoch sind sie durch islamistische Bewegungen bedroht.

Die westlichen Aktivitäten in Afrika setzen sich aus einer Kombination von europäischer "weicher Macht" und amerikanischer "harter Macht" zusammen. Frankreich bleibt der größte Handelspartner des Kontinents, dicht gefolgt von den USA. Wie schon vorher erwähnt überschwemmt China im Moment Afrika mit Investitionen und chinesischen Produkten. Während Europa und Amerika ihre Hilfe und Unterstützung von Verbesserungen im Regierungsstandard abhängig machen, macht China (wie schon erwähnt) solche Vorgaben nicht. Der chinesische finanzielle Einfluss über den Kontinent zeigt schon jetzt einen schädlichen Einfluss auf gute Regierungsformen und das ausklammern von Demokratie und Menschenrechten. Die USA haben in den letzten Jahren ihre Abhängigkeit von Gas und Öl von Mittleren Osten nach Afrika verlagert. Als Konsequenz aus diesem Interesse an Afrika haben die USA begonnen ein US-Afrika-Kommando (AFRICOM) aufzubauen, um

⁴Die Schätzungen der Toten variieren zwischen 150000 und über 400000, wobei die niedrige Zahl sich auf die Zahl derer bezieht, die durch Gewalt umkamen und die hohe Zahl sich auch durch Hunger und Krankheiten verstorbenen einbezieht. Die Anzahl der zerstörten Dörfer basiert auf Satellitenbildern von Google Earth und Analysen von www.geocommons.com

ihre strategischen Interessen zu schützen. Sie erhöhen ihre Energieinvestitionen und versuchen einer Radikalisierung unter den afrikanischen Muslimen entgegen zu wirken. Obwohl AFRICOM er im September 2008 vollständig einsatzbereit sein wird, werden dessen Aktivitäten sich vor allem auf humanitäre Unterstützung, Katastrophenbeistand, Kooperation mit der afrikanischen Union und der Stärkung von militärisch-militärischen Beziehungen konzentrieren. Die Gründung zeigt ein verstärktes strategisches Interesse in Afrika von Seiten der USA.

Gleichzeitig versuchen im Bereich der Sicherheit die afrikanische Union und regionale Organisationen wie die ECOWAS⁵ ihre Rolle zur Aufrechterhaltung von Stabilität auszubauen. Die Länder der EU, insbesondere Frankreich und Großbritannien können technische und logistische Unterstützung gewähren um die Effektivität der Interventionen der afrikanischen Organisationen zu verbessern.

Amerikanische und europäische Herausforderungen und Interessen in Afrika sind nicht vollständig ähnlich. Die USA sind hauptsächlich am Zugang zu Öl und Rohstoffen interessiert und konkurrieren daher vor allem mit China. Europa hat mit diesen Fragen auch zu tun, ist aber hauptsächlich besorgt um Fragen der Migration und Stabilität in Nord Afrika und der Sahelzone. Die hauptsächliche Herausforderung für die Europäer ist die Verständigung auf eine umfassende Politik, welche die Situation in der Region durch Sicherheitskooperationen, wirtschaftliches Wachstum und "good governance" verändern könnte. Obwohl ihre strategischen Interessen in Afrika nicht identisch sind, könnten Europa und die vereinigten Staaten mehr miteinander für gemeinsame Ziele kooperieren wie das Engagement für mehr Stabilität und die Begrenzung des Einflusses von China und radikalem Islamismus.

1.3.4 Das Wiederauftauchen Russlands

Eines der interessantesten Aspekte des 21sten Jahrhunderts ist das Wiederauftreten Russlands, welches ökonomische, nationalistische und autoritäre Aspekte hat. Niedrige Geburtenraten, hohe Todesraten, Multi-Ethnizität und die Bedrohung durch zentralasiatischen Islamismus verursachen eine große Belastung für Russlands nationale Identität. Dies führt zu einem Rückzug zu Russlands Nationalismus, welcher innerhalb Russlands anti-demokratisch und global anti-liberal ist. Der Aufstieg Chinas ist sowohl ein wirtschaftliches wie auch demografisches Problem für Russland, welches einer demografischen Schrumpfung unterliegt.

Russland wiegt diese Entwicklungen im Moment durch eine erstarkte Wirtschaft auf und nutzt die Wirtschafts- und Energiemacht um seine erneute Anwartschaft auf die Position als zweite Supermacht zu unterstreichen. Mit Energie- und Rüstungsexporten ging das Wirtschaftswachstum mit einem Wiederaufbau des russischen Militärs einher. Genauer betrachtet gibt es aber eine Diskrepanz zwischen Russlands Rhetorik und seinen realen Möglichkeiten. Es ist Russlands Schwäche, welche eine Grund für Sorge im Westen sein sollte, nicht seine Stärke. Geschichtlich ge-

⁵Economic Community Of West African States (ECOWAS), a.k.a, La Communauté économique des Etats de l'Afrique de l'Ouest (CDEAO)

sehen war Russland als Großmacht gefährlich - aber es war auch gefährlich, wenn es das Gefühl hatte, dass es nicht als Großmacht behandelt wurde. Viele russische Menschen können nicht glauben, dass der Westen andere als feindliche Intentionen hat. Sie glauben, dass der Westen ihr Land von der "verdienten" Position als zweite globale Großmacht (eine Position, die es nicht inne hat, und nie wieder inne haben wird) wegfegen will. Russland ist enttäuscht von der Kooperation mit dem Westen und speziell mit der NATO-Russland Partnerschaft, die als Garantie gesehen wird, dass Russland alle NATO Entscheidungen beeinflussen kann. Eine selbstbewusstere und manchmal feindliche außenpolitische Haltung ist dadurch in den letzten Jahren entstanden, aber auch dadurch, dass ehemalige des KGB die Regierung und alle anderen Machtorgane kontrollieren. Es mag noch Unklarheiten im Bezug auf den Nachfolger von Putin geben, aber egal wer es ist, das Interesse des Westens sich um eine Partnerschaft mit Russland zu bemühen bleibt wichtig. Im Gegensatz zu den USA hängt Europa von russischen Gas und Öl Importen ab und ist anfällig gegenüber der erneuten autoritären Entwicklung in Russland. Russlands wirtschaftliche Hebel und finanzielle Kraft basieren hauptsächlich auf seinen Exporten von Rohstoffen und Waffen - beide Industrien sind staatlich kontrolliert. Anders als Indien oder China hat es der Welt nicht viel anderes anzubieten was Dienstleistungen oder Fertigung angeht. Es ist keine Stärke Russlands, dass sein ökonomisches Wachstum sich fast ausschließlich auf staatlicher Ebene abspielt anstatt als Teil der zivilen Gesellschaft.

Russland hat sein wirtschaftliches Wachstum dazu genutzt seine militärischen Möglichkeiten zu verbessern. Russland hat ungefähr 1,134 Millionen Soldaten. Es wird angenommen, dass 2008 zwei drittel reguläres Personal ist und dass die Wehrpflicht auf 12 Monate reduziert wird. Russland gibt 2,6 bis 2,8 Prozent seines BIP für Verteidigungszwecke aus (ungefähr 24 Milliarden US-Dollar). In 2011 sollten ca. 50 Prozent davon allein auf die laufenden Kosten entfallen und die andere Hälfte auf Modernisierung und Ausrüstung. Von 2010 bis 2015 ist eine weitere Reorganisation geplant mit der Auflösung der derzeitigen militärischen Distrikte. Die neue Organisation wird den drei operationellen Richtungen, die Russland glaubt zu brauchen entsprechen: Der ferne Osten, Zentralasien und westlich Europa.

Russland hat eine leistungsstarke industrielle Basis und exportiert für 7 Milliarden US-Dollar Rüstungsgüter in 82 Länder (nach der Planung 2007). Betrachten wir die heutigen militärischen Möglichkeiten, dann scheint es eine Diskrepanz zwischen Präsident Putins politischen Statements und der Realität zu geben. Ein paar Beispiele: Alle ballistischen Interkontinentalraketen (ICBMs) sollen bis 2015 Topol-M Raketen sein. Doch die jährliche Produktionsrate beträgt gerade einmal sieben Raketen. In der Luftwaffe sind gerade einmal die Hälfte aller Flugzeuge einsetzbar, 55 Prozent sind älter als 15 Jahre und die Neubeschaffung ist sehr gering. Bei der Betrachtung der Luft-Verteidigung würde Russland ungefähr 650 S-300 Raketen benötigen. Aber nur rund 100 sind einsatzbereit. über alles kann nicht mehr als 20 Prozent des russischen Militär-Materials als modern bezeichnet werden. 15 bis 20 Prozent des gesamten Materials können als nicht einsatzfähig gesehen werden.

Wenn es um das Personal geht sind die russischen Streitkräfte definitiv nicht in guter Verfassung. Sie sind noch immer kopflastig in ihrer Personalstruktur und sie haben zunehmend Schwierigkeiten militärische Disziplin und hinreichende Moral zu halten um Kampfoperationen zu kämpfen und durchzuhalten.

In den nächsten 10 bis 15 Jahren wird das russische Militär mit Reformen zu kämpfen haben und nicht wenige der Ziele, die Präsident Putin in seiner Rede von Mai 2006 gesetzt hat, werden erreicht werden. Aus diesem Grund ist es fair zu sagen, dass es heute nicht die militärische Stärke Russlands ist, welche Grund zur Sorge ist, sondern eher seine Schwäche. Es ist daher im beidseitigem Interesse für den Westen und Russland die Kooperation auf militärischem und politischem Gebiet zu verstärken. Die Tendenzen innerhalb Russlands, die stark in eine gegenteilige Richtung Druck machen sind Grund zu großer Sorge.

In der Region bleiben Georgien und die Ukraine ungelöste Themen. Ihre potenzielle NATO und EU Mitgliedschaft werden ein kontroverses und höchst umstritten bleiben. Die Beziehung zu Russland ist auch verknüpft mit dem Status von Kosovo: Die einseitige Anerkennung des Kosovo durch den Westen gegen den Willen Serbiens, Russlands und Chinas kann die Beziehung zwischen dem Westen und Russland und dem Westen und China weiterhin belasten. Die Sezession eines Teil eines Landes gegen den Willen des Landes kann Separatismus in anderen territorialen Konflikten bestärken und damit das Risiko für weitere Konflikte erhöhen.

Es wird für den Westen wichtig sein eine Partnerschaft mit Russland zu erhalten, wenn eine Eskalation von zukünftigen Spannungen abgewendet werden soll. Eine Kooperation mit Russland sollte strikt auf Gegenseitigkeit beruhen. Russland sollte nie ein einseitiges Vetorecht über westliche Entscheidungen gegeben werden. Aber der Westen sollte Russlands legitimen Sicherheitsinteressen beachten. In diesem Kontext ist es wichtig die bestehenden Abrüstungsvereinbarungen beizubehalten, wie das Abkommen über konventionelle Kräfte in Europa (CFE) und den Vertrag über nukleare Mittelstreckenwaffen (INF), und die Optionen mit Russland zukünftige Abrüstungsvereinbarungen auszuloten.

1.4 Schlussfolgerungen

Wie wir beschrieben haben können Trends, Gefahren und spezifische Bedrohungen nicht isoliert voneinander betrachtet werden. Da es weniger geographische Begrenzungen für ein Problem gibt, muss eine zuverlässige Risikoabschätzung global sein. Es ist notwendig die untereinander verbundenen Komplexitäten der heutigen Herausforderungen und ihre potenziell enorme Reichweite anzuerkennen. Es ist ein Eckpunkt der globalisierten Welt, dass Bedrohungen viele Facetten und viele Richtungen haben. Wir müssen eine strategische Antwort, die diese Komplexitäten aufwiegt, formulieren.

Krieg war nie allein die Anwendung militärischer Macht. Aber heute müssen nicht militärische Mittel eine zentralere Rolle als je zuvor spielen. Staaten oder nicht staatliche Akteure könnten einfach Konflikte indirekt, durch den Missbrauch von

Energieressourcen oder die finanzielle ‘Waffe’ vom Zaun brechen. Es gibt eine große - und nie da gewesene - Gefahr, dass verschiedene Akteure Krieg gegen den Westen führen könnten, indem sie verschiedene dieser Instrumente auf einmal anwenden. Daher gibt es die strategische Gefahr, dass wir einen Krieg sehen könnten, der nicht eine verschossene Kugel beinhaltet. Diese Bedrohungen sind ein neues Phänomen. Wir müssen uns darauf vorbereiten einen Satz an Antworten zu entwickeln, der jenseits militärischer Möglichkeiten liegt, auf strategischer Ebene angewandt werden kann und daher die Möglichkeit schafft mit dem unerwarteten umzugehen. Was gebraucht wird ist ein strategischer Ansatz, der alle Instrumente, die eine Nation verfügt, mit integriert. Da aber keine Nation diesen Herausforderungen alleine begegnen kann, müssen wir ihnen durch Bündnisse genauso entgegentreten. Die integrierten und Bündnis orientierten Ansätze sind für unseren Vorschlag zentral. Aber was ist mit unseren internationalen Institutionen? Haben sie die Möglichkeiten und den politischen Willen mit den oben diskutierten Problemen umzugehen? In dem nächsten Kapitel betrachten wir die Möglichkeiten, die unsere Nationen heute haben.

2 Aktuelle Handlungsmöglichkeiten

In Kapitel 1 haben wir mögliche Herausforderungen und Bedrohungen betrachtet. Die Frage, die sich nun stellt, ist, ob wir mit diesen in einer angemessenen Art und Weise umgehen können. Sind die UN-Institutionen, die Organisation of Security and Cooperation in Europe (OSCE), die NATO, die EU und Nationalstaaten in der Lage mit diesen Anforderungen umzugehen? Sind ihre momentanen Möglichkeiten den Herausforderungen und Bedrohungen gewachsen?

Wenn wir auf jüngste Konflikte, wie in Bosnien, Irak, Kosovo und Afghanistan, schauen wird deutlich, dass diese Organisationen und die koalierenden Nationalstaaten große Schwierigkeiten hatten, einen ganzheitlichen und gemeinsamen Lösungsansatz zu entwickeln. Das führt zu unangemessen strategischen Konzepten und der Unfähigkeit, einen effektiven politisch-militärischen Entscheidungsfindungs- und Durchführungsmechanismus zu etablieren.

Es sind diese Mechanismen die wir benötigen, um mit den komplexen Herausforderungen und Bedrohungen umzugehen, die wir in Kapitel 1 erläutert haben. Der Bedarf wird verstärkt durch die Art der Herausforderungen und Bedrohungen, die einer längeren Beteiligung bedürfen.

Es gab eine starke allgemeine Entschlossenheit innerhalb der NATO während des Kalten Krieges - eine Entschlossenheit, die sich viel zu schnell aufgelöst hat, nachdem der Krieg beendet war. Die Erfahrungen in Bosnien und im Kosovo haben Probleme in der UNO und der NATO aufgezeigt, die uns eine Lehre sein sollten. Diese Lehre - wenn wir sie gelernt haben - scheint nicht in vollem, angemessenem und korrigierendem Maße befolgt worden zu sein. Die strukturellen Probleme, die wir bei der politischen Entschlossenheit und der politisch-militärischen Entscheidungsfindung während der Intervention in Bosnien erfahren haben, verfolgt die

NATO noch heute.

Die größten Probleme, die die Interventionen in Bosnien, Kosovo, Irak und Afghanistan gemeinsam hatten, waren das Fehlen einer klar definierten Zielsetzung, das Fehlen einer ganzheitlichen gemeinsamen Strategie diese Ziele umzusetzen und die fehlenden Möglichkeiten diese Strategie anzuwenden. Dazu kommt, dass die Staaten gewöhnlich zu viele nationale Vorbehalte beim Einsatz ihrer Truppen hatten. Es existiert ein Widerwille seitens der Staaten Autorität an einen operativen Befehlshaber abzugeben. Letztendlich gibt es eine Tendenz der Staaten, Operationen nicht effektiv zu unterstützen - sowohl personell als auch materiell - was den einen Punkt, mit dem sich militärische Kreise der NATO-Staaten beschäftigen, untergräbt: Nachhaltigkeit.

Diese Beispiele unterstreichen nicht nur den Bedarf nach einem sorgfältigen und ganzheitlichen Entscheidungsfindungsprozess, sondern auch nach besonderen Möglichkeiten; vor allem die Möglichkeit, Operationen über einen längeren Zeitraum mit einem großen Spektrum an Aktivitäten durchzuführen. Es gab viele Probleme in vergangenen Operationen und wenig Lehren wurden daraus gezogen, sodass strukturelle und politische Probleme bis heute ungelöst sind.

Im Folgenden werden wir die Lehren aus den jüngsten Erfahrungen betrachten, sowie deren Bedeutung für nationale und gemeinsame Möglichkeiten, die Nachhaltigkeit und die Rolle der Geheimdienste. Als erstes werden wir jedoch auf die Einsatzmöglichkeiten der wichtigsten internationalen Organisationen eingehen.

2.1 Internationale Möglichkeiten

2.1.1 Vereinte Nationen

Die United Nations (UN) sollten eine entscheidende Rolle spielen, sie sind dazu aber nicht in der Lage. Sie haben eine Vielzahl an Möglichkeiten, jedoch auch etliche Beschränkungen. Wenn wir auf die UN schauen, müssen wir drei Hauptaufgaben unterscheiden.

Erstens ist die UN die einzige Institution, die auf Grundlage von internationalem Recht internationale Aktionen gestatten kann, welche in die nationale Souveränität eingreifen. Aber politische Uneinigkeit, hauptsächlich zwischen den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates, ist ein bedeutender Streitpunkt, während die Generalversammlung stark durch nicht-demokratische Staaten beeinflusst bleibt.

Zweitens hat die UN die Möglichkeiten, Interventionen durchzuführen und war erfolgreich in verschiedenen friedenserhaltenden Operationen wie in Kambodscha, genauso wie bei Präventivmaßnahmen in der ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien. Andere UN-Interventionen jedoch, wie in Bosnien und Somalia, waren Fehlschläge und haben deutlich gezeigt, dass die UN nicht in der Lage ist, komplexere militärische Operationen durchzuführen.

Drittens funktionieren die spezialisierten Kommissionen der UN, wie der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), die Ernährungs- und

Landwirtschaftsorganisation (FAO) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO), sehr gut und werden auch weiterhin eine wichtige und sinnvolle Rolle spielen.

Die UN ist eine Organisation mit vielen Möglichkeiten, vor allem in nicht-militärischen Bereichen. Jedoch bedeuten die Beschränkungen in ihrer politischen und politisch-militärischen Struktur einen Mangel an effektiver Strategie, genauso wie ihren erklärten Zweck zu erfüllen: Globale Sicherheit bewahren und Genozide verhindern.

Es ist auch bedauerlich, dass es der UN an Ordnung mangelt. Eine Kombination von unüberwindbaren politischen Differenzen und exekutives Unvermögen hält die Organisation davon ab, eine effektive Strategie und politisch-militärisches Entscheidungsfindungssystem zu besitzen. Wenn die UN anstrebt erfolgreich bei Operationen zu sein, die in der wachsenden Komplexität unserer modernen Welt einer größeren strategischen und militärischen Dimension bedürfen, muss sie von anderen Organisationen unterstützt werden.

2.1.2 Regionale Organisationen

Zusätzlich zu den UN-Kommissionen gibt es eine Reihe von regionalen Organisationen, von denen einige unter Artikel VIII der UN-Charta als solche deklariert sind. Außerhalb von Europa gibt es die Afrikanische Union, die Association of Southeast Asian Nations (ASEAN), die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS), Shanghai Cooperation Organisation (SCO) und andere. Diese Organisationen beabsichtigen, in Zukunft eine wesentlich größere Rolle zu spielen. Sie könnten beim präventiven Krisenmanagement, bei der Stabilisierung nach Interventionen (post-intervention stabilisations) und beim Aufbau von Staaten teilnehmen. Dennoch sehen wir ernstzunehmende Beschränkungen bei der Geschlossenheit, dem Willen, Handlungsmöglichkeiten und exekutiven Fähigkeiten dieser Organisationen.

Die einzige regionale Organisation, die in Bezug auf transatlantische Sicherheit von Bedeutung ist, ist die Organization for Security and Cooperation in Europe (OSCE), die in vieler Hinsicht brauchbar ist. Beispielsweise hat die OSCE einen Mechanismus zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zwischen ihren Mitgliedern. Sie ist auch geeignet als Frühwarnsystem bei Menschenrechtsverstößen und ethnischen Kämpfen, sowie zur Stabilisierung nach Interventionen und Überwachung bei Wahlen. Die OSCE besitzt jedoch nicht die Möglichkeiten Aufgaben darüber hinaus zu übernehmen, wie Sicherheit in Krisen herbeizuführen, wenn es am nötigsten gebraucht wird. Auch fehlen ein gewisser Weitblick und eine allgemeine Strategie. Nichtsdestotrotz wird sie in Zukunft eine wertvolle Rolle spielen, da sie eine der wenigen Organisationen ist, die sich mit der Mitgliedschaft von sowohl Russland als auch der USA rühmen kann.

2.1.3 Die Europäische Union

Die Europäische Union ist eine einzigartige internationale Organisation, teils supranational und teils konföderal. Sie hat der Bevölkerung großen wirtschaftlichen Wohlstand gebracht und, noch bedeutender, war sie erfolgreich den Frieden zu erhalten und Krieg zwischen ihren Mitgliedern zu verhindern. Auch die Europäische Union hat einige politische Schwächen, so mangelt es an Einigkeit und an wichtigen Handlungsmöglichkeiten.

Im Bereich der Sicherheit und Geopolitik gibt es viele interne Meinungsverschiedenheiten, was die Rolle der transatlantischen Allianz angeht, die Beziehung zu Russland und Themen im Zusammenhang mit dem Mittelmeerraum und dem Mittleren Osten. Die EU-Konstitution oder das Paket an Verträgen, das kürzlich in Lissabon verabschiedet wurde, sollte es ermöglichen in den Gebieten Sicherheit und allgemeine Politik zu kooperieren. Im Kapitel V werden wir diskutieren, wie eine reformierte EU, mit zukünftigen exekutiven Institutionen wie dem EU-Präsidium, helfen könnte, transatlantische Verbindungen zu stärken.

Die Europäische Union hat wichtige institutionelle Möglichkeiten, vor allem in Bezug auf finanzielle und ökonomische Ressourcen, Unterstützung bei der Entwicklung legaler Systeme, Umweltschutz und andere Instrumente, so genannte 'soft power', welche längerfristiger Entwicklung und Planung bedürfen. In Krisenzeiten jedoch, wo schnelle Entscheidungen benötigt werden, ist es schwer mit 27 Staaten zu handeln. Sowohl die Prozesse der EU, als auch die Handlungsmöglichkeiten ihrer Mitglieder sind für aktuelle und zukünftige Sicherheitsbelange inadäquat.

Sie sind fast ausschließlich auf soft power fokussiert. Es gibt keine entwickelte allgemeine Sicherheitspolizei und es gibt eine überraschende Abneigung hard power zu thematisieren, obwohl in 2002 mit dem Agreement of the European Security Strategy (ESS) ein Schritt in die richtige Richtung getan wurde.

Die Gefahrenbewertung der ESS ist fokussiert auf Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, organisiertem Verbrechen und failed states. Ein großes Versehen ist, dass bei der Interpretation der neueren Geschichte und aktuellen Politik der Kalte Krieg und die transatlantische Allianz außen vor gelassen werden.

Im Großen und Ganzen kommt die ESS in ihrer Einschätzung über die Natur der Gefahren zu einer ähnlichen Einschätzung wie die American National Security Strategy (NSS); jedoch unterscheidet sich die ESS markant in den Möglichkeiten, diesen Gefahren zu begegnen. Auch wird das Thema Vorrecht außen vor gelassen. Es bleibt ein zu loser Rahmen, das Vorrecht bei Entscheidungen bleibt bei den Mitgliedstaaten (was eine solide politisch-militärische Entscheidungsfindungs- und Kommandostruktur bei Krisenzeiten verhindert) und es bleibt zu sehr auf den Einsatz von soft powers fokussiert.

2.1.4 North Atlantic Treaty Organization

Die North Atlantic Treaty Organization (NATO) war die erfolgreichste politische Organisation und militärische Allianz in jüngerer Vergangenheit, durch die Beile-

gung des Kalten Krieges mit friedlichen Mitteln und unter ihren eigenen Bedingungen. Nach dem Kalten Krieg hat sie bemerkenswerte Erfolge beim Wechsel von Konfrontation zu Kooperation in Europa erzielt und sie hat das Potential weiterhin eine erfolgreiche politisch-militärische Allianz zu sein. Das sind keine kleinen Errungenschaften. Trotzdem die NATO nicht die einzige legale transatlantische Verbindung darstellt, spezifiziert der Nordatlantikvertrag als einziges legal verbindliches Bindeglied zwischen Europa und Amerika das Thema Sicherheit - die Verpflichtung in Artikel V zu einer kollektiven Verteidigung; diese Verpflichtung an sich hat eine teilweise abschreckende Wirkung.

Trotz dieses Erfolges sieht sich die NATO ernstzunehmenden Herausforderungen gegenüber und hat den Schwung verloren, der zur Transformation der Streitkräfte nötig ist. Daher läuft die NATO Gefahr, ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren. Zusätzlich scheint es, dass die Organisation eine adäquate Vision für die Zukunft benötigt, inklusive eines effektiven Strategiekonzeptes, welches eine deutliche Richtung vorgibt. Es mangelt an Handlungsmöglichkeiten und die einzelnen Nationen zeigen wenig Willen dieses zu überwinden. Eine NATO ohne tief greifende Reformen ist nicht das Instrument, welches wir jetzt und in Zukunft brauchen.

Im Unterschied zur UNO, der OSCE und der EU, ist die NATO eine politisch-militärische Allianz. Das ist sowohl ihre Stärke, als auch ihre Schwäche: sie konzentriert sich ausschließlich auf ihre militärischen Instrumente, obwohl die NATO-Mitglieder Gefahren ausgesetzt sind, die von sehr unmilitärischer Natur sein können. Die Effektivität der NATO ist auch durch die Meinungsverschiedenheiten zwischen Europa und den USA eingeschränkt, unterschiedliche Beurteilungen innerhalb Europas über die Rolle und den Einsatz von Krieg, hard und soft powers, sowie über die Legalität von bewaffneten Interventionen.

Die europäischen NATO-Mitglieder sind sich auch über die Größe, Rolle und den Aufgabenbereich der NATO uneinig. Ein wichtiger Unterschied unter den Europäern bezieht sich auf die Reichweite von NATO-Interventionen: eine Sichtweise ist es, dass sich die NATO auf die westliche Sicherheit konzentrieren und ihre Kompetenzen und Mitgliederzahl nicht ausbauen sollte. Auf diese Art und Weise sind bestimmte Mitglieder auch dagegen, die NATO-Mitgliedschaft auch auf nicht-nordatlantische Staaten auszuweiten, zum Beispiel auf einige Demokratien in der Pazifikregion.

Wir sind der Meinung, dass die NATO für zukünftige Vergrößerungen offen sein sollte. Aber hier können einige Lektionen von der Erweiterung der NATO nach dem Kalten Krieg gelernt werden. Wenn man zukünftige Vergrößerungen erwägt, sollte die NATO besondere Vorsicht walten lassen, die Rolle und Natur der Allianz nicht grundlegend zu verändern; nicht die fundamentalen Prinzipien der gemeinsamen Verteidigung abzuschwächen; und eine Vergrößerung auf die Art zu betreiben, dass nicht nur objektive Kriterien erfüllt werden, sondern die Erweiterung als Teil eines umfangreicheren strategischen Ziels erfolgt. Wir werden zu dieser Frage und unseren Visionen für die Zukunft der NATO in Kapitel 4 zurückkehren.

Auf dem Gipfel in Washington von 1999 wurde das aktuelle NATO Stra-

tegiekonzept vereinbart, die gemeinsame Verteidigung des Nordatlantikvertrags bestätigt und die Wichtigkeit von Missionen in der Balkanregion betont. Die Deklaration vom Prag-Gipfel 2002 eröffnete die Möglichkeit, die NATO außerhalb des Vertragsgebietes einzusetzen, mit der Möglichkeit Operationen längere Entfernung und Zeit aufrecht zu erhalten. Diese beiden Vereinbarungen zusammen haben eine Ungewissheit über die Rolle der Allianz geschaffen und die Frage, ob die NATO eine globale oder prinzipiell regionale Aktionssphäre haben sollte, spaltet weiterhin ihre Mitglieder.

Lässt man außen vor, dass die NATO schon entscheidend im Kosovo agiert hat, ohne Billigung oder Einverständnis des Sicherheitsrates bleibt eines der wichtigsten Probleme des Strategiekonzeptes, dass die Aktion der NATO hauptsächlich reaktiv sind anstatt präventiv und immer noch auf militärische Mittel beschränkt sind.

Alles in allem wird die NATO von zentraler Bedeutung für die Nordatlantische Allianz bleiben und ist der Ausgangspunkt der Strategie, die wir in den nächsten Kapiteln beschreiben werden. In ihrer politischen und militärischen Struktur, Entscheidungsfindungsmechanismen und militärischen Möglichkeiten spiegelt die NATO noch stark die Bedürfnisse des Kalten Krieges wieder, einer gefährlichen Periode, wenn auch mit relativer Stabilität - eine Stabilität und eine Periode in der das Internationale Recht regiert hat, welches verglichen mit den vergangenen Jahrhunderten eine historische Anomalie sein dürfte und heutzutage nicht als selbstverständlich gelten darf. Die aktuelle Zerbrechlichkeit des Internationalen Systems kann eine sehr entnervende Umsetzung sein, besonders für die europäischen Nationen.

2.2 Handlungsmöglichkeiten und politischer Wille

2.2.1 öffentliches Bewusstsein

Im ersten Kapitel haben wir das Dilemma zwischen der Abgabe von Souveränität an internationale Organisationen und dem Erhalten eines starken Nationalstaates diskutiert. Dieses berührt generelle Fragen von politischer und Wahl- und Entscheidungsfreiheit von Nationen hin zu praktischen Belangen wie Truppen unter das Kommando von anderen Nationen oder Internationalen Organisationen zu stellen.

Die globalisierte Welt mit ihren globalisierten Gefahren und Herausforderungen, wie wir in Kapitel 1 diskutiert haben, erfordert als erstes Bewusstsein - an sich ein Akt der intellektuellen und politischen Courage - und den Willen Herausforderungen zu akzeptieren und auf sie zu reagieren. Sowohl öffentliches Bewusstsein als auch politische Entschlossenheit waren sehr schwach und so ist die Übersetzung dieses Gesamtbildes in zukünftige Sicherheitspolitik unmöglich. Es ist unhaltbar, dass wir bereit sind mehr Geld für die Sicherheit auf Flugtickets zu bezahlen und doch nicht bereit uns um die Sicherheit als Ganzes zu kümmern.

Westliche Nationen sollten mehr Stolz auf ihre Werte wie die Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, individuelle Freiheiten, Rede- und Religionsfreiheit legen. In Fällen, wo diese Freiheiten verletzt werden um diese zu unterminieren, gibt

es einen Mangel an Willen diese zu verteidigen - und in der Tat ein Versagen wertzuschätzen wofür der Westen steht. Zu guter Letzt entsteht dieser Wille eher innerhalb von Nationalstaaten, als das er von internationalen Organisationen auferlegt wird. Wenn der Westen vergisst, wofür er steht, wird es schwer zu erkennen, was die westlichen Nationen der Welt zu bieten haben.

2.2.2 Erfahrungen und Beobachtungen

Da wir nun den aktuellen Zustand von einigen Organisationen und generelle Themen, die die Nationalstaaten angehen, diskutiert haben, ist es lohnend einige aktuelle Erfahrungen und Beobachtungen ihrer Beteiligung in kürzlichen Konflikten zu teilen. Welches die Probleme auf der strategischen Ebene waren, der Analyseebene und Einschätzung von Stärken und Schwächen und grundsätzlich, wo nationales Kommando und multinationales Einsatzkommando eine Bedeutung haben.

Mit einem Mangel an klar definierten politischen Zielen haben westliche Nationen an Operationen im Balkan, Afghanistan und Irak teilgenommen, ohne klare Zwecke definiert zu haben und ohne wirkliche, integrierte Strategie und ohne gemeinschaftlichen Ansatz, der in einem integriertem strategischem Rahmen festgesetzt ist. Wir glauben, dass ein Grund für die Schwierigkeit eines solchen strategischen Konzepts ist, dass es zu viel stove-piping im Entscheidungsfindungsprozess gibt. Das heißt, jede Institution oder nationale Abteilung agiert innerhalb ihres engen Feldes von Handlungsmöglichkeiten ohne adäquate Kommunikation und Kooperation mit anderen. Das trifft auch auf innerstaatliche Regierungsführung zu, wenn diverse Ministerien parallel oder gegeneinander operieren ohne vernünftige Koordination. Das ist einer der Gründe, warum es heutzutage so schwierig ist, ein klares, integriertes Strategiekonzept zu entwickeln.

Ein solches Gesamtkonzept sollte auf der Basis von klar definierten Zwecken und Zielen ausgearbeitet werden. Dieses sollte alle partizipierenden und benötigten Dinge und Elemente integrieren, eingeschlossen dem politischen Willen. Es sollte auch die Phasen während eines und nach einem Konflikt unterscheiden, und in jeder klare Verantwortlichkeiten klären. Solch ein angemessenes Konzept sollte auch die ganze Bandbreite von Operationen behandeln, sowohl im horizontalen Sinne (unterschiedliche Aktivposten, eingeschlossen der militärischen Handlungsmöglichkeiten), als auch im vertikalen, was alle Phasen der Eskalation und Deeskalation berührt.

Bezüglich der Kapazitäten Gefahren zu beurteilen und zu analysieren und Verhalten und zukünftige Ereignisse vorherzusagen, ist eine weitere Erfahrung, dass die Analysen zu sehr von westlicher Logik bestimmt sind - das Problem von 'mirroring'. Das heißt, eher rationales Verhalten auf der Basis von dem was wir in einer ähnlichen Situation machen würden anzunehmen, anstatt die Geschichte, Kultur, Verhalten und Aussagen des Gegners als Grundlage zu nehmen. Nur weil wir glauben, dass wir rational und mit guten Intentionen sind, heißt das nicht, dass andere Akteure genauso sind. Während des Kalten Krieges konnte davon ausgegangen werden, dass ein rationaler Gegner zu großen Teilen in seinem eigenen Interesse

handeln wird. Auf der anderen Seite ist Irrationalität in großem Maße ein Merkmal heutiger Politik und Geopolitik geworden, was bedeutet, dass ein Gegner selbstzerstörend und gegen seine eigenen Interessen handeln könnte, wenn dieses einen größeren Schaden für den Westen bedeutet.

Auch gibt es eine Tendenz, unsere Stärke zu überschätzen, was in der fehlgeleiteten Wahrnehmung resultiert, dass wir den Verlauf und die Intensität von Ereignissen in Konflikten bestimmen könnten. Wir müssen uns an die alten Erfahrungen erinnern, dass auch der beste Plan nach dem ersten Zusammentreffen mit dem Gegner überdacht werden muss und unsere Planung immer von worst-case Szenarien ausgehen sollte.

Des Weiteren gibt es die Tendenz, die Dauer von Konflikten und die Art der erforderlichen Verpflichtung zu unterschätzen. Eine schnelle Lösung ist selten. Wir müssen auf längere Verpflichtungen vorbereitet sein - längere als und lieb ist. Daher ist Nachhaltigkeit ein Schlüsselthema, nicht nur für den politischen Willen einer Gesellschaft, sondern auch für die benötigten materiellen Posten, sowohl militärisch als auch nicht-militärisch.

Letztendlich, und wahrscheinlich am wichtigsten, wird keine Intervention ohne effektive politisch-militärische Kommandostruktur erfolgreich sein. Diese muss auf einem klaren Mandat beruhen, das Prinzip der Kommandoeinheit und Absicht beachtend. Das ist für Internationale Organisationen und Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) schwer zu akzeptieren, welche strukturelle Probleme von Mandaten ansprechen, die von internationalen Organisationen stammen und multinationale Armeestrukturen erfordern.

Trotzdem es Uneinigkeit innerhalb der NATO über die Trennung von Heeresleitung und Einsatzkommando in der Struktur der multinationalen Streitkräfte gibt, sind wir der Meinung, dass es den Einsatzkommandeuren möglich sein sollte die zur Verfügung stehenden Armeen einzusetzen, innerhalb der politisch genehmigten Grenzen einer Mission.

Das zu erreichen ist nicht ohne Schwierigkeiten. Es ist nicht zu verleugnen, dass Multinationalität immer schwieriger wird je niedriger man in der Kommandostruktur kommt, aufgrund von Unterschieden bei Disziplin, Trainingstandards und Waffensystemen. Große Investitionen in Zeit, Ressourcen und Humankapital sind notwendig um eine multinationale Struktur der Streitkräfte effektiv zu machen, auch wenn das Kommandoniveau angemessen ausgesucht ist. Gemeinsame Übungen sind sehr wichtig, zum Beispiel, weil sie Vertrauen schaffen und Standards abgleichen und ein verschmolzenes operatives Kommando leichter möglich machen. Zusätzlich sind gemeinsame Kriegsübungen, gemeinsame Anschaffung und Zusammenlegen von Handlungsmöglichkeiten und Ressourcen zu fördern, da sie eine Allianz stärken können, der es heute sowohl an Einheit als auch an Handlungsmöglichkeiten mangelt.

2.2.3 Handlungsmöglichkeiten

Die meisten europäischen Staaten haben inadäquate militärische Handlungsmöglichkeiten und die NATO hat keine nicht-militärischen Möglichkeiten. Zwei Dokumente des Center of Strategic and International Studies (CSIS), European Defense Integration und European C4ISR Capabilities and Transatlantic Interoperability, machen das mehr als deutlich.

Die letztere Studie - über Kommando, Kontrolle, Kommunikation, Computer, Geheimdienst, Überwachung, Aufklärung (C4ISR) - beschäftigt sich mit der Diskrepanz zwischen dem amerikanischen und europäischen Verteidigungssystem. Trotzdem die europäischen Nationen bei der Integration von command and control (C2) durch die NATO ziemlich weit gekommen sind, wird keine in absehbarer Zukunft ein vernetztes Militär haben. Das Dokument stellt auch fest, dass das nicht an fehlender Technologie liegt, sondern an finanziellen Beschränkungen. C4ISR ist ein Gebiet, in welchem es weiterer transatlantischer Kooperation bedarf; und, um die innereuropäische und transatlantische Kompatibilität zu steigern, müssen die europäischen Alliierten eine größere Bereitschaft zeigen, dieses zu einem Hauptthema machen.

Die CSIS-Studie über die Integration der europäischen Verteidigung stellt fest, dass der Abstand zwischen den Intentionen, sowohl der europäischen als auch NATO Sicherheitsstrategie, und den europäischen militärischen Handlungsmöglichkeiten sich vergrößert. Der zerstückelte Charakter der europäischen Verteidigung, das beschränkte Budget und der fehlende politische Wille verlangsamen den Fortschritt. Um das zu bewältigen schlägt das Papier die Integration von Verteidigung vor - das heißt, die Bemühungen der europäischen Staaten zu koordinieren - und die EU und NATO zu nutzen, ein Set von gemeinsamen Verteidigungsmöglichkeiten zu schaffen. Zu diesem Zweck wird eine größere Koordination zwischen der EU und der NATO nötig sein, ebenso wie die Formulierung einer passenderen Vision der europäischen Verteidigungsbedürfnisse und militärischen Doktrinen; mehr Kooperation bei Forschung, Entwicklung und Beschaffung; die Zusammenführung von nationalen Handlungsmöglichkeiten; und die Spezialisierung einiger Staaten auf einzigartige Möglichkeiten dürfte zu hochwertiger Mitwirkung führen.

Diese beiden Studien liefern eine Vielzahl an Informationen über die generellen Möglichkeiten und Mängel, bis hin zu sehr technischen Details. Wir bekräftigen ihre Ergebnisse und Folgerungen über die europäischen und NATO-Möglichkeiten und in diesem Papier möchten wir die Aufmerksamkeit vor allem auf zwei Aspekte der Möglichkeiten lenken: Geheimdienste und Nachhaltigkeit.

Geheimdienste

Die heutigen militärischen und Sicherheitsherausforderungen haben die Bedeutung der Mitwirkung von Geheimdiensten und Sicherheitsdiensten erhöht, sowohl zeitlich als auch harte Nachrichtenbeschaffung. Während des Kalten Krieges, die geheime Welt der Geheimdienste und gegnerischen Geheimdienste hatte einen großen Einfluss auf die Strategie, Armeepolitik und Verteidigungspolitik. Aber damals war die Bedrohung regional und erlaubte den Luxus von Vorwarnzeit. Mit

der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Terrorismus sind die Staaten unzureichend auf die weiter gestreuten und diffuseren Angriffsziele vorbereitet.

Der akute Bedarf für einen Fortschritt gegen die Bedrohung von Terrorismus seit 9/11 hat den Geheimdienste größere Bedeutung eingebracht, obwohl nicht klar ist, ob dieses geheime Operationen impliziert oder die Sammlung von Informationen und Arbeit von Analysten. Es scheint, dass Verbesserungen an einigen Fronten nötig sind: Hauptsächlich bei wissenschaftlichen Analyse offener Quellen und bei den verdeckten von Menschen gemachten Spionageoperationen.

Ist gibt ein weiteres Gebiet, dass die westlichen Geheimdienste schwächt, und das ist der Mangel an Kooperation und Teilen von wichtigen Informationen: Im Großen und Ganzen bleibt die gemeinsame Nutzung der Geheimdienste eine Kernfrage unter den westlichen Alliierten, aber dies bleibt schwierig einzuführen und erfordert andauerndes Bemühen. Wir stellen fest, dass seit 9/11 erwähnenswerter Fortschritt erzielt wurde, aber es gibt immer noch einen bedeutenden Mangel bei der Kooperation von gemeinsamen Geheimdiensten.

Nachhaltige militärische Operationen

Die Frage nach Nachhaltigkeit ist ein großes Thema und dies trifft nicht nur auf militärische Faktoren zu - wie Arbeitskraft, Ausrüstung und Logistik - sondern auch auf den politischen Willen und die Unterstützung durch die Gesellschaft. Nachhaltigkeit bedeutet längerfristige politische Entschlossenheit sich zu verpflichten. Das erfordert auch eine stimmige industrielle Unterstützung von Einsätzen. Es besteht auch ein Bedarf für eine fairere Aufteilung von Risiko und Kosten und für gesteigerte Interoperabilität und Standardisierung zwischen den Alliierten. Hinzu kommt, dass Nachhaltigkeit nicht erreicht werden kann, wenn Staaten weiterhin Operationen wie in Afghanistan als Nebenaktivität betrachten und Einsprüche bei ihren nationalen Kontingenten erheben, die ein ernstzunehmendes Hindernis für eine effiziente Operation darstellen. Die Tendenz von Nationen ihre Operationen nicht effektiv auszustatten wird durch die Intensität und Geschwindigkeit der Operationen verstärkt, was zu einem höheren Bedarf an Erneuerung von Ausrüstung führt, als erwartet. Daher können wir sagen, dass Handlungsmöglichkeiten heute ein Level an operationaler Intensität halten müssen, das wesentlich höher als während des Kalten Krieges ist.

Wenn wir Beteiligungen in Bosnien, Kosovo, Irak und Afghanistan bedenken wird deutlich, dass diese längerfristiges Engagement benötigen. Nachhaltigkeit kann nur erreicht werden, wenn Verteidigungspläne von Nationen und Institutionen wie der NATO ernsthaft beachtet werden. Beispielsweise besitzt die NATO insgesamt über 2 Mio. Truppen und fast Tausend Helikopter. Trotzdem sehen wir, dass sich die NATO schwer tut die militärische Stärke in Afghanistan aufrecht zu erhalten, wo 35.500 Truppen von der NATO International Security Assistance Force (ISAF-NATO) und 5.500 nicht-NATO Truppen operieren und haben Schwierigkeiten eine kleine Anzahl an zusätzlichen Transporthubschraubern zu finden.

Bekannte Anstrengungen um die Nachhaltigkeit zu verbessern sind wichtig; und alltäglicher Wille und politische Entschlossenheit sind entscheidend.

2.3 Fazit

Per Saldo gibt es ein großes Ungleichgewicht zwischen den miteinander verbundenen Gefahren und den internationalen und nationalen Handlungsmöglichkeiten, auf diese zu reagieren - Handlungsmöglichkeiten, die durch ihre Uneinigkeit geschwächt werden. Das Ausmaß und die Komplexität der Trends, Risiken, Herausforderungen und Bedrohungen zeichnet ein Gesamtbild, das weit über militärische Belange hinaus geht. Allerdings sollte die Verbindung von Bedrohungen eine integrierte und alliierte, Gesamtstrategie und die notwendigen Handlungsmöglichkeiten leiten.

Keine Institution und keine Nation ist in der Lage, auf die Gefahren und Risiken alleine zu reagieren; und nur ein kurzer Blick auf unsere internationalen Organisationen führt uns zu der Frage, ob wir eine angemessene Basis zum koordinieren von Aktionen haben. Leider scheint es, dass wir diese nicht haben.

Was wir allerdings haben, sind allgemeine Absichten, Werte und Interessen und diese allein bieten eine hinreichende Basis, um eine neue globale Strategie zu entwerfen - eine, die die Komplexität und Unvorhersagbarkeit anerkennt und die alle Instrumente und Möglichkeiten miteinander verbindet. Schaut man auf das Ausmaß von Trends, Herausforderungen und Bedrohungen, können wir keine Lösung in Amerika, Europa oder irgendeinem anderen individuellen Land sehen, welches allein handelt. Was wir brauchen ist eine transatlantische Allianz, die in der Lage ist eine umfangreiche Gesamtstrategie zu implementieren, welche integriert ist - sowohl national als auch zwischen den Alliierten.

Wir schlagen eine mögliche Gesamtstrategie im nächsten Kapitel vor.

3 Strategie

Am Ende des Kapitels 1 bemerkten wir eine Differenz zwischen den Herausforderungen, die wir vor uns haben, und den Kapazitäten, die wir haben um mit ihnen umzugehen, an. Zusätzlich gibt es ein Ungleichgewicht zwischen der dringenden Notwendigkeit zu handeln um das Krisenpotenzial zu senken und dem öffentlichen Bewusstsein für die Instabilitäten, die diese Handlungen notwendig machen. Dies zweite Ungleichgewicht hat in einer Reihe von westlichen Ländern zu einem Mangel an Entschlossenheit geführt, die Gründe für Konflikte zu benennen. In anderen Fällen folgt daraus ein Mangel an Willen Konflikte zu durchstehen, weil die politisch Handelnden dem falschen Glauben hängen, dass alle Konflikte durch Dialog und Verhandlungslösungen beigelegt werden können. Es gibt auch aus einer etwas anderen Richtung das Problem mit Leuten, die glauben, dass militärische Mittel allein in der Lage sind sie meisten - wenn nicht alle - Probleme, mit denen Westen generell und des Transatlantischen Bündnis im speziellen zu kämpfen hat, zu lösen. Mit diesen Gedanken sind wir zu dem Schluss gekommen, dass derzeit keine internationale Organisation - oder auch irgendein Land - eine überzeugendere Vision für eine friedliche Welt, eine angemessenen Strategie wie sie zustande kommt oder den politischen Willen hat Krisen zu durchschauen (oder die zu vermeiden). Vor allem

beobachten wir, dass die Akteure unfähig sind gemeinsam koordiniert zu agieren. Wir schlossen weiter oben, dass eine Gesamtstrategie notwendig ist um mit den Diskrepanzen umzugehen. Doch das ist nicht alles. Eine Strategie ist kein Ziel, sondern ein Mittel um größere Ziele zu erreichen. Um die Ziele zu erreichen - und eine Gesamtstrategie wirklich umzusetzen - muss es institutionelle Verbesserungen geben und eine erhebliche Ausweitung an Möglichkeiten. Vielmehr sollte solch eine große Strategie dann nationale Strategien, Politiken und Doktrinen bestimmen, die als Maßstab dienen können um das Erreichen der Kompetenzerweiterung für die globale Strategie zu bemessen.

In diesem Kapitel werden wir zuerst definieren und ausmalen, was wir unter einer globalen, Gesamtstrategie verstehen - einer Strategie die innenpolitisch integriert und international unter den Verbündeten akzeptiert ist. Wir werden die Voraussetzungen für und die Elemente solch einer Strategie beschreiben. Wir werden das Verhältnis zwischen der Strategie und Gesetzen berühren. Wir werden Themen wie Prävention und vorwegnehmende Aktionen ansprechen. Und wir gehen der Frage nach, ob Institutionen, die der traditionellen "Ofenrohr"-Denk- und Vorgehensweise nachhängen, wirklich die richtige Antwort sind auf die Herausforderungen unserer Zeit.

Unser Ziel in diesem Kapitel ist eine Idee für eine Gesamtstrategie vorzustellen, die Regierungen unterstützen könnte etwas von der Klarheit und Gewissheit wiederzuerlangen, welche nach dem Ende des kalten Krieges verloren ging. Ohne solche Gewissheit können Gesellschaften nicht funktionieren. Der Verlust von Klarheit und Gewissheit führt zum Verlust von Macht und Leistungsfähigkeit. Wir hoffen, dass unsere Vorschläge bei der Aufgabe helfen können die internationalen Organisationen wie NATO oder die EU vorzubereiten auf die Herausforderungen, die in unserer Zukunft liegen.

3.1 Voraussetzungen für eine Strategie

Bevor wir eine Gesamtstrategie festlegen brauchen wir eine ethische Verankerung. Unsere ist umfassende Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen. Dies Dokument legt einen Satz universell akzeptierter und global anwendbarer Werte und Überzeugungen fest.

Darin haben alle Länder eine ultimative Verantwortung den einzelnen Menschen zu schützen, so wie es in dem Bericht der International Commission on Intervention and State Sovereignty (ICISS) beschrieben ist.

Diese Verantwortung ist der absolute Kern nationaler Souveränität und bedeutet, dass Verstöße dagegen keine bloße innere Angelegenheit ist. Gleichzeitig darf kein Land, welches glaubwürdig sein Engagement für Menschenrechte vertreten will, sich blind gegenüber eklatanten Verstößen der Menschenrechte zeigen - insbesondere Genoziden.

Gegründet auf dieser fundamentalen Überzeugung und den Glauben, dass Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und gute Führung Werte darstellen, die erhalten

und geschützt werden müssen, sind unsere Nationen eine rechtliche Verbindung für die kollektive Verteidigung eingegangen. Diese ist als der Nord Atlantik Vertrag bekannt und gründete das NATO Bündnis 1949. Diese Gruppe der Nationen wuchs mit der Zeit und umfasst zur Zeit ganze 26 demokratische Nationen. Es sind diese 26 Nationen, die wir als Ausgangspunkt nehmen - allerdings bei weitem nicht als Endpunkt - wenn wir eine gemeinsame Gesamtstrategie vorschlagen. Die Strategie ist exemplarisch und kann von anderen Organisationen ebenfalls angewendet werden. Es ist also ein Modell nicht nur für die NATO.

Jede Organisation, die wir in Kapitel 2 erwähnten hatte ihre Schwächen. NATO hat solche ebenfalls, aber sie hat einen großen Vorteil: Sie verbindet eine Gruppe von Ländern, die die wichtigsten Werte und Überzeugungen teilen und sich dafür entschieden haben, diese gemeinsam zu verteidigen.

Die Strategie, die wir vorstellen, soll nicht eine Organisation in ihrer bestehenden Form zementieren, noch zielt sie darauf ab nur von einem Staat oder einer Organisation eingeführt zu werden. Aber diese allgemeine Strategie kann am besten auf die NATO angewendet werden als logischer Ausgangspunkt, um dann weiter auf die EU und andere Partnerschaften ausgeweitet zu werden. Sie ist prinzipiell geschaffen im Bezug auf diese westliche Perspektive, steht aber nicht im Gegensatz zu anderen Strategien.

Unsere Strategie zielt nicht darauf unsere Werte und Überzeugungen überzustülpen, noch ist sie gegen irgend ein anderes Land gerichtet. Sie schließt auch kein anderes Land aus, wenn es die gleichen Werte und Überzeugungen teilt. Andere Länder oder regionale Organisationen könnten auf verschiedenen Ebenen kooperieren - eine Vision von konzentrischen Kreisen der Partnerschaft, die wir in Kapitel 4 ausführen werden.

Auf der anderen Seite ist uns keine andere internationale, supranationale oder regionale Organisation bewusst, in der alle Mitglieder Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und Demokratie als gemeinsame Werte und Überzeugungen teilen und in der alle Mitglieder entschlossen sind sich und ihre Werte mit allen notwendigen Mitteln zu verteidigen. Daher nehmen wir die NATO als Ausgangs-Organisation, wobei wir zugeben müssen, dass sie sich einer fundamentalen politischen Veränderung unterziehen muss um die Organisation der Wahl für die internationale Sicherheit zu bleiben.

3.1.1 Definition von Strategie

Wenn wir die hypothetischen Ziele einer Gesamtstrategie mit der klassischen Definition von Strategie wie der von Carl von Clausewitz vergleichen, der Strategie als 'die Lehre vom Gebrauch der Gefechte zum Zweck des Krieges' bezeichnete, dann kommen wir schnell zu dem Schluss, dass ein weiter gefasster Begriff benötigt wird. Sir Lawrence Freedman definierte sie auf eine Art, die unseren heutigen Bedürfnissen näher kommt, indem er Strategie als die Fähigkeit einen gewünschten Effekt zu erzielen beschrieb. Diese Definition könnte jedoch noch immer als hauptsächlich auf militärische Macht bezogen missinterpretiert werden. Wir sehen Strategie als

die Anwendung von Mitteln um ein politisches Ziel zu erreichen; und daher eine Gesamtstrategie als die Kunst alle Machtmittel (einer Nation oder eines Bündnisses von Nationen) zu nutzen um ein politisch vereinbartes Ziel zu erreichen, und als die Ziele einer Nation oder eines Bündnisses in Frieden und Krieg. Eine Gesamtstrategie beinhaltet die umsichtig abgestimmte und voll integrierte Nutzung aller politischen, ökonomischen, militärischen, kulturellen, sozialen, moralischen, spirituellen und psychologischen Machtmitteln, die zu Verfügung stehen. Es ist zentral zu Verstehen, dass eine Gesamtstrategie nur dann formuliert werden kann, nachdem die gewünschten Ziele bestimmt worden sind. Die Ziele und die Macht, die benötigt wird um sie zu erreichen, sind die unverzichtbaren Grundlagen jeder Strategie. Sind einmal die Ziele bestimmt, müssen alle Aspekte der Probleme, der sich eine Nation oder Allianz gegenüber sehen, analysiert und eine Bewertung des Charakters, der Größe und Möglichkeiten der verschiedenen vorhandenen Elemente auf nationaler wie internationaler Ebene vorgenommen werden, um eine effektive Strategie zu entwickeln.

Mögliche Vorgehensweisen, die die verschiedenen Elemente von Macht in verschiedenen Kombinationen nutzen, sollten dann analysiert werden um die beste mögliche Strategie zu entwickeln. Dabei sollte die Opposition, die dem entgegensteht berücksichtigt werden, wenn sich die Strategie entfaltet. Jede Strategie sollte flexibel genug sein um unerwartete Bewegungen der Gegenseite zu beantworten. Das heißt, die Wahlmöglichkeiten der Strategie sollten entwickelt sein für alle möglichen Eventualitäten.

3.1.2 Zielsetzungen

Die Ziele unserer Strategie sind der Erhalt von Frieden, Werten, freiem Handel und Stabilität. Sie strebt nach höchst möglicher Gewissheit für die dazugehörigen Nationen, der friedlichen Lösung von Krisen und der Prävention von bewaffneten Konflikten. Daher zielt sie darauf die Gründe für Konflikte zu reduzieren und - sollten alle versuche eine friedliche Lösung zu finden scheitern - die territoriale Integrität der Mitgliedstaaten und den Lebensstil seiner BürgerInnen, ihrer Werte und Überzeugungen zu verteidigen.

Es ist eine schützende und proaktive Strategie - keine reaktive. Und es muss betont werden, dass diese Strategie nicht darauf abzielt unsere Ordnung, Werte und Überzeugungen anderen Aufzudrängen, noch darauf territorialen Gewinn zu machen oder die Einflussphäre einzelner Staaten auszuweiten. Erzwungene Regierungswechsel sind kein Ziel unserer Strategie.

Die Ziele solch einer großen Strategie, die auf eine mit hoher Wahrscheinlichkeit Erreichbarkeit abzielt sind daher dreigestalt:

- Der Umgang mit globalen Herausforderungen durch Schutz gegen Bedrohungen, Risiken und Gefahren;
- Aufbau von Sicherheit in den alliierten Staatsnachbarschaften und ihren Zonen von strategischem Interesse;

- Die Arbeit für eine stabile internationale Ordnung durch multilaterale Kooperation.

3.1.3 Prinzipien und Elemente

In der Zeit des kalten Krieges war die Welt mehr oder weniger entsprechend des westfälischen Friedens geordnet. Strategien konnten auf der Annahme basieren, dass die Gegner staatliche Akteure waren und wahrscheinlich in ihren Handlungen ähnlichen, wenn nicht den gleichen, logischen Abfolgen folgen würden. Es ist nicht nur Nostalgie hervorzuheben, dass Regierungen damals zu einem bestimmten Grad auf Verantwortung Seitens eines Landes und dessen Menschen setzen konnten. Dies erlaubte den Einsatz von existenziellen Bedrohungen als ultimatives Mittel um die Ziele einer Strategie zu erreichen. Beide Seiten planten für den schlimmsten Fall, konnten aber ebenso annehmen, dass die Gegenseite internationales Recht zu einem gewissen Grad einhalten würde.

Keine dieser Gewissheiten existiert mehr. Eine Gesamtstrategie für unsere heutige Zeit sollte, mehr denn je, auf das Unerwartete vorbereitet sein. Sie muss die Ursachen der Konflikte angehen während sie versucht diese zu eliminieren (oder wenigstens zu vermindern). Selbstverständlich sollte sie das tun ohne den legalen Rahmen des bestehenden internationalen Rechts zu verletzen. Gleichzeitig muss sie mit der Komplexität der internationalen Umgebung umgehen.

Prinzipien

Das erste - und wirkliche Basis- Prinzip jeder Strategie demokratischer Nationen ist, dass die von Natur und Anwendungsbereich Strategie schützend ist. Aber schützend heißt nicht reaktiv. Denn jede Strategie muss den anfänglichen Nachteil überwinden zur Reaktion gezwungen zu sein indem sie danach strebt schnell die Initiative wiederzuerlangen - und zu halten. Da wer auch immer die Initiative besitzt, den Verlauf der Aktion bestimmt; und wer den Verlauf der Aktion bestimmt kann den Konflikt nach eigenen Bedingungen beenden.

Der Wunsch danach die Initiative zu erhalten und zu halten sollte, natürlich, versöhnt werden mit dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit. Aber Verhältnismäßigkeit sollte nicht missverstanden werden: Es ist kein eng definierter Gleiches-mit-Gleichem vergelten Ansatz (welcher die Option einer Eskalation einschränken, wenn nicht ausschließen würde). Vielmehr ist es eine selbst auferlegte Einschränkung, die darauf abzielt die Herzen und Köpfe der Menschen in der operativen Zone zu gewinnen. Es ist ein vitales Instrument um einstige Gegner zu überzeugen zu kooperieren oder noch besser Partner zu werden, wenn der Konflikt vorbei ist.

Eng verwandt mit der Verhältnismäßigkeit ist das Prinzip der Schadensbegrenzung. Dieses erfordert einen Blick auf Aktionen während der Krise durch eine Brille der Nach-Konflikt-Periode. Dies Prinzip gewinnt an Bedeutung wenn militärische Operationen als Kriege "zwischen den Menschen" ausgeführt werden. Um das zu erreichen, sollte der Schaden im Operationsgebiet so gering wie möglich gehalten werden. Jedoch sollten Möglichkeiten eines schnellen, entscheidenden Erfolgs nicht

ausgeschlagen werden. Wir beschäftigen uns daher nicht mehr mit dem traditionellen Prinzip der Zerstörung, welches das strategische Denken seit dem frühen 19. Jahrhundert dominiert hat. Das neue Prinzip, ermöglicht durch den technologischen Fortschritt, ist das Prinzip der minimalen Zerstörung und Sieg durch Lähmung, welches die Nutzung chirurgischer Eingriffe auf allen Ebenen der Macht einbezieht.

Gleichzeitig wird es sehr schwer die Verhältnismäßigkeit und Limitierung der Zerstörung zu wahren, wo der Einsatz von Nuklearwaffen ein Betracht gezogen werden muss. Die Erstnutzung von Nuklearwaffen darf nur erfolgen in dem Beben der Eskalation als ultimatives Mittel um die Nutzung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern und damit andere existenzielle Gefahren zu vermeiden. Auf den ersten Blick mag das unverhältnismäßig aussehen; wenn aber in Betracht gezogen wird, welche Zerstörung dadurch verhindert wird, könnte es sehr wohl verhältnismäßig sein. Trotz der ungeheuren Zerstörungskraft nuklearer Waffen bleibt das Prinzip der Schadensbegrenzung bestehen und muss mitgedacht werden. Es war sogar eines der Leitprinzipien der Nuklearen Planung der NATO innerhalb des kalten Krieges.

Ein weiteres Prinzip ist das der Legalität. Alle Aktionen müssen legitimiert, ordentlich autorisiert und generell im Einklang mit dem gebräuchlichen internationalen Recht sein. Das ist ein großes Hemmnis, wenn es darum geht Gegner zu bekämpfen, die keinen Respekt vor irgend einem Gesetz zeigen. Anders zu handeln würde jedoch bedeuten, das Gesetz des Dschungels anzuwenden und die eigene Glaubwürdigkeit zersetzen. Das Prinzip schließt jedoch nicht aus, das bestehende internationale Recht an die sich verändernde internationalen Begebenheiten anzupassen, da keine rechtliche Kultur - national wie international - je statisch war. Dies betrifft das Recht Krieg zu führen, das Kriegsrecht und die Autorisierung Zwang anzuwenden.

Schließlich ist die Entschlossenheit eine Aktion durchzuhalten ein fundamentales Prinzip einer modernen Strategie. Welche Mittel auch immer angewandt werden, es gibt immer die Notwendigkeit die Anstrengung durchzustehen, bis die Ziele erreicht sind. Dies erfordert als erstes und wichtigstes den politischen Willen zu handeln, die Geduld und Ausdauer durchzustehen und die vielfältigen Ressourcen, die benötigt werden um die Anstrengungen durchzuhalten, die für Dekaden andauern können. Entschlossenheit darf aber nicht mit Sturheit gleichgesetzt werden. Der Wille eine Krise oder einen Konflikt durchzustehen braucht immer die Flexibilität Handlungen angepasst auszuwählen, um das strategische Ziel zu erreichen.

Elemente

Ein wirklich unverzichtbares Element für eine Strategie im 21. Jahrhundert ist das der Abschreckung. Dies wird nicht mehr Abschreckung durch Bestrafung sein, oder die Abschreckung durch totale Zerstörung, welche uns so sehr geholfen hat im kalten Krieg den Frieden zu bewahren. In einer nach-westfälischen Welt und gegen nicht staatliche Akteure wirkt solche Abschreckung nicht. Was gebraucht wird ist eine neue Abschreckung, die eine einzige eindeutige Nachricht an alle Feinde ver-

breitet: Es gibt keinen und wird keinen Ort geben, an dem Du Dich sicher fühlen kannst; ein erbarmungsloser Aufwand wird betrieben werden Dich zu jagen und Dir alle Möglichkeiten die Du entwickelst uns Schaden zuzufügen versagen.

Abschreckung nützt uns also heutzutage noch immer Ungewissheit in unserer Gegner Köpfen zu schaffen - nicht mehr reaktiv, sondern proaktiv. Was gebraucht wird ist eine Abschreckungspolitik der proaktiven, initiativen Versagung, in der die Vorwegnahme eine Form der Reaktion ist, wenn die Bedrohung akut ist, und Prävention der Versuch ist die Initiative wiederzuerlangen um den Konflikt zu beenden.

Da Abschreckung hin und wieder auch verloren gehen kann oder versagen kann, ist die Fähigkeit die Abschreckung durch Eskalation zu jeder Zeit wieder herzustellen ein weiteres Element einer proaktiven Strategie.

Eskalation ist eng verzahnt mit der Möglichkeit ein Instrument zuerst einzusetzen. Eine Strategie, die Eskalation als ein mögliches Element ansieht, kann daher weder den Erstgebrauch ausschließen, noch die Eskalation als vorgegeben und unabweichlich ansehen. Eskalation und Deeskalation müssen flexibel gehandhabt werden. Eskalation ist also nicht mehr eine Leiter, die von Sprosse zu Sprosse bestiegen wird. Sonder sie ist viel mehr ein Kontinuum von Aktionen, als wenn es ein Trampolin wäre, welches die Aktion in einem Moment hoch in die Luft schleudert um dann gleich im nächsten Moment zu einem Stillstand zu kommen.

So ein Konzept der interaktiven Eskalation braucht eine Eskalationsdominanz, einen ganzen Sack voll mit beidem: Zuckerbrot und Peitsche. Das heißt wirklich die Nutzung aller Instrumente von weicher und harter Machtausübung von diplomatischem Protest bis zu nuklearen Waffen. Da flexible Eskalation und Deeskalation zentrale Instrumente darin sind die Initiative zu erhalten und zu halten, ist eine schnelle Entscheidungsfindung essenziell. Die traditionellen Formen und Methoden von Regierungen und internationalen Organisationen werden heutzutage (in einer Welt mit instantaner, globaler Kommunikation) nicht mehr diesen Anforderungen gerecht. Daher ist eine gründliche Überprüfung und Anpassung notwendig.

Nukleare Waffen sind das ultimative Instrument einer asymmetrischen Antwort und gleichzeitig das ultimative Mittel der Eskalation. Gleichzeitig sind sie mehr als ein Instrument, da sie die Art jedes Konfliktes verändern und dessen Geltungsbereich vom regionalen zum globalen ausweiten. Leider sind nuklear Waffen - und mit ihnen die Möglichkeit deren ersten Gebrauchs - unverzichtbar, da es keine realistische Aussicht auf eine Nuklearwaffen freie Welt gibt. Im Gegenteil ist das Risiko der weiteren Proliferation nahe liegend und damit die Gefahr des nuklearen Kriegs, wenn auch im begrenzten Bereich, im Bereich des möglichen. Diese Entwicklung muss verhindert werden. Es sollte daher bedacht werden, dass technologische Optionen entwickelt werden könnten, die weitreichender sind, als die Rolle der nuklearen Waffen um einen nuklear bewaffneten Gegner daran zu hindern diese Waffen zu nutzen. Zusammengefasst: Nukleare Waffen bleiben unverzichtbar und nukleare Eskalation bleibt ein Element jeder modernen Strategie. Asymmetrie wird von allen Konfliktparteien genutzt werden. Das heißt beides:

Unsere Seite muss sich mehr vor dem Unerwarteten in acht nehmen als je zuvor und unsere Gegenseite darf niemals wissen wie, wo und wann wir handeln werden. Asymmetrisch zu handeln kann sehr wohl ein Instrument sein um die Initiative wieder zu erlangen und kann die Nutzung aller möglichen Optionen beinhalten, von Diplomatie zur militärischen Intervention. Nukleare Eskalation ist der letzte Schritt um asymmetrisch zu antworten und gleichzeitig die machtvollste Art um Ungewissheit in des Gegners Überlegungen zu schüren.

Es ist dazu wichtig die Fähigkeit des Gegners das eigene Risiko abzuschätzen zu dominieren. Es ist ein sehr wichtiges Element von Strategie Dinge für den Gegner unvorhersehbar zu belassen, der nie die Möglichkeit haben sollte zu wissen oder zu berechnen, welche Maßnahmen wir ergreifen. Es ist essenziell diese Dimension der psychologischen Kriegsführung zu erhalten, indem wir Angst beim Gegner erzeugen, um ein Element der Überraschung zu erhalten und so ihm die Möglichkeit das Risiko abzuwägen nehmen.

Um dies zu erreichen muss die Strategie und ihre Wahlmöglichkeiten flexibel sein, sowohl im Bezug auf ein breites Spektrum von Antwortstypen, als auch im Bezug auf die Anwendung verschiedene Stufen auf der Leiter der Eskalation und Gewalt. Je größer die Flexibilität der genutzten Antworten, desto größer die Ungewissheit, die im Gegner erzeugt wird.

Unvorhersagbarkeit ist ein wichtiges Element einer jeden Strategie, die auf Konflikt Prävention und Beendigung abzielt. Gegner dürfen niemals wissen, welcher Schritt der nächste sein könnte. Sie dürfen niemals die Chance haben eine Option im Arsenal ihres Widersachers auszuschließen. Daher ist die Anwendung von militärischer Gewalt, obwohl es die ultimative Wahl der Politik ist, nicht die letzte Wahl. Carl von Clausewitz benutzte das Wort äußerst um die Rolle militärischer Macht zu beschreiben, aber meinte nie die letzte Wahl in der zeitlichen Abfolge. Das Ultima Ratio der Politik könnte sehr wohl die erste genutzte Option sein.

Die frühe Nutzung militärischer Antworten ist oft verknüpft mit Prävention und zuvorkommenden Agierens - beides Elemente von modernen Strategien. Beide sind in der Krise oder dem Konflikt anwendbar und keine ist notwendiger Weise mit einem bestimmten Satz von Instrumenten verknüpft, wie dem Militär.

Das Zuvorkommen ist eine reaktive Antwort, wenn des Gegners Aktion direkt bevorsteht; wogegen Prävention ein proaktiver Schritt ist, der darauf abzielt zu versagen - und damit einen Konflikt zu beenden - in einer Situation, wo die Bedrohung noch nicht unmittelbar bevorsteht, aber die Zeichen unverkennbar auf Konflikt stehen. Das Zuvorkommen wird im von vielen als ein legaler Akt der Selbstverteidigung im Sinne des internationalen Rechts gesehen. Wogegen die Legalität von präventiver Nutzung von Macht bisher nicht beantwortet ist. In einer Welt, die verbunden ist durch Echtzeit-Kommunikation, muss jeder schritt begleitet werden durch eine vorsichtig orchestrierte und gut koordinierte Medienkampagne, in der es wiederum darum geht die Initiative zu gewinnen und zu halten. Eine moderne große Strategie muss eine Medien Strategie beinhalten, die darauf abzielt, die Herzen und Köpfe der Menschen in der Welt zu gewinnen. Sie muss Informations-

dominanz sicher stellen und damit die Glaubwürdigkeit der Aktion. Es sollte eine ‘Erstschlags’ Medienstrategie sein, die darauf abzielt zuerst in die Schlagzeilen zu kommen, allerdings nie auf Kosten der Wahrheit.

3.2 Unser Vorschlag für eine neue Strategie

3.2.1 Die Basis: Sicherheit zu Hause

Die Vorbereitung einer Strategie, die auch die Option früher entscheidender Aktionen beinhaltet, erfordert einen ständigen guten Schutz der Nation, der Wirtschaft, der Lebensordnung, des Territoriums und der empfindlichen Infrastruktur. Die Verteidigung (oder besser gesagt der Schutz, denn heutzutage kann eine Reaktion auf aktuelle Risiken nicht ausschließlich eine militärische sein) des Landes oder der Allianz ist in einer modernen großangelegten Strategie nicht mehr ein Ziel, sondern eher die Basis. Dieser Schutz ist eine wirklich unverzichtbare Voraussetzung für die Anwendung der Strategie. Wenn es daheim keinen glaubwürdigen Schutz gibt, wird die Unterstützung der Öffentlichkeit für Aktionen anderswo - besonders für Operationen im Ausland von Hilfsprogrammen bis hin zu militärischer Intervention - schnell nachlassen.

Schutz bedeutet, alle notwendigen Reaktionen einzuleiten, darunter den Aufbau von Raketenverteidigungen und Schutzmaßnahmen im Cyberspace, um zu verhindern, dass ein Feind der Nation oder der Allianz Schaden zufügt, den Schaden zu minimieren, wenn die Prävention misslingt, und die Integrität der Nation oder der Allianz wiederherzustellen. Ein solcher Schutz ist nicht mehr zu erreichen, wenn die Verantwortlichkeiten zwischen Sicherheitskräften im Inland und Verteidigungskräften gegen Angriffe von draußen gespalten sind. Denn die Gegner könnten sowohl staatliche Vertreter als auch nichtstaatliche Vertreter als auch eine Kombination von beidem sein, und ein Angriff muss nicht unbedingt ein militärischer sein. Der Schutz sollte darauf zielen, jeglichen Angriff zu verhindern, und daher beginnt er mit vorsorgender Informationsbeschaffung - im In- und im Ausland -, die angemessen abgesichert sein und sich aller Quellen bedienen muss.

Wir leben in einer Welt, in der der Feind mitten unter uns leben könnte. Aber wir dürfen nicht der beträchtlichen Versuchung nachgeben, legale Beschränkungen aufzuheben und die Bürgerrechte einzuschränken - etwas, das die Unterstützung für Staat und Regierung unterminieren würde.

Ein angemessener Schutz ist heutzutage nicht möglich, wenn unsere Regierungen es nicht schaffen, Herz und Geist ihres Volkes zu gewinnen. Deswegen muss jede Einschränkung der individuellen Freiheit und der Bürgerrechte mit größter Vorsicht behandelt werden. Die andauernde Bedrohung durch den Terrorismus und das internationale organisierte Verbrechen macht Einschränkungen der individuellen Freiheit erforderlich, aber diese Einschränkungen dürfen niemals die Entschlossenheit der Bürger schädigen, ihr Land um jeden Preis zu beschützen. Andererseits müssen Sicherheitskräfte im Inland alle Optionen und Instrumente nutzen, die ihnen zur Verfügung stehen, um es zu entdecken und zu verhindern, wenn ein Gegner

versucht, unserer verwundbaren Gesellschaft Schaden zuzufügen.

Aber der Schutz hat auch eine proaktive Seite, und sie besteht darin, der Bedrohung entgegenzutreten, wo immer sie auch auftritt. Auch hier beinhaltet der proaktive Schutz viel mehr als nur militärische Mittel, und er zielt darauf, Risiken zurückzudrängen. Gleichzeitig wird die Kombination glaubwürdiger reaktiver und proaktiver Schutzmaßnahmen einen Abschreckungseffekte auf alle möglichen Angreifer - ob staatlich oder nicht - ausüben, sofern die Nation oder die Allianz ihre Fähigkeit zu weltweiten Maßnahmen nutzt, die glaubwürdig vermittelt, kein Angreifer könne irgendwo auf der Welt einen sicheren Zufluchtsort finden.

Wenn die Strategie auf glaubwürdigen und effektiven Schutzmaßnahmen basiert und auf eine überzeugende Politik gründet, die weder Unterdrückung noch die Vergrößerung des eigenen Einflussbereichs zum Ziel hat, dann kann man getrost nach vorn sehen und eine proaktive Politik der Konfliktreduzierung als erste - und im Prinzip nicht militärische - Strategiephase verfolgen. Bevor man sie in die Tat umsetzt, muss man sich jedoch ein grundlegendes Prinzip klarmachen. Es sollte von der breiten Öffentlichkeit dauerhaft akzeptiert und von den Politikern der Nation oder Allianz zweifelsfrei akzeptiert werden: Eine proaktive Prävention ist untrennbar mit der Bereitschaft und der Entschlossenheit verbunden, die Aktion tatsächlich durchzuführen.

Wenn man das einmal erkannt hat, gibt es vier Phasen für die Einsetzung und Verwendung der Strategie.

3.2.2 Phasen für die Einführung und Verwendung der Strategie

Wenn die Ziele und Absichten der vorgeschlagenen Gesamtstrategie klar feststehen, muss man sich nur noch auf den politischen Zweck in einer Krise oder Konfliktsituation einigen und sicherstellen, dass die Strategie zur politischen Absicht des erwünschten Ziels passt. Die erste wirklich kritische politische Entscheidung wird sich auf Umfang und Reihenfolge der Aktionen und die erste Zuteilung von Mitteln und Ressourcen beziehen. Die Phasen der Einführung sollten nicht als festgelegte Abfolge betrachtet werden. Man muss die Aktionen auf Ziel und Absichten abstimmen. Wenn ein Land oder eine Allianz nicht Opfer eines Angriffs wird (was automatisch alle zur Selbstverteidigung nötigen Schritte bewirken würde), dann folgt auf Spannungen, Krisen und Konflikte immer zuerst der Versuch, die Situation friedlich zu regeln, die Konfliktursachen zu beseitigen oder zu reduzieren. Nach diesem ersten Schritt gibt es keine vorgeschriebene Reihenfolge mehr, und die Phasen der Strategieanwendung werden den Umständen entsprechend auf eskalatorische oder deeskalatorische Weise durchgeführt oder wiederholt.

Daher muss zu Beginn einer Krise ein umfassendes Konzept entwickelt werden, das alle Phasen der Strategieverwendung beinhaltet. Zu diesen Phasen gehören die Präventivstrategie, die Konfliktursachen zu reduzieren, proaktives Krisenmanagement, Verstärkung und Stabilisierung nach der Intervention.

Reduktion der Konfliktursachen

Hypothetisch gesehen zielen alle Schritte in dieser ersten Phase auf eine gewaltfreie Beseitigung der Ursachen von Spannungen, Krisen oder Konflikten. Ihre Ziele sind etwa die Verringerung von Armut, die Klärung von Streitigkeiten um Ressourcen (darunter auch Wasser und Energie), die Klärung territorialer oder ethnischer Ansprüche, die Linderung der Auswirkungen des Klimawandels, das Ende von Menschenrechtsverletzungen usw.. Die zur Verfügung stehenden Instrumente sind überzeugende (darunter auch Verteidigungs-) Diplomatie, Verhandlungen und ökonomische, soziale, bildungstechnische, politische und eventuell auch sicherheitstechnische Hilfe (inklusive Reduktion oder Beendigung protektionistischer Maßnahmen oder die Aussicht auf die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen). Zweck ist häufig, eine gute Staatsführung, freien und gerechten Handel (einschließlich des freien und friedlichen Zugangs zu begrenzten Ressourcen) und wirtschaftliche Entwicklung und - je nach Bedarf - Hilfe sicherzustellen, um einen gut funktionierenden Staat zu etablieren.

Während dieser ersten Phase müssen sich freie Gesellschaften der stärksten Waffe bedienen, die ihnen zur Verfügung steht: der Anziehungskraft eines freien Marktes, in dem das Individuum sowohl Menschenrechte genießt als auch die Rechtsstaatlichkeit, eine freie Marktwirtschaft, die das Streben nach Glück möglich macht, und eine Sicherheit, durch die diese Gesellschaft blühen und gedeihen kann. Die Anziehungskraft einer solchen Gesellschaft, ihre Offenheit, die Geduld und Weitsicht ihrer Anführer und dazu die glaubwürdige Entschlossenheit, diese Charakteristika zu verteidigen - das sind die Werkzeuge, die den Kalten Krieg zu einem Ende nach unseren Bedingungen brachten und die den Kommunismus scheitern ließen. Auch wenn die Geschichte sich niemals wiederholen wird, darf diese Lektion nicht in Vergessenheit geraten. Das Instrument kann auch in der Welt von heute noch verwendet werden, aber es sollte niemals jemandem aufgezwungen werden, denn der Wechsel muss von einer Gesellschaft selbst ausgehen.

Der erste Schritt bei der Einführung der vorgeschlagenen Strategie präventiver Schutzmaßnahmen könnte besonders effektiv sein, wenn es um den Umgang mit nichtstaatlichen Akteuren geht, weil er mit der Zeit ihre Unterstützung durch die Basis unterminieren und ihre Handlungsfreiheit so immer mehr einschränken wird. Wenn man den Schritt mit dem Schutz der indigenen Bevölkerung und einem gleichzeitigen Aufbau demokratisch kontrollierter Militär- und Polizeikräfte und einer nicht korrupten Legislative kombiniert, dann könnten Terrorismus und organisiertes Verbrechen einfach dahinschwenden.

Die proaktive Reduktion des Konfliktpotentials könnte helfen, einige oder alle Ziele der vorgeschlagenen großangelegten Strategie zu verwirklichen. Sofern die betroffene(n) Nation(en) das wünscht (wünschen), könnten Länder, über die eine gewisse Sorge besteht, so reifen und sogar Mitglieder internationaler Organisationen werden, etwa der NATO, der EU oder anderer Formen von effizientem Multilateralismus.

Proaktives Krisenmanagement

Falls alle Anstrengungen zur Reduktion des Konfliktpotentials fehlschlagen,

beginnt das proaktive Krisenmanagement. Sein Ziel ist es, einen bewaffneten Konflikt zu verhindern, die Krise zu beenden (oder wenigstens zu entschärfen) und zur Reduktion des Konfliktpotentials zurückzukehren.

Trotzdem sollte während dieser Phase die Planung einer bewaffneten Intervention beginnen. Eine solche Planung muss umfassend sein und sollte alle politischen Instrumente integrieren, darunter auch alle verfügbaren militärischen Mittel. Sie muss auch alle Faktoren berücksichtigen, die den potentiellen Schauplatz kennzeichnen und beeinflussen - zum Beispiel Geschichte, Kultur, Religion oder ethnische Fragen. So wird der Planer versuchen, die Rückwirkungen einer Intervention in Bezug auf Stabilität in der Region und darüber hinaus schon im Voraus zu berechnen.

Die Planung einer bewaffneten Intervention beginnt mit einer politischen Einigung über den erwünschten politischen Zweck, über das Ziel der Intervention und die auf sie folgende Stabilisierung. Auf diesen ersten Planungsschritt folgt die Entwicklung eines passenden Operationskonzeptes (Concept of Operations, CONOPS) und den damit verbundenen Regeln des Einsatzes (Rules of Engagement, ROE). Nachdem CONOPS und ROE politisch gebilligt wurden, könnte man mit einem provisorischen Prozess des Aufbaus von Kräften beginnen, ihn unterbrechen und wieder aufnehmen. So betont man die politische Entschlossenheit, eskalierend oder deeskalierend vorzugehen, demonstriert gleichzeitig seine Glaubwürdigkeit und reduziert die Zeit, die für den Beginn einer Intervention nötig ist.

Diese Schritte müssen von gut koordinierten, proaktiven Maßnahmen in den Medien begleitet werden, die es ermöglichen könnten, die Ziele ohne eine Intervention zu erreichen. Gleichzeitig könnten solche Medienmaßnahmen helfen, der auf Herz und Verstand zielenden Kampagne den Weg zu bereiten, die jede bewaffnete Intervention begleiten muss. In dieser Phase reichen die Instrumente von allen Arten diplomatischer Druckmittel (darunter auch Sanktionen, besonders gezielte Sanktionen) über die Schaffung von Ad-hoc-Koalitionen bis zu Ultimaten und Gewaltandrohung.

In dieser zweiten Phase der Strategieeinführung könnte die Einschaltung der UN nötig werden, weil sie zu diesem Zeitpunkt die einzige Organisation ist, die Zwangsmaßnahmen gegen einen anderen Staat legalisieren kann - gegen einen Staat, der vielleicht selbst der Gegner ist, vielleicht aber auch feindliche nichtstaatliche Akteure beherbergt (sei es nun, weil er sie selbst eingeladen hat oder weil es ein versagender Staat ist, der seine Macht nicht länger einsetzen kann).

Eine Legitimierung durch die UN ist möglicherweise nicht nötig, wenn Artikel 51 der Genfer Konvention (Selbstverteidigung) in Kraft tritt, und es könnte durch die Völkermord-Konvention auf die Legitimierung verzichtet werden.

Alle Schritte im proaktiven Krisenmanagement müssen von großzügigen Bemühungen begleitet werden, den Schutz der Nation oder Allianz sicherzustellen und zu verbessern und das Konfliktpotential möglichst zu reduzieren. Die integrierte, koordinierte und tatsächlich verflochtene Verwendung aller Instrumente außer Gewaltanwendung ist die Verfahrensweise, die Erfolg verspricht. Zu diesem Zweck ist

es unbedingt nötig, niemals eine hypothetische Option auszuschließen, die Gewaltanwendung beinhaltet, und eine proaktive Medienkampagne zu verfolgen, die eine ganz einfache Botschaft verkündet: die feste und nicht schwankende Entschlossenheit, die Krise durchzustehen und zu obsiegen.

Man sollte sich klarmachen, dass in der vernetzten Welt von heute die Gegner alle Debatten in der Nation oder Allianz, die eine Lösung sucht, genau verfolgen werden. Daher müssen alle öffentlichen Debatten, so nötig sie in einer Demokratie auch sind, diese unerwünschten Nebeneffekte einberechnen, denn sie könnten leicht die Gegner dazu ermutigen, den Zusammenhalt einer Nation oder Allianz zu unterminieren. Debatten im Inland könnten schnell die Gefahr terroristischer Angriffe erhöhen - ein mächtiges Instrument der asymmetrischen Reaktion, mit dem die Entschlossenheit einer Nation oder Allianz geschwächt werden soll, die Krise durchzustehen. Zu diesem Zweck sollte man sich daran erinnern, dass der proaktive Schutz des Heimatlands als echter Abschreckungseffekt dienen kann und ein Prinzip der Abschreckung ist, das niemals vernachlässigt werden darf: Sie macht es erforderlich, sicherzustellen, dass der Gegner den nächsten Schritt nicht kennt. Das heißt, dass sich in der Welt von heute kein Gegner jemals sicher fühlen darf, und daher muss man bereit sein, den Risiken, Gefahren und Bedrohungen überall entgegenzutreten, wo sie sich finden, und einzugreifen, wenn das unvermeidbar ist.

Zwangsmaßnahmen

Falls alle nicht zwingenden Instrumente erschöpft sind und keine andere Option mehr offen steht, müssen Zwangsmaßnahmen in Erwägung gezogen, vereinbart und dann ausgeführt werden. Zwangsmaßnahmen sollten nur dann verwendet werden, wenn alle nicht zwingenden Instrumente keinen Erfolg versprechen. Dabei könnte es sich um einen langwierigen Prozess handeln. Wenn erst einmal Zwangsmaßnahmen vereinbart wurden, sollte während ihrer Ausführung das Ziel sein, möglichst schnell zu diplomatischen Beziehungen zurückzukehren.

Daher können sie nur in Betracht gezogen werden, wenn es einen legitimen Grund für die Anwendung dieses letzten Mittels gibt, wenn die politische Absicht besteht, die nötigen Anstrengungen aufrechtzuerhalten und wenn sowohl die erforderlichen Ressourcen als auch die erforderlichen Kapazitäten vorhanden sind. Obwohl Zwangsmaßnahmen eher die Ausnahme als die Regel darstellen, muss die Option von Zwangsmaßnahmen weiterhin ein Werkzeug des Krisenmanagements bleiben. Ihre Verwendung kann in keiner Phase des Krisenmanagements ausgeschlossen werden.

Die meisten demokratischen Staaten empfinden sie als politisch gerechtfertigt, wenn:

- es keine andere Möglichkeit gibt, das vereinbarte politische Ziel zu erreichen, weil die wichtigsten Interessen einer Nation oder Allianz auf dem Spiel stehen;

- ein Angriff durch staatliche oder nichtstaatliche Angreifer aus dem Land oder Gebiet, in dem Zwangsmaßnahmen durchgeführt werden sollen, unmittelbar bevorsteht oder schon statt gefunden hat;
- es keine andere Möglichkeit gibt, einen Genozid zu verhindern oder zu beenden.

Zwangsmaßnahmen sind nicht notwendigerweise militärische Operationen. Wenn sich Überwachungskräfte darüber einig sind, dass ein militärischer Angriff durch einen Gegner unmittelbar bevorsteht, dann kann ein militärischer Präventivschlag die angemessene Form der Selbstverteidigung sein.

Es ist auch durchaus möglich, dass man andere präventive Aktionen in Betracht ziehen muss - das heißt, eine Reaktion auf Aktivitäten eines Gegners, die zwar keine unmittelbare Bedrohung darstellen, aber darauf hindeuten, dass ein Konflikt unvermeidbar ist. Die Gefahr des Genozids kann hier als Beispiel dienen. In einer solchen Situation (z.B. in Ruanda 1994) könnte eine präventive militärische Aktion tatsächlich die unschädlichste und angemessenste Option darstellen; allerdings ist es, egal wie legitim die Aktion sein mag, unwahrscheinlich, dass sie von der UN legitimiert wird. Und auch wenn es noch so wahrscheinlich ist, dass ein Staat sich Massenvernichtungswaffen beschafft, wird das kaum dazu führen, dass die UN eine präventive militärische Operation legitimiert. Die Legalität einer solchen Handlungsweise wäre sehr zweifelhaft, außer wenn bewiesen werden könnte, dass es sich um Selbstverteidigung handelte.

Durch diese Beispiele entsteht die Frage, welche Alternativen existieren, wenn der Sicherheitsrat der UN zu keiner Entscheidung kommen kann. Natürlich könnten Aktionen einer einzelnen Nation oder Staatengruppe die Antwort sein, so wie in der Luftkampagne von Kosovo 1999: Sie galt weithin als legitim, obwohl es fraglich blieb, ob sie vollkommen legal war. Auch wenn momentan keine zufriedenstellende Antwort existiert, sollte man sich darüber klar sein, dass das internationale Recht nicht nur in Form geschriebener Gesetze, sondern auch in Form von Gewohnheitsrecht existiert, das von durchgeführten Aktionen und ungeschriebenen Standards der Interpretation und der Rechtmäßigkeit gekennzeichnet ist. Weiterhin sollte man sich klar machen, dass im Jahr 2001 ein Prozess in Gang kam - als in einem Dokument der Internationalen Kommission zu Intervention und Staatssouveränität (International Commission on Intervention and State Sovereignty, ICISS) die nationale Souveränität an die Frage gekoppelt wurde, wie viel Verantwortung der Staat übernimmt, um das Individuum zu schützen. Das verhindert, dass sich unter dem Deckmantel der nationalen Souveränität Tyrannei verbirgt, und bei schweren Verstößen kann ein Staat seine nationale Souveränität an die internationale Gemeinschaft verlieren. Dieses Prinzip gehörte zu den Ergebnissen des UN-Weltgipfels 2005 und wurde von der Generalversammlung ohne Wahl akzeptiert.

Zwangsmaßnahmen können mit milderem Mitteln als militärischer Intervention beginnen, etwa mit erzwungenen Embargos, Blockaden, der Einrichtung von Flug-

und Schifffahrts-Verbotzonen, aber auch mit Restriktionen oder Blockaden der Kommunikation, des Verkehrs, des Handels, des Devisenverkehrs und mit proaktiven "Cyber-Operationen". All das können angemessene Maßnahmen sein, um das Ende eines Konfliktes zu erzwingen.

Cyberoperationen werden im Lauf der nächsten Jahrzehnte vermutlich als technologische Vorteile dominanter werden. Es kann durchaus möglich werden, ein Land zu lähmen und alle Optionen zu beseitigen, mit denen ein gegnerischer Staat seine Machtinstrumente nutzen und das Land kontrollieren kann.

Falls diese Möglichkeit wirklich als Operation eingesetzt wird, könnte das die Ankunft einer "Lähmungsstrategie" bedeuten, die traditionelle Zwangsmaßnahmen durch die viel subtileren Mittel eines Cyberangriffs ersetzt.

Momentan ist die ultimative Zwangsmaßnahme aber die militärische Intervention. Diese könnte mit der Neutralisierung oder Zerstörung der Militärmacht eines Gegners und danach der zeitweisen Besetzung eines Landes enden, auf die die Errichtung einer Übergangsregierung in der betroffenen Region folgt.

Im gesamten Verlauf dieser Zwangsmaßnahmen müssen alle Schritte und Maßnahmen der vorhergegangenen Einführungsphasen weiterhin angewendet werden, damit die Zwangsmaßnahmen keinen isolierten Schritt darstellen. Der Unterschied zwischen dem ICISS-Dokument und den Paragraphen 138 und 139 der Resolution 60/1 (2005) der UN-Generalversammlung ist folgender: Das ICISS-Dokument ermöglicht Unilateralismus, der auf klar definierten Kriterien für einen gerechten Krieg beruht, während die Resolution der Generalversammlung dem Sicherheitsrat das letzte Wort überlässt. Trotzdem ist es für die Generalversammlung ein konzeptueller Durchbruch im internationalen Recht, dass sie die Idee akzeptiert hat, staatliche Souveränität an individuellen Schutz zu koppeln.

Gleichzeitig mit den Zwangsmaßnahmen oder direkt nach dem Ende der Operationen müssen Schutztruppen übernehmen. Diese Kräfte, die die Rolle von Militär, Polizei, Judikative und öffentlicher Verwaltung mischen, sind ein unverzichtbares Element für die Stabilisierung nach der Intervention. Sie müssen eine sichere Umwelt garantieren und die Verwaltung des Landes ebenso kontrollieren wie sein Polizei- und Justizsystem, seine Grenzkontrollen und seinen Grenzschutz - entweder, bis eine internationale Übergangsregierung übernehmen kann oder bis eine inländische Autorität eine vom Land selbst erhaltene Stabilität und damit auch den Abzug ausländischer Streitkräfte ermöglicht.

Stabilisierung nach der Intervention

Dies ist das Element der Strategieanwendung, die einen Konflikt auf politischer Ebene beendet: durch die (Wieder-)Einsetzung der verantwortungsbewussten Regierungsführung, rechtliche Sicherheit und sowohl wirtschaftlichen als auch demokratischen Aufbau.

Es handelt sich um die komplexeste, zeit- und ressourcen-aufwendigste Phase in der Strategieanwendung. Sie erfordert Geduld, Durchhaltevermögen, erhebliche

Ressourcen, eine ganze Menge altruistischen Idealismus - und den eisernen Willen, die Mission zum Erfolg zu führen. Länder oder Allianzen, die nicht bereit sind, die sehr lange und oft holprige Straße zum Erfolg bis zum Ende zu gehen, sollten eher auf eine Intervention verzichten als das Risiko einzugehen, Instabilität zu schaffen, wo sie Stabilität wollten.

Die Stabilisierung nach der Intervention darf niemals nur als Wiederaufbau oder Rekonstruktion missverstanden werden: Sie sollte alle Instrumente unserer Strategie beinhalten. Ein eng geknüpft und integriertes Netzwerk von Maßnahmen auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene ist erforderlich, und Staaten, Institutionen, NGOs, private Investoren und Unternehmen müssen ihre jeweiligen Instrumente einbringen, um ein Land oder eine Interventionszone wieder aufzubauen, ohne den Einwohnern eine Lebens- oder Regierungsform aufzuzwingen, die ihrem Willen, ihren Werten oder ihrem Erbe widerspricht. Der Respekt für das Erbe eines Landes sollte nie die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit in Frage stellen.

Die Stabilisierung nach der Intervention endet, wenn eine vom Land selbst aufrecht erhaltene Stabilität und verantwortungsbewusste Regierungsführung erreicht sind und alle ausländischen Elemente abgezogen werden.

3.3 Konsequenzen

Die vier Phasen der Strategieanwendung, die hier beschrieben wurden, schaffen ein Kontinuum verwobener, verbundener, integrierter und koordinierter Aktionen, die dazu dienen, die Ziele und Absichten einer Strategie präventiven Schutzes zu verwirklichen. Mit dieser Strategie kann man den Schutz aller Mitgliedstaaten erreichen, obwohl der Schutz niemals die 100% Sicherheit bedeuten kann, dass kein Mitglied Schaden erleiden wird. Aber die Kombination von Schutz im Inland und Beseitigung oder wenigstens Reduzierung von Risiken im Ausland, gekoppelt mit Bemühungen, in Nachbarländern und Zonen von strategischem Interesse Sicherheit herzustellen - diese Kombination bietet unseren Ländern die Chance auf eine friedliche und stabile Zukunft für einen bezahlbaren Preis und mit vertretbarem Risiko. Es handelt sich um eine Strategie, die Sicherheit für ähnlich denkende Nationen (oder einer Allianz solcher Nationen) herstellen will, die aber nicht beabsichtigt, diese Nationen zu Weltpolizisten zu machen. Bei der Anwendung der Strategie werden Nationen und Allianzen sich um Kooperation mit regionalen Organisationen bemühen.

Wie alle Strategien in der Geschichte ist auch diese nur ein Konzept, das man bei seiner Anwendung den Aktionen und Reaktionen der Gegner anpassen muss - das heißt der bestehenden Situation in der wirklichen Welt. Aber je komplexer die Welt ist, desto besser ist es, ein Konzept zu haben, in dem man Optionen für einen Erfolg entwickeln kann, wenn es nötig wird, einen Konflikt den eigenen Wünschen entsprechend zu beenden. Eine solche Strategie allein - selbst wenn sie

schließlich von allen Staaten angenommen werden sollte - erreicht nichts, wenn nicht der politische Wille vorhanden ist, die Krise durchzustehen, wenn die Akteure nicht entschlossen sind, auch internationale Organisationen (besonders NATO und EU) in diesem Sinn zu beeinflussen, und wenn es nicht passende Kapazitäten für die Anwendung der Strategie gibt. In dieser Hinsicht sehen wir ernstzunehmende Mängel und Defizite. Wenn wir die Frage momentan beiseite lassen, wie man auf beiden Seiten des Atlantiks den politischen Willen schaffen kann, dann betreffen die Konsequenzen der Strategieanwendung drei Gebiete: Akteure, Prozeduren und Kapazitäten.

Wie schon mehrfach erwähnt wurde, müssen die Akteure internationale Organisationen sein, denn kein Einzelstaat kann mehr mit der Komplexität der internationalen Welt zurechtkommen. Gleichzeitig gibt es keine internationale Organisation, die über alle politischen Instrumente verfügt, global agiert und auch über ihre eigene Region hinaus in allen Kategorien politischen Handels Macht ausüben kann. Daher erscheinen eine kritische Betrachtung der schon existierenden Arrangements und die Anpassung oder Änderung von Organisationen wie NATO und EU als erste Konsequenz einer großangelegten Strategie für Frieden und Sicherheit in der heutigen Zeit. Daraus folgt, dass die Prozedur der Entscheidungsfindung geändert werden muss.

Die wichtigste Voraussetzung für eine gute Entscheidungsfindung sind vernünftige, verlässliche Nachrichtendienste mit guter Unterstützung. Eine Änderung der Methoden, mit denen Informationen der Nachrichtendienste gesammelt, gesichert und bewertet werden, ist unbedingt nötig. Denn man muss sich der Kapazitäten der Gegner bewusst sein und genau über ihre zu vermutenden Absichten Bescheid wissen.

Aber die Nachrichtendienste allein bieten nur eine Basis - einen Startpunkt. Man braucht zusätzlich Prozesse der Entscheidungsfindung, die synchronisiert, von allen Beteiligten koordiniert und dann zusammengeführt werden. Außerdem wurde schon mehrfach betont, dass es nötig ist, die Initiative zu ergreifen und zu behalten - und das bedeutet, dass Zeit ein essentieller Faktor ist. Die gegenwärtigen oft langwierigen Bottom-Up-Entscheidungsfindungen der existierenden Organisationen sind den jetzigen Herausforderungen nicht gewachsen.

Schließlich braucht man auch Kapazitäten, die für Ziele, Absichten und Zwecke der vorgeschlagenen Gesamtstrategie geeignet sind. Wir brauchen einen Werkzeugkasten mit Instrumenten diplomatischer, wirtschaftlicher/finanzieller und auch militärischer Natur. Um einen solchen Werkzeugkasten zu füllen, müssen wir vielleicht multinationale Arrangements kritischer betrachten, auch wenn das dazu führen könnte, dass staatliche Souveränität teilweise auf internationale Organisationen übertragen wird. Möglichkeiten für Änderungen in diesen drei Kategorien werden im folgenden Kapitel diskutiert.

Bei der Diskussion von Ideen für die Anwendung unserer vorgeschlagenen großangelegten Strategie des präventiven Schutzes möchten wir andeuten, wie man den Weg zu mehr Sicherheit in der Welt und zu einer Erneuerung der transatlantischen

Partnerschaft bereiten könnte. Denn wir glauben, um die nötige politische Entschlossenheit zur Entwicklung einer solchen Gesamtstrategie herzustellen, müsse man zuerst beweisen, dass unser Vorschlag umsetzbar, bezahlbar und zu bewältigen ist. Daher heißt das vierte Kapitel "Ein Plan für Veränderungen".

4 Eine Agenda für Veränderung

4.1 Strategischer Ausblick

In diesem Papier haben wir dargestellt, dass weder eine der existierenden Organisationen noch eine Nation alleine fähig ist mit den Herausforderungen einer Zukunft umzugehen, die nicht vorhersehbar ist. Aber wir haben auch die Notwendigkeit betont, die Sicherheit aufrecht zu erhalten und einen größtmöglichen Grad an Gewissheit wieder herzustellen ohne den keine Gesellschaft gedeihen kann. Es ist nicht die Norm, dass Staaten in einer so strukturierten Form miteinander umgehen wie es seit den zwei Weltkriegen oft der Fall ist. Sobald wir das anerkannt haben wir deutlich, dass dies vor allem für Europäer ein sehr zermürbender Gedanke ist, weil er nahe legt, dass das Konzept des 20. Jahrhunderts, der internationalen Regelung von Gesetzen, Opfer einer neuen Art der Machtpolitik werden könnte. Eine wichtige Aufgabe für die kommenden Jahre wird daher sein, bestehende Organisationen zu stärken oder - sollte dies nicht möglich sein - wenigstens zu verhindern dass eine Schwächung der heute bestehenden internationalen Strukturen zu einer neuen Art der machtgetriebenen und dadurch häufig unmoralischen Politik führt. Dies stellt ein ernsthaftes Problem dar. Mit verschiedenen neuen Machtzentren, mit internationalen Gesprächen von oft ideologischer Natur und mit der andauernden Zuflucht zu ungezügelter Gewalt ist die Welt wild, ungerecht und immer gewalttätiger geworden. In der westlichen Welt hält unser wertebasiertes System noch seine Herrschaft aufrecht aber selbst hier gibt es Zweifel über die Zukunft und es ist alles andere als klar wie sich dieses System zu einer globalisierten Welt positionieren soll. Gleichzeitig stellen Herausforderungen wie Terrorismus, Immigration, demographische und Umweltfragen sowie Globalisierung unsere Geschlossenheit in Frage.

Es wäre ein dramatischer Fehler nicht jetzt zu handeln: eine neue Ordnung zu suchen und so viel wie möglich von der internationalen Ordnung zu retten- einer Ordnung die auf guter . Regierungsführung und demokratischen Regeln basiert und in der das Recht herrscht.

Dies führt zu fünf generellen Schlüssen.

Zum Ersten ist es wichtig, egal was die Zukunft bringen wird, dass der Westen sich und seine Rolle in der Welt wieder definiert. Ein erster Schritt wäre gedanklich die Karte anzupassen, die wir alle in unseren Köpfen tragen. Wir sollten nicht länger über zwei Säulen, Europa und Amerika, reden sondern die Kooperation un-

tereinander vertiefen. Die Erweiterung der EU und der NATO hat einen gemeinsamen demokratischen Raum entstehen lassen der von Finnland nach Alaska reicht. Diesen Raum in der Gemeinschaft mit einer Wahrnehmung für dessen Zweck zu errichten ist sowohl unser dringendstes als auch unser langfristiges Ziel. Zweitens verlieren die Regierungen rapide an ihrem Einfluss auf Ereignisse. Der Prozess des öpen sourcing internationaler Handlungen ist irreversibel. Keiner der Akteure- ob nun Regierung, Wirtschaft oder NGO - scheint einen umfassenden Überblick zu haben was vor sich geht. Sie sind voneinander isoliert und unfähig koordiniert für eine gemeinsame Vision zu handeln. Ein erster, wichtiger Schritt auf dem langen Weg zu einer Gemeinschaft- wenn nicht sogar zu einer Allianz- der demokratischen Nationen wäre, wieder Zeiträume für internationale Gespräche zu bestimmen. Das vielleicht wichtigste Element dieser Bemühungen wird sein, die Rollen der Akteure neu zu mischen.

Drittens werden existierende internationale Strukturen sich auf neue Bedürfnisse einstellen müssen. Die meisten internationalen Organisationen passen sich nur sehr langsam an und einige, wie die Weltbank und der Internationale Währungsfond, spielen eine immer geringere Rolle in einer Welt des privaten Kapitals.

Zurzeit gibt es keine funktionierende internationale Organisation für Sicherheit und internationale Organisationen wie die EU realisieren noch nicht vollständig, dass sie auch den Sicherheitssektor abdecken müssen. Gleichzeitig bestimmen außerhalb der Euro- Atlantikzone in vielen Teilen der Welt private Milizen den Lauf der Dinge. Die Ausbreitung von atomaren Waffen ist eine wachsende Gefahr, und internationales organisiertes Verbrechen und Terrorismus streben danach sich Massenvernichtungswaffen anzueignen. Zusätzlich wird weder das staatliche Monopol militärische Macht anzuwenden, noch die bestehenden Regeln menschlichen Verhaltens eingehalten. Viertens reicht es nicht mehr aus sich auf die traditionellen Instrumente für Sicherheit zu verlassen. Es sind internationale Organisationen nötig, denen alle Instrumente der Politik zur Verfügung stehen- oder die, durch Kooperation mit Organisationen die dies kompensieren können, Zugriff zu diesen haben. Leider existieren zurzeit weder entsprechende Organisationen noch Kooperationsvereinbarungen.

Fünftens gibt es, wie in jeder Periode schneller und grundlegender Veränderung, keine Garantie, dass die westlichen Nationen aus diesem Prozess als Sieger hervorgehen wenn sie die Dinge einfach laufen lassen. Deshalb müssen sie jetzt dringend handeln um zu verhindern, dass politischer Extremismus und Nationalismus die westliche Welt erneut erfasst. Diese fünf Schlüsse, unvollständig wie sie sind, könnten jahrelange Diskussionen füllen die alle nutzlos wären, wenn sie nicht bestimmt würden durch eine gemeinsame Vision. Mit einer solchen Vision im Hinterkopf muss Schritt für Schritt eine Annäherung an das langfristige Ziel einer Zone der wiederhergestellten Sicherheiten erreicht werden.

Im dritten Kapitel haben wir eine "grand strategy" (Gesamtstrategie) für die transatlantische Sicherheit vorgeschlagen. In diesem Kapitel werden wir einen Schritt weiter gehen indem wir aussprechen, was getan werden muss um die existierenden

Organisationen auf die Ausführung der Strategie vorzubereiten. Wir werden auch einen Blick auf die vorzunehmenden Schritte werfen, eine Wegbeschreibung zu einem neuen transatlantische Verhältnis, das eine Gemeinschaft mit gemeinsamer Sicherheit und Verantwortung dringend brauchen wird.

4.1.1 Wie man Veränderungen erreichen kann

Nachdem wir in den vorherigen Teilen dieses Textes die langfristigen Visionen, Herausforderungen und die Strategie dargelegt haben, wollen wir uns nun den Veränderungen zuwenden, die unserer Meinung nach eingeleitet werden müssen. Der Leser kann aus dem bisher gesagten schließen, dass wir einen kompletten Neuaufbau vorschlagen bzw. sagen, dass dieser unumgänglich ist. Dies ist jedoch nicht der Fall und wir raten dringend von einer Aufgabe funktionierender Strukturen ab. Aus diesem Grund fällt unsere Wahl auf einen pragmatischen Ansatz.

Allerdings muss das, was gut funktioniert hat noch besser werden. Die Zeit reicht nicht - mit den Bedrohungen denen wir zurzeit begegnen- um ganz neu anzufangen und wir raten von einem derartigen Vorgehen ab.

Wir können es uns nicht leisten eine ganz neue, allumfassende politische Architektur zu entwerfen- ein neue große Beziehung zwischen den transatlantischen Partnern- und dann auf deren Ausführung hin zu arbeiten. Das würde die Sicherheit unserer Länder aufs Spiel setzen. Weil wir mit der Situation der Ungewissheit leben und mit einem Heer von facettenreichen und vielseitigen Risiken und Gefahren konfrontiert sind, müssen wir darauf vorbereitet sein, auf unerwartete und unauffällige Hinweise zu reagieren und zur gleichen Zeit hart daran zu arbeiten das Aufkommen neuer Konfrontationen zu verhindern. In einer solchen Situation gibt es keine Alternative zum Weiterführen der wichtigsten und effizientesten Dinge; dem Aufbau dessen was wir schon besitzen und dem Erhalt der Dinge, die unabdingbar sind.

Als Beispiele für schon funktionierende Dinge würden wir als erstes den NATO Artikel 5 - Die Auflage der gemeinsamen Verteidigung- anführen. Dies ist nicht nur eine moralische Notwendigkeit, sondern hat sich als großer praktischer Vorteil erwiesen. Als weiteres Beispiel was funktioniert sehen wir die weitere Westeuropäische Union (WEU) mit ihren bindenden Verpflichtungen des Maastricht Abkommens, durch das, im Falle eines Angriffs, EU Mitglieder verpflichtet sind sich gegenseitig militärisch zu unterstützen. Diese zwei Beispiele für Strukturen die es wert sind erhalten zu werden, zeigen auch einen Teil des Problems. Der Mangel an Kooperation- zum Teil sogar Rivalität- zwischen der EU und der NATO ist etwas, das es zu beheben gilt. Obwohl diese Institutionen manchmal schwach sind und Mängel haben, glauben wir immer noch, dass es aus praktischen Gründen sinnvoll ist auf ihnen aufzubauen und sie nicht aufzugeben. Die NATO, die EU und andere existierende Organisationen sollten verbessert werden, nicht verdrängt. Wenn sie besser zusammenarbeiten könnten, hätten wir eine sehr gute Arbeitsgrundlage. Natürlich hat die Rolle die Amerika in diesem Prozess spielt eine zentrale Bedeu-

tung. Die USA bleibt Europas wichtigster, engster und unverzichtbarer Partner. Damit die USA ihre Rolle so effektiv wie möglich spielen kann, muss die Abmachung zwischen den europäischen Ländern, Kanada und ihrem amerikanischen Partner erneuert werden. Alle europäischen Partner Amerikas erkennen an, dass ihre Beziehung zur USA unverzichtbar ist. Um die US aber dazu zu bringen sich in eine erneuerte Abkommen zu begeben, muss auch die EU ein unabkömmlicher Partner für die USA werden.

Die Europäer haben die schwere Verpflichtung ihren Wert zu beweisen, nicht zuletzt durch Verbesserung ihrer Einsatzmöglichkeiten. Tun sie dies nicht, gibt es für Amerika keinen Anreiz sich in ein solches Abkommen zu begeben. Um Neuerungen einzubringen wird Europa den Preis der Erweiterung seiner Einsatzmöglichkeiten zahlen müssen. Sobald dies begonnen hat, können die transatlantischen Partner sich auf eine bessere Balance in der Entscheidungsfindung und in der schwierigen Aufgabe der Durchführung einigen. Dementsprechend ist der erste Schritt um eine Veränderung herbeizuführen, Sicherheit für die Zeit der Veränderung zu gewährleisten. Zu diesem Zweck beginnt unsere Agenda mit einer Reihe von Vorschlägen für Organisationen die im Einflussbereich von Finnland und Alaska schon existieren. Gleichzeitig mit diesen Schritten, welche den Vorsatz der alliierten Nationen gemeinsam zu handeln stärken und verbesserte Einsatzmöglichkeiten herstellen sollten, sollten die Partner über eine neue Gesamtstrategie der transatlantischen Sicherheit diskutieren und eventuell entscheiden.

Unser Vorschlag in Kapitel 3 kann als Ausgangspunkt für einen solchen Prozess dienen, welcher gleichzeitig in der NATO und der EU stattfinden könnte- und wenn möglich sollte. Ist ein solch solides Fundament geschaffen, kann die Durchführung des Wandels beginnen. Zuerst und vor allem erfordert dies ein Forum, in dem die meisten alliierten Nationen vertreten sind. Ein solches Forum sollte sich in seiner Diskussion nicht auf ein Werkzeug beschränken (z.B. das Militär), sondern sollte klein und effektiv genug sein um einen schnellen Fortschritt zu erreichen. Wir werden am Ende dieses Kapitels eine mögliche Lösung vorschlagen. .

4.2 Eine Agenda für den Wandel

Indem wir Veränderungen auf den verschiedenen Ebenen der internationalen Zusammenarbeit vorschlagen, möchten wir dennoch keine Vorschriften machen oder gar den Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Die Erfahrungen die wir in den turbulenten Jahren der europäischen Krise in den 90-ern gemacht haben, haben uns gelehrt, dass jede Operation und jede Krise ihre eigene Vorgehensweise erfordert. Aber die Erfahrung hat auch andere Lehren tief in unser Gedächtnis eingegraben: allen voran steht das dringende und unwiderlegbare Bedürfnis, die Rivalität um Macht zwischen den verschiedenen internationalen Organisationen zu überwinden. Unsere Agenda für den Wandel ist von zwei Motiven getrieben. Als erstes möchten wir die Möglichkeiten der westliche Welt verbessern mit der unbeständigen Situation umzugehen, in der sich unsere Länder befinden. Zweitens, kann jeder Schritt

den wir vorschlagen uns unserer Vision näher bringen - einer Zone der gemeinsamen Interessen und geteilten Verantwortungen. Wir wiederholen jedoch, dass diese Zone nicht so gesehen werden sollte, als wäre sie gegen irgendjemanden gerichtet. Sie wird offen bleiben für alle, die unsere Werte und Anschauungen teilen. Diese drücken sich aus in Menschen rechte, Demokratie und den Regeln von Recht und guter Regierungsführung. Sie wird auch offen sein für all die, die fähig und willens sind zu unserem Ziel beizutragen: unsere Art zu leben, Frieden und Stabilität zu erhalten.

4.2.1 Die Vereinten Nationen

Da wir ein Maximum an Sicherheit für unsere Nationen garantieren wollen und auch wissen, dass Sicherheit eine globale Dimension hat, ist unser erster Vorschlag alle Nationen der westlichen Welt dazu aufzurufen, ihre Bemühungen für eine Reformierung der UN zu steigern. Vorschläge hierfür liegen vor. Die UN muss gewährleisten, dass die Regeln des Rechts vorherrschen und nicht die Macht der Gewalt. Wir wissen, dass die UN die einzige Organisation ist, die die Anwendung von Gewalt erlauben kann wenn es sich nicht um unmittelbare Selbstverteidigung handelt. Wir möchten diese Rolle stärken aber wir stellen auch fest, dass wir neben der unmittelbaren Selbstverteidigung die Anwendung von Gewalt ohne Zustimmung der UN als legitimiert ansehen, wenn keine Zeit bleibt den UN- Sicherheitsrat einzubeziehen oder dieser sich als unfähig erweist in einer Situation eine Entscheidung zu treffen in der schnelles Handeln nötig ist um eine große Zahl Menschen zu schützen. Sollten diese extremen Ausnahmesituationen auftreten, so sollte die Erlaubnis der UN nach dem Beginn der ersten Operationen eingeholt worden sein. Die Tatsache, dass wir uns der Ausführungsmängel und Unzulänglichkeiten der UN bewusst sind und glauben, dass es für diese Probleme kurz- und mittelfristig kein Heilmittel gibt bedeutet nicht, dass wir nicht denken, dass die UN eine Rolle spielen kann und dies weiterhin bedeutend und oft führend, im Bereich der Stabilisierung nach der Intervention, tun wird. Die UN hatte in der letzten Zeit einige bemerkenswerte Erfolge in diesem Bereich und wir hoffen auf Ihr weiteres Engagement um solche Erfolge zu wiederholen. Damit dies möglich ist, ist es entscheidend, dass die UN ihre Einsätze besser organisiert. Es hilft vor allem den hemmenden Strömungen, wenn nicht beteiligte Nationen eine Stimme bei Entscheidungen über Einsätze haben über die sie zwar reden, aber an denen sie sich nicht beteiligen wollen. Wir schlagen daher vor, dass Entscheidungen zur Ausführung eines Einsatzes denen vorbehalten sein sollte, die an der Mission mitarbeiten. Die Entscheidung einen Einsatz zu starten wird beim Sicherheitsrat verbleiben. Die Entscheidung des Sicherheitsrates ist auch obligatorisch für alle Einsätze im Zuge der Stabilisierung nach der Intervention. Gleichzeitig sollte sie eine führende Organisation oder Nation bestimmen, die den UN Organen direkt unterstellt ist, wie die UNHCR, die IAEA, die FAO und andere, um den Einsatz zu koordinieren. Wir schlagen daher vor, dass die UN eine einheitliche Führung für alle "Post-Interventions-"Einsätze einrichten sollte. Als letztes schlagen wir noch die Etablierung und den Austausch

von dauerhaften Teams für die Zusammenarbeit zwischen der UN und großen internationalen Organisationen wie der NATO, der Afrikanischen Union, der EU, ASEAN und der OSCE sowie die Einführung von planmäßigen Situationseinweisungen des UN Sicherheitsrats durch diese Organisationen vor, um Rivalitäten zu vermindern und die Kooperation zu verbessern.

4.3 Organisation für Sicherheit und Kooperation in Europa

Die OSCE ist als regionale Organisation entsprechend des achten Kapitels der UN Charter zu sehen. Sein entscheidender Vorteil ist, dass sie alle Nationen von Vancouver bis Vladivostok einbezieht. Daher kann sie eine entscheidende Rolle bei dem Aufbau und dem Erhalt des Vertrauens zwischen den Ländern der NATO und der EU sowie Russland und anderen Ländern die nicht zu einer dieser Organisationen gehören spielen. Die OSCE ist damit ein sehr wichtiges Instrument das helfen kann, Konflikte schon in ihrer Entstehung zu verhindern. Seine Rolle als Vermittler sollte daher durch weitere Fortschritte in Entscheidungsfindungsmechanismen gestärkt und seine Möglichkeiten Instrumente wie Sanktionen anzuwenden, vergrößert werden. Zu diesem Zweck sollte seine Möglichkeit in Krisen zu handeln, die durch wirtschaftliche Belange bestimmt sind verbessert werden. Eine weitere wichtige Aufgabe der OSCE besteht in der Post-Interventions- Stabilisierung und dem Aufbau der Nation. Hierfür sollte überlegt werden, ob die OSCE als regionale Organisation nach Kapitel acht der UN Charter handelnd, nicht stand-by Komponenten für judikative und andere administrative Funktionen etablieren sollte, die für die UN oder für eine UN autorisierte Führungsorganisation für die Post-Interventions Stabilisierung verfügbar ist. Zusätzlich könnte die OSCE, unter einer derartigen Schirmherrschaft, eine wichtige Rolle als eine Art Koordinationsbeauftragter für NGOs spielen, die nicht selten äußerst unwillig sind mit denen zu kooperieren, die als "hard power" Elemente gesehen werden können.

Schlussendlich ist die Einrichtung von regelmäßigen Situations-Einweisungen bei OSCE Gipfelkonferenzen durch Organisationen wie der NATO, der EU oder der Shanghai Cooperation Organisation ein Schritt der es wert ist bedacht zu werden. Das Ergebnis dieser Schritte würde die Fähigkeit der OSCE als ein Frühwarnsystem für Krisen im OSCE Bereich zu fungieren erhöhen und die Kooperation zwischen der OSCE und anderen internationalen Organisationen bei Post-Interventions-Stabilisierungsinterventionen könnte verbessert werden.

4.3.1 North Atlantic Treaty Organisation

Wir sehen die NATO als eine Organisation mit besonderer Bedeutung, da es die einzige Organisation ist, die die USA und Europa legal und beidseitig bindend verpflichtet sich gemeinsam gegenseitig zu verteidigen.

Die NATO ist eine politische Organisation, die militärische Mittel anwenden kann.

Die heutige NATO ist im Prozess der militärischen Transformation und hat eine politische Anpassung. Aber im Innersten ist die politische Organisation noch weitgehend eine Organisation des kalten Krieges. Die schwerfällige politische Struktur spiegelt nicht wieder, wie sehr die Welt sich verändert hat. Sie passt nicht zu den raschen politisch-militärischen Bedürfnissen der Zeit, und kann so keinen Nutzen aus den veränderten militärischen Einsatzmöglichkeiten ziehen die der Allianz ermöglichen würde, kurzfristig zu reagieren und Operationen schnell auszuführen. Heute ist schnelles Antworten essentiell. Deshalb sind die überalterten und schwerfälligen Systeme festgelegter Ausschüsse sowie bottom-up Nachrichtensysteme ernsthaft zu überdenken. Da die NATO tief in Operationen involviert ist, finden wir es angemessen, in unserer "Agenda for change" zwischen sofortigen, mittelfristigen und langfristigen Schritten zu unterscheiden.

4.3.2 Die unmittelbare Agenda

Unserer Meinung nach schreit die politische Struktur der Nato nach einer Kritik, einer Anpassung und einer Umstrukturierung. Im Zentrum steht die Umstrukturierung des Entscheidungsfindungsprozesses. Der Prozess, der in der NATO existiert muss radikal überarbeitet werden. Die Nato muss politische Entscheidungen gemeinsam treffen z.B. durch ein einstimmiges Votum all ihrer Mitglieder. Nicht nur aus politischen, sondern auch aus militärischen Gründen wird eine solche Einheit benötigt. Dies gilt für Entscheidungen auf der Ebene des NATO Rates, eine einstimmige Entscheidungsfindung bei allen untergeordneten Stufen ist aber nicht nötig. Wenn die Partner nicht übereinstimmen, wird der Grund für die Uneinigkeit am Ende immer politischer Natur sein. Die Gründe sollten daher so schnell wie möglich zum einzigen Organ der NATO gebracht werden, das politische Entscheidungen treffen kann- dem NATO Rat.

Wir schlagen daher vor, dass die NATO als ersten Schritt unserer "Agenda for change" das Konsensprinzip auf allen Ebenen unterhalb des NATO Rates aufgeben sollte und auf der Ebene der Kommissionen und Arbeitsgruppen eine Regelung für Mehrheitsentscheide einführen sollte. Dies würde der NATO ermöglichen, in Krisen schnelle Entscheidungen zu treffen wenn jede Minute zählt.

Eine Entscheidung des NATO Rates hat nie eine bindende Verpflichtung eingerichtet Truppen zu überlassen oder sich militärisch zu beteiligen. Es wurde immer bei den einzelnen Nationen belassen, die Ressourcen oder Truppen beizusteuern, die ihnen verfügbar waren. Die Nationen, die keine Truppen beisteuern, sollten aber auch keine Stimme in der Führung der militärischen Operation haben. Daher schlagen wir als zweite Veränderung vor, dass nur die Nationen, die zu einer Mission beitragen- das heißt militärische Truppen in einer militärischen Operation- ein Stimmrecht in der Entwicklung der Operation haben sollten. Diese Struktur würde den Bedarf und die Gelegenheit von Verbindlichkeit betonen, und Verbindlichkeit würde direkt belohnt werden. Die, die keine Truppen beisteuern, müssen natürlich weiter informiert werden; aber sie hätten keine aktive Rolle, solange die Operation sich politisch autorisiert entfaltet.

Der nächste dringende Schritt zielt auf die Verbesserung der Ressourcen des Geheimdienstes der NATO. Wir haben den Eindruck, dass trotz vieler Fortschritte in den letzten Jahren, zu viele Einrichtungen des Geheimdienstes der letzten Zeit immer noch durch Vorgänge des Kalten Krieges angetrieben wurden, in der die NATO noch eine gewisse "Warnzeit" hatte und ausreichend Kapazitäten um die Aktivitäten des Warschauer Pakts aufzudecken. Heute ist der Zeitfaktor essentiell, die Bedrohung kann völlig unerwartet und aus jeder Richtung auftreten und überraschen in ihrer Form und ihrem Rahmen sein. Die existierenden Maßnahmen sind nicht gut genug. Wir schlagen daher als Schritt Nummer drei eine vollständige Bewertung des NATO Geheimdienstes vor.

Die nächste Veränderung die wir vorschlagen dient der Verbesserung der Fähigkeit der NATO nationaler Widersprüche abzuschaffen soweit dies möglich ist. Das System der nationalen Widersprüche hat sich in der Vergangenheit als ein Haupthindernis für Operationen und ein bedeutender Kostenfaktor herausgestellt. Das heißt, dass wir uns bewusst sind, dass eine vollständige Abschaffung nationaler Widersprüche nicht möglich ist da dies einen freiwilligen Abtritt der Staatshoheit voraussetzen würde; Dies zu tun werden die Nationen nicht gewillt sein.

Operative Führung

Die drei Ebenen der Führung sind "Full command", "Operational command" und "Operational Control". "Full command" beinhaltet die volle Verantwortung für die Soldaten, inklusive der Anwerbung, des Trainings, der Ausstattung aber auch dem Personalmanagement. "Operational command" ist die Bevollmächtigung der Führung für einen bestimmten Schauplatz von Operationen. "Operational control" ist die Bevollmächtigung der Führung für die Schauplätze von Operationen einer speziellen Mission. Während das "Full command" ein wichtiges Element der Nationalen Souveränität ist und bei Nationen belassen werden sollte, ist es unserer Ansicht nach nötig, dass die NATO jetzt mehr "Operational command" braucht. Viele Nationen geben den NATO Kommandeure nur die "Operational control" und belasten darüber hinaus ihre Beiträge mit nationalen Vorbehalten. Leider limitiert eine solche "Operational control" die Aktionsfreiheit des Kommandeurs und führt zu Ineffizienz, wie der Verdopplung von Arbeit; es kann sogar zu Misstrauen auf unteren Ebenen führen.

Wir schlagen deshalb vor, dass die NATO Kommandeure auf dem Schauplatz das "Operational command" bekommen. Spätestens wenn die Truppen den Schauplatz der Operationen erreichen sollte dieser Transfer der Befehlsgewalt vonstatten gehen.

Die Nationen sollten davon Abstand nehmen Vorbehalte aufzuerlegen und bestehende nationale Vorbehalte aufheben. Die würde voraussetzen, dass sie, wenn sie Entscheidungen im Rat der NATO treffen, über die Politischen Operationen und das Konzept der Operationen inklusive der daran geknüpften Regeln der Beteiligung übereinstimmen. Trotzdem sollte betont werden, dass es einige Bereiche gibt, wo nationale Kontrolle nicht delegiert werden kann. Der Einsatz von Atomwaffen muss natürlich das Vorrecht der Atommächte bleiben.

Die Anordnung der Operationskommandeure und die Vertretung der beteiligten Nationen in der Kommandostelle sollten die Beteiligung der einzelnen Nationen und die Bereitschaft widerspiegeln, sich an Risiken und Lasten zu beteiligen.

Zusätzlich gibt es bestimmte Bereiche in denen es nötig sein wird, Verteidigungspotenzial im voraus zu bevollmächtigen die NATO zu schützen und in denen wir nicht auf die Entscheidung des NATO Rates zu Ablauf einer Aktion warten können, wie zum Beispiel Raketen- oder Cyber- Attacken. Hier wird die politische Entscheidung für eine vorgezogene Übertragung der Befehlsgewalt an einen militärischen Kommandeur nötig sein um die Verteidigungsmaßnahmen einzuleiten. Zu diesem Zweck muss der NATO Rat die Etablierung einer angemessenen NATO Streitkräfte prüfen und über den Grad der vorgezogenen Bevollmächtigung Gewalt anzuwenden entscheiden.

Zusätzlich zu den Kommando- und Aufsichtsangelegenheiten muss auch die administrative Seite der Nato überprüft werden.

Nato Administration

Es gibt wenig Zweifel darüber, dass die die Kosten der NATO Kommandozentralen (Headquarters), der integrierten Kommandostruktur und der nachrangigen gemeinsam besetzten und finanzierten Organe gemeinsam aufgebracht werden müssen.

Ob aber immer noch ein allgemeines Etat für die Infrastruktur nötig ist, ist eine Frage, die gestellt werden sollte. Wir könnten uns vorstellen, dass dieses Etat durch ein allgemeines Beschaffungsetat für Anlagen und Ressourcen die die NATO gemeinsam finanzieren, und später anwenden möchte , wie zum Beispiel das Alliance Ground Surveillance (AGS) System (gemeinsames Bodenüberwachungssystem),ersetzt wird. Infrastruktur würde dann, mit Ausnahme der Kommandozentralen nationaler Verantwortungsbereich sein.

Neue Möglichkeiten zur Finanzierung von NATO Einsätzen werden dringend gebraucht. Das momentane System der Kostenteilung nach dem Motto "Kosten werden getragen wo sie anfallen" muss völlig aufgegeben werden. Im Moment heißt das, dass die die etwas beitragen sowohl das Risiko von Verlusten als auch die finanzielle Belastung tragen, wogegen die, die nur mitreden doppelt belohnt werden. Ein solches Prinzip kann den Zusammenhalt der NATO untergraben und mindert sicherlich die Fähigkeit der NATO Einsätze durchzuhalten. Es ist ein allgemeines Schema für die Kostenteilung nötig, zu dem alle Verbündeten beisteuern. Wir schlagen daher die Entwicklung eines gemeinsam finanzierten NATO Einsatzetats vor. Ein solches Etat könnte sicherstellen, dass die NATO Dinge über die sie abstimmt sehr genau prüft.

Informationseinsätze (Information operations) Dadurch, dass die NATO an Einsätzen in Afghanistan beteiligt ist- Einsätze die an manchen Orten von einer Heftigkeit sind, die die NATO nie zuvor gesehen hat- wird eine der momentanen Unstimmigkeiten deutlich: Einige unserer Streitkräfte führen Kriege, aber die Gesellschaften aus denen sie kommen leben im Frieden. Da die Welt jedoch mit fast unverzögertem Informationsfluss vernetzt ist, taucht alles und jedes Ereignis auf

den heimischen Bildschirmen auf, manchmal schneller als die Befehlskette reagieren kann. Zusätzlich ist es häufig der Feind der die Information einleitet, um den Zusammenhalt des Bündnisses und die nationale Unterstützung laufender Einsätze zu schwächen. Um diesen beunruhigenden Zustand in der Öffentlichkeitsarbeit zu überwinden, muss die NATO dringend eine Informationsstrategie entwickeln, die das Bündnis und seine Nationen zurück ans Steuer bringt; Geschieht dies nicht, so riskiert es eine Niederlage an der Heimatfront, selbst wenn seine Truppen auf der Kampf- oder Einsatzebene siegen. Aus diesem Grunde muss die NATO eine Informationsstrategie entwickeln, dass drei Zielen gleichzeitig dient:

- Es muss die Empfindung der Welt beeinflussen, dass die NATO eine Macht für das Gute ist.
- Zweitens muss es auf den Bildschirmen auftauchen, bevor der Gegner mit der Ausbreitung von Nachrichten beginnt, das heißt, dass die NATO eine Informationsvorherrschaft in der Öffentlichkeitsarbeit gewinnen und behalten muss.
- Drittens muss es dabei helfen, die Herzen und Gemüter sowohl seiner eigenen Nationen (für den gerechten Kurs der NATO), als auch der Menschen am Schauplatz der Einsätze.

Diese Vorschläge in unserer Agenda für unmittelbare Veränderungen sind Schritte, die vollzogen werden müssen, während die NATO in Einsätze wie die in Afghanistan einbezogen ist. Es gibt Vorgehensweisen, einen Motor zu reparieren während er mit hoher Drehzahl läuft, aber diese sind in sich nicht ausreichend um die NATO für die bevorstehenden Herausforderungen vorzubereiten. Daher schlagen wir zwei weitere Reihen von Schritten in unserer “Agenda for change” vor: die mittelfristigen und die langfristigen Schritte.

4.3.3 Die mittelfristige “Agenda for Change”

Niemand kann ernsthaft anzweifeln, dass die NATO ihr 1999 Strategiekonzept überarbeiten muss. Die NATO selbst räumte die Notwendigkeit einer neuen strategischen Leitlinie ein, als es 2006 auf dem Gipfel in Riga die Comprehensive Political Guideline (CPG- die umfassenden politischen Leitlinien) akzeptierte, aber dieses Dokument ist kein Ersatz für das strategische Konzept, das immer noch fehlt.

Die NATO sollte sich den neuen Schwung in Richtung durchdachter transatlantischer Beziehungen, der im Herbst 2005 in Deutschland spürbar war und den man

jetzt in Frankreich beobachten kann, zunutze machen. Mit einem neuen britischen Premierminister im Amt und einer neuen US Amtsperiode mit Amtsantritt am 20. Januar 2009 ist es jetzt die richtige Zeit um ein neues strategisches Konzept zu formulieren. Eine ehrgeizige Möglichkeit wäre es auf dem Gipfel 2009 zu verabschieden, der zum 60. Jahrestag der NATO stattfindet. Sollte es zu anspruchsvoll für die NATO Bürokratie sein auf dem Gipfel 2008 abzustimmen, kann die Entwicklung eines neuen strategischen Konzepts auf dem Gipfel 2009 in Gang gesetzt werden, mit dem Ziel darüber die neue Strategie auf dem nächsten Gipfel zu verabschieden.

Wir schlagen vor, dass die Nato eine Gesamtstrategie (grand strategy) entwickelt, die viel mehr als nur den militärischen Bereich umfasst, und wir schlagen die Strategie vor, die wir in Kapitel 3 als den ersten Baustein für eine solche Debatte beschrieben haben.

Gleichzeitig sollte die NATO seine zurzeit größte Schwäche ansprechen- die fehlenden nichtmilitärischen Mittel.

Als ersten Schritt sollte sie nach einer Zwischenlösung suchen, da wir in einer Welt leben, die es uns nicht erlaubt endlos zu warten.

Es ist unser fester Glaube, dass der Einsatz von militärischer Kraft bei weitem nicht das einzige- oder unumgängliche - Mittel ist um Krisen zu lösen. In vielen Fällen ist der Einsatz von Gewalt kontraproduktiv für die strategische Zielsetzung. Wir glauben außerdem fest daran, dass man eine bewaffnete Auseinandersetzung nicht mehr dadurch gewinnen kann, dass man einfach möglichst viele der Feinde tötet oder gefangen nimmt oder indem man ihre Machtbasis zerstört. Nichtmilitärische Mittel müssen Teil der integrierten Strategie sein: einer Strategie in der nichtmilitärische Mittel mit einem Höchstmaß an Präzision, Exaktheit und Eingliederung koordiniert und angewendet werden- so wie ein militärischer Einsatz geleitet werden sollte.

Die Möglichkeiten hierbei entsprechen größtenteils der Anwendung der Eskalationsdominanz. Die jüngste Geschichte ist reichlich versehen mit Beispielen möglicher Eskalation durch nichtmilitärische Mittel, die wegen ungenauen Zielen und Unstimmigkeiten über Ziele auf höchster Ebene verschwendet wurde.

Integrierter Ansatz

Da die NATO dieses Werkzeug nicht besitzt, schlagen wir die Sondierung eines "Berlin Plus in Reverse" Abkommen (umgekehrtes Berlin Plus Abkommen) mit der EU vor oder die Ausweitung der kanadischen Initiative des "comprehensive approach" (Umfassender Ansatz), der bei der NATO als Schritt der von allen NATO Nationen vollzogen werden muss diskutiert wird. Das Berlin Plus Abkommen zwischen der NATO und der EU erlaubte die militärischen Anlagen und Ressourcen der NATO für EU geführte Einsätze zu nutzen und ist ein Beispiel dafür, was wir als integrierten und verbündeten Ansatz in der Praxis verstehen.

Das "Berlin Plus in Reverse" wäre das Spiegelbild und würde, auf einer "von Fall zu Fall Basis", die nichtmilitärischen Anlagen und Ressourcen der EU als Hilfe für NATO- geführte Einsätze vorsehen.

Vor allem mit Polizei und paramilitärischen Truppen, wie die italienischen Carabinieri, auf Anfrage durch die NATO für NATO geführte Stabilisierungseinsätze aber es könnte die NATO auch mit soft-power Werkzeugen unterstützen, die der EU zur Verfügung stehen.

Zusätzlich zu einer solchen Lösung sollten die nicht- EU/NATO Staaten sich verpflichten, dass auch sie Beiträge in ähnlichem Rahmen und ähnlicher Art leisten wie die NATO Staaten die EU Mitglieder sind.

Als zusätzlichen Schritt schlagen wir eine Überprüfung der vorhandenen Werkzeuge für nichtmilitärische Schritte wie Sanktionen, der kompletten Ausstattung der Verteidigungsdiplomatie etc. Dies sollte erst in der NATO durchgeführt werden, dann mit der EU koordiniert werden und schließlich müssen die OSCE oder die UN darauf aufmerksam gemacht werden.

Natürlich kann ein Abkommen wie "Berlin Plus in Reversennur verhandelt werden, wenn die Blockade der Kooperation zwischen der NATO und der EU beendet wird, die zur Zeit beide Organisationen beschädigt.

Wir rufen daher alle beteiligten Parteien dazu auf die bestehenden Bemühungen zu unterstützen um eine bessere und tiefer greifende EU- NATO Kooperation zu erreichen, in gutem Glauben zu verhandeln und ohne vorherige Bedingungen, die das Ganze Projekt eng begrenztem nationalem Egoismus opfert.

Erweiterung und die drei Kreise

Wie wir oben beschrieben haben und die NATO immer wieder feststellte, sollten ihre Tore immer offen bleiben für aufstrebende Nationen die eine vollwertige Mitgliedschaft anstreben. Auf der anderen Seite darf man die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, dass die NATO sich noch nicht vollständig von der kürzlich vollzogenen rasanten Erweiterung erholt hat. Im Zuge dieser Entwicklung setzt die Nato einige ihrer Anforderungen aufs Spiel . In einigen der Mitgliedsländer bleiben Zweifel im Hinblick auf gute Regierungspraxis und darin, ob die neuen Mitglieder den Verbindlichkeiten gerecht geworden sind, zu denen sie sich durch ihren Beitritt zur NATO verpflichtet haben. Es ist unnötig zu sagen, dass einige als Entschuldigung schon auf viele ältere Mitgliedstaaten hinweisen können, die auch darin gescheitert sind ein gutes Beispiel für die Einlösung der Verbindlichkeiten zu sein. Wir denken aber, dass die Nato seine Lektion aus dieser Erfahrung lernen sollte.

Wir schlagen vor, dass die NATO konstatiert, dass es seine Mitgliedschaftseinladungen nicht auf Länder ausdehnen wird, die Standards der NATO Mitglieder- wie Demokratie, Respekt vor Menschenrechten, die Regeln der Rechts und gute Regierungsführung- nicht vollständig eingehalten werden. Man sollte außerdem darüber übereinkommen, dass das Bündnis keine Länder als Mitglieder akzeptieren wird, die ungelöste territoriale Forderungen hat oder das an anhaltenden bewaffneten Auseinandersetzungen beteiligt ist. Der Grund hierfür ist die Verpflichtserklärung der NATO, alle Staaten gemeinsam zu verteidigen und einen Beitrag zukünftiger NATO Mitglieder zur gemeinsamen Verteidigung des NATO Vertragsbereiches anzustreben. Zusätzlich ist unser Vorschlag, dass die NATO zukünftige Erweiterungs- und Partnerschaftsmaßnahmen unter dem Gesichtspunkt von strategischen Ziel-

setzungen betrachten sollte.

Da Geostrategie wieder ein Thema ist, könnten wir uns vorstellen, dass die NATO als Teil seiner zukünftigen "grand Strategy" ein Konzept für Erweiterung und Kooperation entwickelt, das auf der Idee der gemeinsamen und beidseitigen Sicherung und auf dem folgenden geostrategischen Konzept basiert. Die NATO muss nach Klarheit über seine geographischen Maße suchen.

Die NATO muss aktiv werden, wo die Sicherheit seiner Mitglieder gefährdet ist. Zu diesem Zweck hat die NATO auf dem Gipfeltreffen 2002 in Prag entschieden dort zu handeln wo es notwendig ist. Dadurch wurde die NATO zu einem globalen Bündnis, jedoch nicht zu einer Art globaler Polizei. Wird die vorgeschlagene Strategie in Bereiche des Handelns übertragen, taucht ein Konzept von drei konzentrischen Kreisen auf. Die drei Kreise stellen drei Bereiche der Gemeinschaft und Partnerschaft dar.

Der innere Kreis wird immer der NATO Vertragsbereich (Nato Treaty Area- NTA) oder der gemeinsame Sicherheitsbereich (Collective SSecurity Area- CSA) sein, der der gemeinsamen Verteidigung verpflichtet ist. Der zweite Kreis umfasst einen größeren Bereich der Partnerschaft in der allgemeinen Sicherheitszone (Common Security Zone - CSZ). Der dritte Kreis weiter entfernter Partnerschaften und Verbündeter ist der äußere Stabilitätsbereich (Outer Stability Area- OSA).

Diese Bereiche sind nicht begrenzt, weder geographisch noch politisch. Der innere Kreis des NATO Vertragsbereiches (NTA) wird sich mit dem Voranschreiten der Erweiterung verändern, basierend auf den Einladungen der NATO Beitrittsgespräche zu führen und der Fähigkeit der voraussichtlichen zukünftigen Mitglieder die NATO Mitgliedsverpflichtungen zu erfüllen. Diese drei Kreise sind nicht starr, sondern ein Rahmen in dem wir sowohl die Verantwortlichkeiten und Partnerschaften als auch die Aktivitäten einstufen können und den Prozess der Erweiterung steuern können.

Wenn wir über die NATO Erweiterung zu voller Mitgliedschaft nachdenken, muss der geostrategische Bereich voll mit einbezogen werden, genauso wie die Möglichkeiten der aktuellen Mitglieder neue Mitglieder gemeinsam zu verteidigen, aber auch die Möglichkeiten der neuen Mitglieder jemand anderen gemeinsam zu verteidigen. Artikel 5 ist keine Einbahnstraße und wir können Mitgliedschaft nicht in einer Art ausdehnen, die seinen Inhalt und seinen Wert schwächt. Der mittlere Ring, der CSA, enthält die diversen Kategorien der außenpolitischen Beziehungen der NATO. Diese enthalten die Partnerschaft für Frieden (Partnership for Peace- Pfp), die Mitgliedschaft Aktion Plan (MAP) und die Istanbul Cooperation Initiative (ICI), die den mediterranen Dialog 2004 zu einer vollwertigen Sicherheitspartnerschaft gemacht hat, genau wie die NATO- Russland und die NATO- Ukraine Partnerschaften.

Der mittlere Ring oder CSA ist der Bereich in dem die Partner versuchen gemeinsame Sicherheit durch Konflikt- und Krisenprävention zu erreichen und durch Mittel die der NATO ermöglichen bewaffnete Konflikte vom NATO Treaty Area fern zu halten.

Gleichwohl sollte die Mitgliedschaft in einer der CSA Partnerschaften nicht als eine Möglichkeit gesehen werden billig Mitglied der NATO werden zu können. Auch die Mitgliedschaft im mittleren Ring geht mit Auflagen einher. Der äußere Kreis oder OSA ist der Bereich in dem die NATO versucht Stabilität, durch dauerhafte oder kurzfristige Kooperation mit Nationen die weder Mitglieder noch Partner sind aber grundsätzliche Werte und Überzeugungen mit der NATO teilen und gleiche Sicherheitsinteressen haben, zu fördern. Diese Kooperation wird den beständigen Austausch von Geheimdiensten und die stets wachsende Standardisierung von Formaten und Prozeduren suchen und es kann auf einer von Fall zu Fall Basis zu Koalitionen derer führen die sowohl zu intervenieren bereit sind als auch zu Einsätzen der Post-Interventionsstabilisierung.

Wir schlagen vor, dass die NATO die Option eines solchen Konzeptes bedenken sollte, da es nicht nur die Sicherheit nicht erhöhen würde, sondern auch zu strategischer Stabilität beitragen würde. Es könnte zudem zu einer Verbesserung der Beziehung zu Russland beitragen - das das Vordringen und Einkreisen der NATO immer noch als eine Bedrohung sieht - und könnte die Ansicht vertreiben, dass eine stets wachsende NATO ein Instrument werden könnte das dazu verwendet wird China einzudämmen.

Da wir Russland und China erwähnt haben könnte man Indien als ein Land hinzufügen, dass von der Absicht der NATO überzeugt werden sollte Kooperation und Partnerschaft zu suchen und Konflikte und negativen Wettbewerb zu vermeiden. Die NATO muss sich bemühen die NATO- Russland Partnerschaft wieder zu beleben, ungeachtet der eher konfrontativen Töne die jüngst von Moskau ausgingen. Es ist für die Nato erstrebenswert, darüber nachzudenken, ob ähnliche Abkommen mit China und Indien gesucht werden können.

Als letzten Schritt unserer mittelfristigen "agenda for change", schlagen wir vor, dass eine Überprüfung der Struktur der Streitmacht angestrebt wird, um die Bilanz zu ziehen wo die NATO im Prozess der militärischen Umgestaltung wirklich steht und was erreicht werden kann wenn ein neues strategisches Konzept angelegt ist. Es sollte eine realistische Überprüfung der Streitmacht sein, die den Politikern, an Stelle des üblichen Bildes durch die rosa Brille, die nüchterne Auswertung vermitteln wird, die sie brauchen wenn sie darüber entscheiden wohin die knappen Ressourcen der Zukunft fließen sollen. Wenn dieser Bericht bis zum Gipfel 2009 fertig ist, darf er nicht zögern eine name and shame Strategie zu verfolgen, soweit er das Engagement der Staaten betrifft.

4.3.4 Die langfristige "Agenda for Change"

Wenn die NATO dem Abkommen über eine zukünftige Gesamtstrategie folgt, wird es mit einer vollständigen Überprüfung der Durchführung einer solchen Strategie durch seine Einsatzmöglichkeiten anfangen müssen.

Der einfache Part wird die Überprüfung der militärischen Ressourcen der NATO sein. Eine solche Überprüfung muss sich auf Flexibilität, Anwendbarkeit und Zukunftsfähigkeit konzentrieren, aber ihr Ausgangspunkt muss eine solide politische

mittel- bis langfristige Verpflichtung zur Umsetzung einer adäquaten Struktur der Streitmacht sein.

Zu diesem Zweck sollten die Staaten Einrichtungen wie das französische "loi de programmation" oder den dänischen "defence contract" entwickeln, und dabei unterstützt werden durch eine angemessene Verteidigungsindustrie. Die Überprüfung der Struktur der Streitmacht die wir in unserer mittelfristigen Agenda vorschlagen und die darauf zielt Bilanz aus dem Transformationsprozess zu ziehen, würde als Basis und Ausgangspunkt dienen.

Wir schlagen vor, sie als Sprungbrett für die Entwicklung eines allgemeinen Modells für die Struktur der NATO Streitmächte zu nutzen. Wenn es möglich ist, sollte es in enger Kooperation mit der EU entwickelt werden, so dass es auch von dieser genutzt werden kann.

Je nach den Ergebnissen einer solchen weiträumigen Bestrebens der Streitkraftstruktur, muss die NATO über das Ausmaß nachdenken, in dem sie eine NATO-eigene und von ihr eingesetzte multinational besetzte und finanzierte Teiltruppen, vor allem in der Kategorie der enabling Forces das heißt den Truppen die die Logistik, den Befehl und die Aufsicht, die Kommunikation, die Erkundung und den Geheimdienst aufbauen und die den Einsatz der Truppen der Hauptstreitmacht und der Unterstützungstruppen führen.

Wir sehen multinationale NATO- eigene und von ihr eingesetzte Teiltruppen als einen Schlüssel zu einer schnellen und bezahlbaren Modernisierung der NATO-Truppen, aber wir betonen dabei, dass dieser Ansatz nur gelingen kann, wenn die Staaten zu einem festen und verpflichtenden übereinkommen bereit sind, dass diese Truppen der NATO für alle vom NATO Rat autorisierten Einsätze uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Außerdem muss sie über die Etablierung von Truppen für die Katastrophenhilfe und einsetzbarer Gruppen von Polizei oder Militärpolizei nachdenken.

Drei Modelle der multinationalen Streitmacht Wenn es um die Strukturierung all dieser multinationalen Truppen kommt, gibt es drei mögliche Modelle: Das AWACS Component Force Model (AWACS Teiltruppen Modell), das Pool Model (zusammengefasstes Modell), und das Two Pillar Model (das zwei Säulen Modell). Das Airborne Warning and Controlsystem (AWACS - Luftgestütztes Warn- und Kontrollsystem), oder AWACS Component Force Model funktioniert gut und ist multinationales Eigentum und auch so finanziert.

Das Pool Model fasst zusammengelegte Anlagen ähnlicher Art und mit einem ähnlichen Ziel unter eine einzige Einrichtung zusammen; zum Beispiel durch das Zusammenbringen der Britischen Herkules C130 und der Deutschen A114 Transportflugzeuge und der amphibischen Handelsflotte. Das Pool Model baut eine gemeinsame C4 Komponente (Kommando, Kontrolle, Kommunikation, Computer) auf und einzelne Staaten stellen nationale Anlagen zur Verfügung.

Das Two Pillar Model enthält einen integrierten, multinational besetzten europäischen Teil, kombiniert mit einem amerikanisch - kanadischen Kommando- und Aufsichtsteil (C2). Diese Anordnung erlaubt den Amerikanern ihr nationales Vorrecht zu be-

halten, zusammen zu arbeiten ohne die Amerikaner und Kanadier mit europäischen Truppen einzubinden. Es bringt geeignete EU Teiltruppen, unter einer NATO C4 Komponente, mit völlig funktionsunfähigen Anlagen Kanadas und der USA zusammen.

Wir empfehlen dringend die Einrichtung eines Höchstmaßes an NATO eigenen und durch die NATO eingesetzten, multinational besetzten Teiltruppen zu prüfen, vor allem in den Bereichen der Truppenleitung, der Kommando, Kontrolle, Kommunikation, Computern, Informationsbeschaffung, Überwachung, Aufklärung (C4ISR), Militärpolizei, Ingenieuren für die Katastrophenhilfe, Luft gestützte Brandbekämpfung und Transport inklusive der Luftbetankung (AAR - air to air refuelling).

Abhängig von den Details der zukünftigen Gesamtstrategie, können zusätzliche Schritte für die Durchführung hinzukommen, wie die Koordination und Schwerpunktbildung der Ausländischen- und Entwicklungshilfe, die allgemeine Finanzierung von Bemühungen des Wiederaufbaus etc..

Es mag voreilig sein schon jetzt darüber nachzudenken, in welchem Ausmaß dies im Rahmen der NATO geleistet werden muss oder ob die Strategie zu neuen Ideen führen wird, wie man die gemeinsame und flächendeckende allgemeine Sicherheitszone von Finnland bis Alaska Realität werden lassen kann. Es sollte aber klar sein, dass auch wenn alle von uns vorgeschlagenen Schritte von der NATO durchgeführt werden, immer noch viel von Organisationen abhängen würde, die auch jenseits dieses Aktionsspektrums arbeiten. Darüber hinaus wird die Fähigkeit der NATO die vorgeschlagene Gesamtstrategie auszuführen auch von der Durchführung der Schritte, die wir für die UN und die OSCE vorgeschlagen haben sowie von der NATO- EU Kooperation abhängen.

4.4 Die Europäische Union

Wir nehmen absichtlich Abstand davon, für die EU Reform in der gleichen Detailgenauigkeit Vorschläge zu machen wie wir es für die NATO getan haben. Dies tun wir aus zwei Gründen: Erstens wird über ein neues Abkommen verhandelt um die verlorene Verfassung zu ersetzen, und dieses wird zurzeit eingeschmuggelt um das Risiko zu umgehen, dass europäische Wähler dazu befragt werden.

Zweiten sind neue Vorschläge wie die Idee des französischen Präsidenten eine "Gruppe der Weisen Männer" zu etablieren und sein Vorschlag eine Zone der mediterranen Kooperation zu schaffen, sind zurzeit im Gespräch. Das Ergebnis dieser Prozesse/ Initiativen wird die EU verändern. Wir haben daher keine Anweisungen für unmittelbare, mittelfristige und langfristige Schritte für die EU eingeführt. Wir merken jedoch an, dass die zukünftige Rolle und das Gewicht der EU entscheidend von der Lösung abhängt, die die EU für ihre Beziehung zur Türkei findet. Je stärker die zukünftigen Bindungen sind, desto leichter wird es für Europa, ein Akteur von Bedeutung zu sein. Trotzdem beobachten wir das Ungleichgewicht zwischen politischen Ambitionen der EU auf der einen Seite und der politischen Entschlossenheit

und den Möglichkeiten zu handeln die sie hat auf der anderen Seite. Wir denken, dass die Unzulänglichkeiten der Einsatzmöglichkeiten der EU dringend angesprochen werden müssen.

Wir schlagen daher vor, dass die Liste für unmittelbare Handlungen die wir für die NATO vorgeschlagen haben auch von der EU bedacht werden sollte, modifiziert durch die Anforderungen des Status einiger EU Mitglieder als neutrale Staaten, und dann als Leitlinie für eine umfangreiche Überprüfung der Möglichkeiten und Fähigkeiten der EU angewendet werden sollte.

Insbesondere sollte die EU eine Überprüfung der Streitmacht initiieren, in der es das Ausmaß bestimmt in dem seine Mitgliedstaaten den Anforderungen genügen, die EU in 1999 mit seinen "Helsinki Headline Goals" und den darauf folgenden Aktionsplänen festgelegt hat (obwohl bemerkt werden sollte, dass diese Pläne sehr wenig bewerkstelligen im Bezug auf die Verbesserung der eher lauen response capabilities).

In diesem Kontext sollte die EU auch auf ihre Sicherheit zuhause achten, die nicht länger als eigenständiger Bereich innerer Sicherheit behandelt werden kann: das System des internationalen Marktes und das System der offenen Grenzen in der EU machen dies unmöglich, genauso wie die sich ändernde Art der Bedrohung, Risiken und Gefahren. Es wird daher in den kommenden Jahren zunehmend entscheidend sein, die internationalen Stellen zu stärken, die die Grenzen und den Zoll kontrollieren. Frontex, die Agentur der EU die sich um die Kontrolle der äußeren Grenzen, Zölle und die Grenzpolizei kümmert, ist ein Beispiel für eine positive Entwicklung, von der wir glauben dass sie weiter entwickelt werden muss.

Um ihre Grenzen in den kommenden Jahren zu kontrollieren, werden einige Länder die kurzfristigen Bedenken gegen die Übertragung von Verantwortung, für die Überwachung dieser Grenzen an verbündete und kooperierende Institutionen, überwinden müssen. Zusätzlich wird die EU die Kooperation und den Informationsaustausch mit dem US Department für Homeland Security verstärken.

Ein weiterer entscheidender Bereich ist die Koordination von Katastrophenhilfe zwischen den Ländern. Diese muss verbessert werden. Auf der einfachsten Ebene heißt dies, herauszufinden was für Material für die Katastrophenhilfe die verschiedenen verbündeten Nationen besitzen. Auf diese Weise würden die Länder im Notfall wissen, mit welchen Verbündeten sie sich absprechen müssen. Zurzeit wird hierin deutlich versagt. Zum Beispiel bei der Behandlung der Vogelgrippe, hat eines der EU Länder auch nur eine Ahnung wie viele Impfdosen die anderen Länder haben? Könnte Frankreich die erforderliche Anzahl Dosen nach, sagen wir, Polen senden wenn es diese anfordern würde? Wenn ja, würde Polen überhaupt wissen wie viele Dosen Frankreich hat und wie viele es daher anfordern könnte? In der Tat, weiß die EU dies? Eine Europäische Heimatschutz Organisation (Homeland Security) sollte in der EU etabliert werden. Keine neue Organisation, sondern eine aus der EU. Wie beim Geheimdienst ist hierbei die Erreichbarkeit von Daten ausschlaggebend. Eine zentrale Datenbank, die die Hilfskapazitäten der einzelnen Länder katalogisiert, würde sich bei der ersten Katastrophe bewähren. Eine Ab-

machung zu Bereitschaftstruppen existiert in der UN bereits. Die EU sollte eine Bereitschaftstruppe ähnlich aufbauen um für Arbeit in der Katastrophenhilfe vorbereitet zu sein.

Da wir nun auf die Komplexität von Regierungsentscheidungen in unserer Zeit hingewiesen haben, möchten wir unsere Überzeugung aussprechen, dass die existierende Form von vertikal strukturierten nationalen Regierungen, in der jedes Ministerium missgünstig seinen Einflussbereich bewacht, im 21. Jahrhundert keine angemessene Antwort mehr ist. Wir müssen es den Mitgliedsländern sowohl der NATO als auch der EU überlassen, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen, aber wir glauben fest, dass unsere Verwundbarkeit wächst, je länger wir an der traditionellen Form von Regierungskompetenzen festhalten.

Die Zukunft vor der wir stehen erfordert mehr, nicht weniger, internationale Integration; Da der Nationalstaat aber das Herzstück der Entscheidungsfindung ist und dies in absehbarer Zukunft auch bleiben wird, müssen wir betonen, dass Regierungen darüber nachdenken müssen den Aufbau der Regierung anzupassen, genauso wie über dramatische Veränderungen in der nationalen Entscheidungsfindung.

Wir schlagen außerdem vor, dass der Vorgang des Bewertungsprozess in enger Kooperation mit der NATO vorgenommen werden sollte, um ineffiziente Überschneidungen und Verdopplungen zu vermeiden.

4.4.1 EU-NATO Kooperation

Insofern der Geheimdienst betroffen ist, schlagen wir Überlegungen zu der Etablierung eines gemeinsamen NATO/EU Geheimdienst- Verbindungszentrums vor, an das beide Organisationen ihre gesicherten Geheimdienstergebnisse für die geographische Zone melden, in der die Interessensphären der EU und der NATO sich überschneiden.

Das Wichtigste, und tatsächlich auch dringendste was die EU für ihren Teil tun muss, ist die Blockierung der EU- NATO Kooperation aufzugeben. Die EU Staaten müssen begreifen, dass sie, solange sie mit der Blockade fortfahren, die Fähigkeit der EU schwächen autonom zu handeln. Zusätzlich müssen die Staaten in der NATO verstehen, dass ihre Fähigkeit entsprechend der Erfordernisse des Krisenmanagements zu handeln von der Bereitschaft der EU abhängt, sie zu unterstützen. Es ist unser fester Glaube, dass die EU jede Anstrengung unternehmen sollte um der unentbehrliche Partner der Vereinigten Staaten zu werden. Es könnte so seinen politischen Einfluss auf die Entscheidungen Amerikas maximieren. Zu diesem Zweck muss die EU als erstes gemeinsam mit einer Stimme sprechen, indem sie ihre Äußerungen auf einer gemeinsamen Auslands- und Sicherheitspolitik begründet, die die Kompetenzen der EU Mitglieder nicht mindern muss, sondern ein Prozess der engen Absprache und Koordination zwischen den EU Mitgliedern ist und der als Leitlinie für nationale Politik zum Einsatz kommen wird. Zweitens müssen ihre Mitgliedstaaten den Entschluss fassen mit der gesamten Bandbreite der Politik zu handeln das von der sanften bis zur äußerst harten Alternative reicht. Drittens muss die EU die Fähigkeiten für das gesamte Ausmaß dieses Spektrums entwickeln

und eventuell auch nutzen. Hierbei sollte die EU nicht versuchen die Amerikaner zu kopieren, sondern die Defizite der Amerikanischen Haltung abschätzen und spezialisierte und ergänzende Fähigkeiten entwickeln. Diese werden gleichzeitig auch für die Vereinigten Staaten von Interesse sein, da sie der EU erlauben, in Koordination mit den Vereinigten Staaten unabhängig zu Handeln, wenn auch mit limitiertem Rahmen und Ausmaß.

4.5 Der Fahrplan für eine erneuerte transatlantische Partnerschaft

Alle Schritte die wir bisher besprochen haben zielen auf eine Verbesserung der Fähigkeiten der existierenden Organisationen, um die Staaten des transatlantischen Bereiches in die Lage zu versetzen besser mit heutigen und zukünftigen den Herausforderungen, Risiken und Gefahren umgehen zu können. Unsere langfristige Vision ist allerdings eine Zone allgemeiner Sicherheit und gemeinsamen Handelns von Finnland bis Alaska, in der die Zugehörigkeit zur NATO und der EU de facto eine Bereich schafft, in der Partner wie die Vereinigten Staaten, die NATO und die EU oft nahezu identische politische Interessen haben, auch wenn sie mitunter unterschiedliche Zielvorstellungen und strategische Ansichten sowie Verantwortungen und Fähigkeiten haben. Sie sind Signatarmächte einiger internationaler Verträge und Abkommen die sie verbinden, aber ihre politische Koordination und Kooperation muss verbessert werden. Wie wir immer wieder angeführt haben, sind wir davon überzeugt, dass es ohne die Vereinigten Staaten für Europa keine Sicherheit gibt, aber wir wagen auch zu behaupten, dass es für die USA hoffnungslos ist seine Rolle als die einzige Supermacht der Welt ohne die Europäer als Verbündete aufrecht zu erhalten.

Da eine solche Allianz die strategischen Interessen beider Seiten, der USA und der EU, bedient, schlagen wir als ersten Schritt einer neuen und größeren transatlantischen Abmachung die Errichtung eines US-EU-NATO geführten Direktorates auf der höchsten politischen Ebene vor, das auf schon bestehenden Verträgen und Abkommen basiert, wie dem US-EU Abkommen, dem Washington Vertrag und den Europäischen Verträgen.

Seine unmittelbare Aufgabe wird die Koordination gemeinsamer Antworten auf Krisen sein, in denen gemeinsame Interessen gefährdet sind. Das Argument für ein solches Direktorat würde sein eine bessere Verbindung für das Allgemeinwohl herzustellen, zu koordinieren wer die Führung in welcher Angelegenheit übernimmt und sicher zu stellen, dass die drei Einheiten einander unterstützen. Natürlich ist dies ohne die entsprechenden Fähigkeiten nicht möglich. Ohne Fähigkeiten sind diese Institutionen nichts. Aber in diesem Fall haben die Parteien Fähigkeiten. Es ist daher unsere Hoffnung, dass diese Fähigkeiten besser nutzbar und gebündelt werden können. Die Vereinigten Staaten würde unter anderem durch seinen wirkungsvollen doppelten Einfluss im Direktorat überzeugt und eingebunden werden,

in dem seine Anwesenheit nicht nur durch den direkten US Teil, sondern auch durch seine Anwesenheit als Teil der NATO spürbar wäre. Die Hoffnung ist, dass diese doppelte Stimme in einer solchen Gruppe die Vereinigten Staaten ermutigen würde sich mehr an der internationalen Auseinandersetzung zu beteiligen als sie dies in den letzten Jahren getan haben.

Offensichtlich könnten NATO Mitglieder die nicht (oder noch nicht) EU Mitglieder sind zu der Ansicht kommen, dass sie nur eine Stimme haben, wogegen EU Mitglieder die auch in der NATO sind zwei haben. Um diesen Ärger aus der Welt zu schaffen, könnte man beschließen, dass die NATO stets die Institution ist, in der ein Thema als erstes diskutiert wird und das die NATO Staaten, die auch EU Mitglieder sind keine von ihrer Wahl in der NATO abweichende Haltung einnehmen werden, wenn die Angelegenheiten in den Institutionen der EU diskutiert werden. Auf diese Weise würden die Beratungen der EU Diskussionen darüber werden, wie die Entscheidungen die die NATO getroffen hat und zu der die EU beitragen wird, durchgeführt werden können (im Zuge eines "Berlin Plus in Reverse" oder einer ähnlichen Abmachung).

Das lenkende Direktorat würde auch befähigt sein, Ideen und Überlegungen für andere Institutionen zur Verfügung zu stellen und nicht zuletzt Dinge auf die Agenda der G8 zu bringen, um von dieser Institution weiter bedacht zu werden. Das lenkende Direktorat würde gleichermaßen die ideale Einrichtung sein, um langfristige Angelegenheiten auf den praktischen Schauplatz zu bringen.

Darum schlagen wir seine Gründung als den ersten Schritt unseres Fahrplans zu einer neuen transatlantischen Abmachung vor. Sollte es sich als funktionierende Einrichtung herausstellen, wird es die Institution werden, die damit beauftragt werden könnte- und tatsächlich auch sollte- die nötigen Instrumente für die Gründung eines transatlantischen Forums der Kooperation, der gegenseitigen Hilfe und Sicherheit zu entwickeln, mit einem bisher ungekannten Grad der Verflechtung, z.B. einer neuen transatlantischen Charter für Frieden, Sicherheit und Stabilität. Das ist es, was wir meinen wenn wir von einer neuen transatlantischen Abmachung über kollektive Verteidigung und gemeinsame Sicherheit sprechen.

Wir sind aber auch davon überzeugt, dass dieser Ansatz den beiden gegenseitig unersetzlichen Partnern, den Europäern und den Nordamerikanern, helfen könnte, sich Schritt für Schritt einer engen Kooperation anzunähern, jenseits der Bereiche Sicherheit und Verteidigung- und zur rechten Zeit sogar noch weiter. Die transatlantische Institution die am Ende unseres Fahrplans aufkommen wird auf diese Weise fähig sein, die Überlegungen zu viel breiteren und längerfristigen Themen zu lenken als normalerweise in internationalen Diskussionen besprochen werden. Klimawandel und andere sehr langfristige Angelegenheiten die alle beteiligten Staaten betreffen werden können in einem solchen Forum angesprochen werden, während es unwahrscheinlich oder jedenfalls weniger wahrscheinlich ist, dass sie auf der institutionellen Ebene angesprochen werden. Es besteht daher die Hoffnung, dass wir uns Schritt für Schritt in Richtung vermehrter, breiterer und besserer transatlantischer Kooperation vorwärts bewegen können.

Abschließende Bemerkungen: Gewissheit wieder herstellen helfen

Mit unserer Agenda wollen wir keine Veränderungen vorschreiben. Auch tun wir nicht so, als wenn wir alle Themenfelder behandeln, die bedacht werden sollten. Aber wir glauben, dass wir eine Agenda vorschlagen, die durchführbar und finanzierbar ist, und die Kooperation zwischen den beidseitig unverzichtbaren Partnern Europa und Nordamerika vertiefen und stärken würde. Es ist eine Agenda die tief in der Überzeugung verwurzelt ist, dass keine unserer Nationen mehr alleine in der Lage ist mit der komplexen und herausfordernden Welt in der wir jetzt leben umzugehen. So haben alle unsere Nationen nur eine Chance: Wir müssen Seite an Seite stehen; wir müssen die Risiken und Lasten teilen; und wir müssen gemeinsam die Entschlossenheit und Ausdauer zeigen unser Engagement durchzustehen und zu siegen.

Es ist eine Agenda, die, wenn angewandt, es einfacher machen wird Sicherheit für die Bürger aller Nationen zwischen Finnland und Alaska herzustellen, während sie hilft Kriegen anderswo in der Welt vorzubeugen oder diese wenigsten einzugrenzen und so schnell wie möglich zu beenden. So könnten wir den Raum zu Atmen schaffen, den unsere Nationen brauchen um mit den herausragenden Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte umzugehen. Wir könnten dann mittel- oder langfristig in der Lage sein, wieder Gewissheit herzustellen - die wir als die wichtigste Voraussetzung für eine funktionierende Gesellschaft sehen. Gewissheit ist nicht alles, aber ohne sie wird nichts bleiben.

über die Autoren

Die Autoren General Dr. Klaus Naumann (Ex. Generalinspekteur der Bundeswehr und ehemaliger Vorsitzender des militärischen Komitees der NATO), Feldmarschall Lord Inge (Ex. Oberkommandierender der Verteidigungskräfte Großbritanniens), General John Shalikashvili (Ex. Oberkommandeur der vereinigten Stäbe der USA und ehemaliger Oberkommandierender der NATO in Europa), Admiral Jacques Lanxade (Ex. Oberkommandeur der Verteidigungskräfte Frankreichs und ehemaliger Botschafter in Tunesien) und General Henk van den Breemen (Ex. Oberkommandierender der Verteidigungskräfte der Niederlande) haben alle zusammen in der NATO gedient. Die meisten von ihnen waren am 11. September 2001 zusammen bei einem Treffen in den Niederlanden. Da wurde die Idee geboren ein Buch über zukünftige Sicherheitspolitik zu schreiben. Die Idee wurde eine Weile zurückgestellt und wandelte sich schließlich in das Anliegen eine Broschüre mit

dem Fokus auf der Vision eines transatlantischen Bündnisses zu schreiben, das sie als unabdingbar ansahen.

Dazu kamen Benjamin Bilski, welcher Philosophie an der Rechtsfakultät der Universität Leiden lehrt, und Douglas Murray, der Autor und Direktor des Zentrums für soziale Kohärenz in Westminster ist, um den Schreibprozess zu unterstützen. Im Lauf des letzten Jahres trafen sich die Autoren 12 Mal in den Niederlanden und Großbritannien um Ideen auszutauschen und Rohfassungen in Form gegossen wurden. Diese treffen liefen unter dem Vorsitz von General van den Breemen. Viele veröffentlichte und unveröffentlichte Schriften, wie auch professionelle Expertise sind die Quelle dieses Dokuments. Dort wo die Quellen Reden, Schriften oder politische Dokumente der Hauptautoren waren, gibt es keine Verweise darauf. Auf andere wichtige veröffentlichte Quellen von Fakten oder Statistiken wird hingegen verwiesen. Zusätzlich waren die Veröffentlichungen des internationalen Instituts für Strategische Studien, insbesondere die Reihe Militärische Balance und Strategischer Überblick eine unschätzbare Quelle für Basisdaten und Hintergrundinformationen.

Die Autoren möchten auch noch Sir Mark Allen, Generalleutnant (ret.) Brent Scowcroft und Edwina Moreton für ihre Beratung danken.

Danken möchten wir auch noch vielmals der Noaber Stiftung, die das Projekt durch großzügiges Sponsoring möglich gemacht hat.